



Afrika
im Wandel
Themen, Fakten,
Entwicklungen



Die Deutsche Afrika Stiftung e.V. (DAS) ist eine überparteiliche Stiftung, die sich für die erfolgreiche Umsetzung der afrikapolitischen Leitlinien der deutschen Bundesregierung einsetzt. Als Vermittlerin bieten wir eine Plattform für den partnerschaftlichen Austausch zwischen deutschen und afrikanischen Akteuren und stärken so die Zusammenarbeit mit den Staaten und Institutionen unseres Nachbarkontinents. Eine unserer Kernaufgaben ist zudem die Vermittlung eines differenzierteren Afrikabildes in der deutschen Öffentlichkeit. Seit 1993 verleihen wir jährlich den Deutschen Afrika-Preis, mit dem wir herausragende Persönlichkeiten unseres Nachbarkontinents auszeichnen.

Editorial

Von November 1884 bis Februar 1885, sprich vor 140 Jahren, fand die Berliner Afrika-Konferenz statt, zu der Kaiser Wilhelm II. den deutschen Reichskanzler Otto von Bismarck gedrängt hatte, um seine angestrebte Kolonialpolitik voranzubringen. An der Konferenz nahmen Vertreter aus 14 Nationen teil. Afrikanische Interessensvertreter waren nicht anwesend.

Für die Deutsche Afrika Stiftung war es wichtig, diesem historischen Datum besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Vorstand und Kuratorium beschlossen deshalb gemeinsam, zu diesem Anlass ein Symposium durchzuführen. Zu Beginn unserer Überlegungen standen dabei nicht das „Was?“, sondern „Mit Wem?“ und „Wie?“. So entstand eine trilaterale Kooperation mit dem Afrika-Haus Berlin sowie der Universität Daressalam. Gemeinsam haben wir in freundschaftlicher Kooperation von Beginn an Ideen gesammelt, diskutiert, Absprachen getroffen und organisiert. Und es ist uns gelungen, mit fast vierzig Expertinnen und Experten und über dreihundert Gästen aus Afrika und Europa über anderthalb Tage die Auswirkungen der Beschlüsse der Berliner Konferenz zu diskutieren und dabei stets die künftige Ausgestaltung der afrikanisch-europäischen Beziehungen mitzudenken.

Hochkarätige Gäste wie unsere Schirmherin, die Friedensnobelpreisträgerin Ellen Johnson Sirleaf, ehemals Präsidentin von Liberia, sowie der togische Außenminister Prof. Robert Dussey haben mit ihren Beiträgen wichtige Impulse gegeben. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten sich auch auf unseren weiteren Schirmherrn, Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Horst Köhler, gefreut, jedoch musste er krankheitsbedingt absagen. Niemand von uns hätte gedacht,



© Christian Kruppa

dass unser Symposium der Ort sein würde, an dem seine letzte – afrikapolitische – Rede verlesen werden würde. Er starb zwei Tage nach unserem Symposium. Die Deutsche Afrika Stiftung trauert um Horst Köhler, der ein großer Unterstützer der Stiftung und ihrer Arbeit war. Seine Rede, die Sie hier in gekürzter Fassung nachlesen können, verdeutlicht, welch Kenner und Freund Afrikas er war. Seine Forderung bleibt bestehen: Die deutsche Außenpolitik muss Afrika die dringend erforderliche strategische Bedeutung beimessen und mit dazu beitragen, dass die afrikanischen Länder auf der internationalen Bühne den ihnen angemessenen Platz haben, um dort ihre Kenntnisse und Vorstellungen einzubringen und ihren Interessen Gehör zu verschaffen.

Ein Ziel, dem Südafrika mit der ersten afrikanischen G20-Präsidentschaft ebenfalls nachkommen möchte. Das Land kann dadurch die globale Agenda mitbestimmen und die internationale Wahrnehmung des gesamten Kontinents als strategischen Partner in ein neues Licht rücken. Dies führt hoffentlich dazu, dass der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel in der Wahrnehmung Afrikas auch in Deutschland ankommt. Andere Staaten haben das Potential viel früher bereits erkannt, wodurch sich afrikanischen Staaten eine Vielzahl neuer strategischer Partnerschaften anbietet, wie etwa die BRICS, denen Ägypten und Äthiopien neu beigetreten sind.

Das Bekenntnis der neuen Bundesregierung zu einer strategischen Partnerschaft mit der Afrikanischen Union und einer stärkeren

wirtschaftlichen Ausrichtung der Afrikapolitik ist vor dem Hintergrund sich stark verändernder weltpolitischer Bedingungen ausdrücklich zu begrüßen. Nun müssen den Worten dringend Taten folgen, denn die afrikanisch-deutsche Partnerschaft darf kein bloßes Lippenbekenntnis bleiben. Dabei wird es nicht zuletzt auch angesichts der hierzulande geführten Debatten um Migration, Wirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Sicherheit gehen, die viele afrikanische Partnerinnen und Partner aufmerksam verfolgen. Es wird darauf ankommen, Dialoge wieder aufzunehmen und zu vertiefen, Netzwerke zu stabilisieren und Vertrauen zu gewinnen.

Genau hier steht die Deutsche Afrika Stiftung bereit, zu unterstützen und somit zur Umsetzung der afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung beizutragen. Mit unserer Arbeit schlagen wir Brücken zwischen afrikanischen und deutschen Akteuren und bieten eine Plattform für gegenseitigen Austausch zu den verschiedensten Themen – wie diese aus den vergangenen zwölf Monaten, die Eingang in dieses Jahrbuch gefunden haben.

Ich wünsche Ihnen eine kurzweilige Lektüre!

Dr. Uschi Eid

Dr. Uschi Eid
Präsidentin

3 Editorial

6 Ein Ausdruck echter Verbundenheit
Ellen Johnson Sirleaf, Friedensnobelpreisträgerin und Präsidentin von Liberia a.D.



Symposium 140 Jahre Berliner Konferenz

10 Nicht über Afrika, mit Afrika
Redeentwurf von Prof. Dr. Horst Köhler, Bundespräsident a.D.

12 Erinnerungspolitik als gemeinsame Aufgabe
Joshua Kwesi Aikins

14 Eingeschränkte Mobilität als koloniales Erbe
Dr. Franziska Zanker

16 Deutsch-namibische Versöhnung
Prof. Dr. Dr. Joseph Diescho

18 Panafrikanismus 3.0: Praxis des Friedens
Karen-Andréa Bedoume

20 Wie kann die Agenda 2063 Wirklichkeit werden?
Severine M. Rugumamu

Politik

22 Ein Modell für internationales Engagement
Badr Ahmed Mohamed Abdelatty, Außenminister Ägypten

24 Wünsche an eine neue Afrikapolitik
Empfang zu Ehren des Diplomatischen Corps Afrikas

26 Südafrikas G20-Präsidentschaft
S.E. Phumelele Stone Sizani

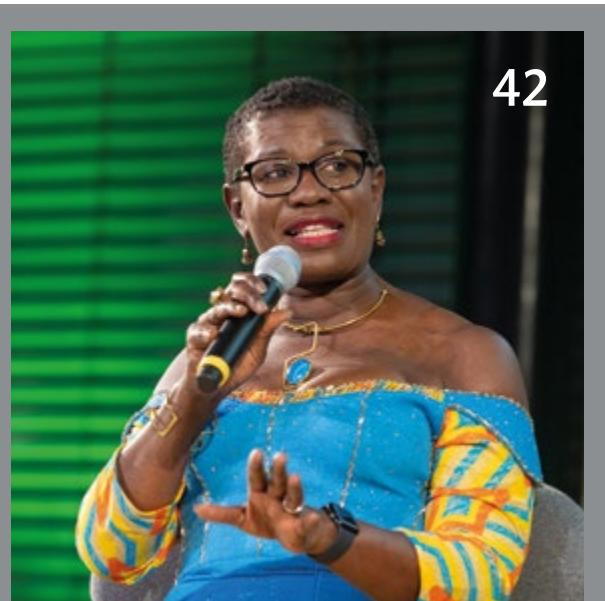
28 Wie Afrikas Demokratien resilenter werden
Prof. Dr. Henry Kwasi Premeh

30 Drei Fragen an...
I.E. Johanna Rose Mamiaka, Botschaft Gabun

32 Katars Afrika-Strategie
Hubert Kinkoh

34 Mosambik: Kaum Vertrauen in den Staat
Wilker Dias

36 Namibias erste Präsidentin vor großen Aufgaben
Larissa Pflüger und Svenja Schindelwig



42

Der Deutsche Afrika-Preis 2024

38 Engagement für eine bessere Welt
Rede von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas

40 Die Kraft der Unzufriedenheit
Laudatio von Claus Stäcker

42 Bildergalerie

44 Die Klimakrise bedroht unser aller Zukunft
Interview mit Yvonne Aki-Sawyerr



34

Fokusthema: Urbanisierung in Afrika

48 *Wie Urbanisierung die Politik in Afrika verändert*
Dr. Lena Gutheil

50 *In Zahlen: Wandel durch Urbanisierung*
Infografik

52 *Wassersektor entscheidet über Afrikas Zukunft*
Dr. Uschi Eid

Wirtschaft und Klima

54 *Zusammen im Wettkampf gegen die Klimakrise*
Dr. Jan-Niclas Gesenhues MdB

56 *Klimaschutz braucht junge Menschen*
Dr. Jane Olwoch

58 *Umweltaktivismus in Madagaskar*
Clovis Razafimalala

60 *Schuldenkrise in Afrika: Wie weiter?*
Dr. Kathrin Berensmann

62 *Ein gerechtes Finanzsystem für Afrika*
Dr. Daniel Cash

Medien und Kultur

64 *Interview mit Oumar Diallo, Afrika-Haus Berlin*
Träger des Ehrenpreises der DAS 2024

66 *Pressefreiheit in Afrika unter Druck*
Robert von Lucius

Blick zurück

68 *Ein wahrer Freund Afrikas*
Ein Nachruf auf Prof. Dr. Horst Köhler, Bundespräsident a.D., von Mo Ibrahim

70 *Namibias Held der Unabhängigkeit*
Ein Nachruf auf Sam Nujoma, Gründungsvater Namibias, von Klaus A. Hess

71 *Eine prägende Figur für die Geschichte Afrikas*
Nachruf auf Muhammadu Buhari, ehem. Präsident Nigerias, von Ellen Wiesbrock

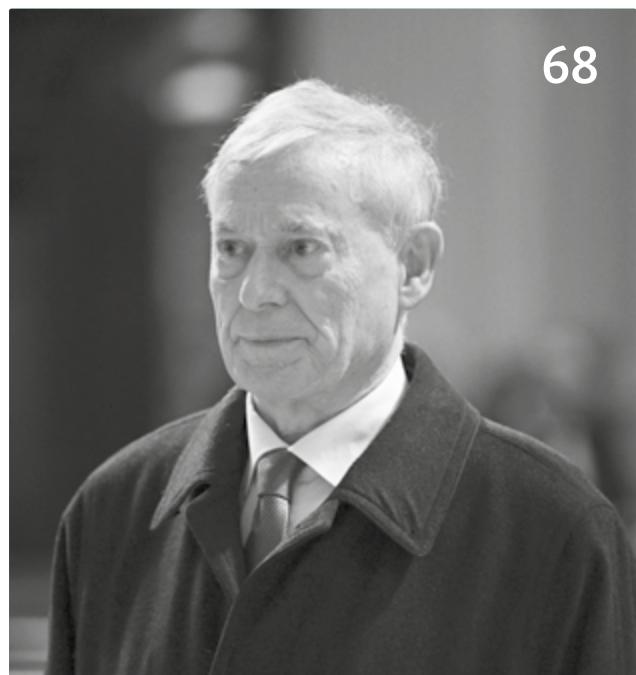
Die Deutsche Afrika Stiftung

72 *Über uns*

73 *Vorstand, Team & Kuratorium*

74 *Impressum & Kontakt & Newsletter*

68



Ein Ausdruck echter Verbundenheit

Von Ellen Johnson Sirleaf, Friedensnobelpreisträgerin und
ehemalige Präsidentin der Republik Liberia

Es ist mir eine große Ehre, das Grußwort für das Jahrbuch der Deutschen Afrika Stiftung zu schreiben – einer Plattform, die sich seit Jahrzehnten für die Stärkung der Freundschaft, des Dialogs und der Partnerschaft zwischen Deutschland und dem afrikanischen Kontinent engagiert.

Die Beziehungen zwischen Afrika und Deutschland sind durchdrungen von Geschichte, Fortschritt und der gemeinsamen Erkenntnis der Möglichkeiten, die vor uns liegen. Die einst historisch geprägte Beziehung hat sich zu einer Partnerschaft entwickelt, die von gegenseitigem Respekt und dem gemeinsamen Streben nach nachhaltiger Entwicklung, Frieden und Wohlstand getragen wird.

Für Liberia – die älteste Republik Afrikas – reichen die Beziehungen zu Deutschland weiter zurück als unser modernes Engagement in multilateralen Foren und der globalen Wirtschaft. Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahr 1963 verbindet unsere Länder eine partnerschaftliche Zusammenarbeit, die von Solidarität, Handel, Entwicklungsprojekten und dem gemeinsamen Einsatz für demokratische Strukturen geprägt ist. Deutschland stand Liberia über Jahrzehnte hinweg verlässlich zur Seite – vom Wiederaufbau nach dem Bürgerkrieg über Gesundheitskrisen bis hin zu aktuellen Initiativen zur Stärkung staatlicher Institutionen und dem Erhalt des Friedens.

Afrika steht an der Schwelle globaler wirtschaftlicher Chancen – mit einer jungen Bevölkerung, reichen natürlichen Ressourcen und dem starken Willen, als gleichberechtigter Partner zur Weltwirtschaft beizutragen. Wie viele andere afrikanische Staaten treibt auch Liberia politische Reformen voran, um ein Umfeld zu schaffen, das Unternehmen fördert, nachhaltige Investitionen anzieht und ein inklusives wirtschaftliches Wachstum ermöglicht.

Deutschland ist ein verlässlicher Partner bei der Unterstützung wirtschaftlicher Entwicklungsinitsiativen auf dem gesamten Kontinent, auch in Liberia. In enger Zusammenarbeit wurden Programme zur



Stärkung von Unternehmertum, beruflicher Bildung und Kapazitätsaufbau umgesetzt, um den Menschen vor Ort neue Perspektiven zu eröffnen. Ob beim Ausbau der Infrastruktur oder beim Zugang zu Energie: Deutschlands technische Expertise und die finanzielle Zusammenarbeit über die damalige Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), heute Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), haben wesentlich zur Stärkung der wirtschaftlichen Widerstandskraft Liberias beigetragen.

Dennoch gibt es noch ungenutztes Potenzial für größere Handels- und Investitionsströme zwischen Deutschland und den afrikanischen Ländern. Es gilt, deutsche Unternehmen weiterhin zu ermutigen, Afrika nicht nur als Rohstoffquelle zu betrachten, sondern als aufstrebenden Markt, innovationsstarken Partner und wichtigen Akteur im wertschöpfenden globalen Handel. In Liberia bieten sich hierfür zahlreiche Möglichkeiten in Bereichen wie Landwirtschaft und Fischerei, Energie, Tourismus und Technologie.

Der Klimawandel verschont keine Nation

Unser Planet steht vor noch nie da gewesenen ökologischen Herausforderungen. Der Klimawandel verschont keine Nation – er zeigt sich in steigenden Temperaturen, unberechenbaren Wettermustern und dem Verlust der Artenvielfalt. In Afrika und auch in Liberia sind die Auswirkungen des Klimawandels deutlich spürbar und bedrohen Lebensgrundlagen, Ernährungssicherheit und empfindliche Ökosysteme.

„Für Liberia und für ganz Afrika ist die Beziehung zu Deutschland mehr als reine Diplomatie.“

Deutschland engagiert sich seit vielen Jahren für den Klimaschutz und eine nachhaltige Entwicklung. Mit seiner Unterstützung für erneuerbare Energien, Naturschutzprojekte und Klimafinanzierung trägt es maßgeblich dazu bei, Afrikas Anstrengungen zur Eindämmung des Klimawandels und zur Anpassung an seine Folgen zu stärken. Liberia – eines der waldreichsten

Länder Westafrikas und Heimat des Oberguinea-Regenwaldes – erkennt die Dringlichkeit, diese lebenswichtigen Ökosysteme zu bewahren, nicht nur im Interesse der eigenen Bevölkerung, sondern auch im Sinne der globalen Verantwortung.

In der klimapolitischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Liberia und anderen afrikanischen Staaten müssen die Beteiligung lokaler Gemeinschaften, Respekt vor indigenem Wissen sowie ein gerechter Vorteilsausgleich weiterhin oberste Priorität haben. Denn so wie Afrikas Wälder als grüne Lungen der Erde dienen, müssen internationale Partner auch die Leistungen und Lasten der waldreichen Nationen anerkennen – und sie entsprechend unterstützen.

Als erstes demokratisch gewähltes weibliches Staatsoberhaupt Afrikas bin ich seit Langem der Überzeugung, dass Demokratie nicht nur ein Regierungssystem ist, sondern ein Spiegelbild unserer gemeinsamen Menschlichkeit und unseres Wunsches nach Würde, Gerechtigkeit und Integration. Der demokratische Weg Afrikas ist zwar uneinheitlich, hat aber in den letzten Jahrzehnten bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Liberia ist ein Beispiel für die Möglichkeit von Frieden nach einem Konflikt und von Demokratie nach einem Krieg.

Engagement und lebendiger Austausch

Deutschland steht Liberia und anderen afrikanischen Staaten als verlässlicher Partner bei der Stärkung demokratischer Institutionen, der Friedenssicherung und dem Schutz der Menschenrechte zur Seite. Die Förderung guter Regierungsführung, der Rechtsstaatlichkeit sowie freier und fairer Wahlen ist ein zentraler Pfeiler des deutschen Engagements auf dem afrikanischen Kontinent.

Gleichzeitig dürfen wir die wachsenden Herausforderungen für demokratische Strukturen nicht ausblenden: das Wiedererstarken von Militärputschen, die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Freiräume, die Aushöhlung verfassungsmäßiger Amtszeitbegrenzungen, zunehmende Handelskonflikte sowie eine wachsende Unsicherheit bedrohen demokratische Fortschritte in vielen Regionen. Die Widerstandsfähigkeit afrikanischer Demokratien wird maßgeblich auch vom kontinuierlichen Engagement verlässlicher Partner wie Deutschland abhängen – Partner, die verstehen, dass Frieden und Demokratie nicht von außen verordnet werden können, sondern gemeinsam mit lokalen Akteuren und durch regionale Zusammenarbeit wachsen müssen.



Die Beziehungen zwischen Deutschland und Afrika reichen weit über Politik und Wirtschaft hinaus – sie werden auch durch lebendigen kulturellen Austausch, akademische Kooperationen und persönliche Begegnungen über Grenzen hinweg bereichert. Kunst, Musik, Literatur und kulinarische Traditionen beider Kontinente zeugen von der Vielfalt, Kreativität und Ausdruckskraft unserer Gesellschaften.

Liberias Geschichte, seine Sprache und sein kulturelles Mosaik stehen exemplarisch für die afrikanische Erfahrung insgesamt – geprägt von indigenem Erbe, der Widerstandskraft der Diaspora und einer tiefen globalen Vernetzung. Initiativen zur Förderung des kulturellen Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und afrikanischen Ländern leisten einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Stereotypen und zur Stärkung des gegenseitigen Verständnisses.

Die Deutsche Afrika Stiftung leistet seit Jahren einen wichtigen Beitrag zum Aufbau von Partnerschaft, Dialog und gegenseitigem Respekt zwischen Deutschland und Afrika. Mit Blick in die Zukunft muss sich diese Zusammenarbeit weiterentwickeln, um den Herausforderungen und Chancen einer sich wandelnden Welt gerecht zu werden.

Gemeinsam gilt es, Brücken zu schlagen – nicht nur für Handel und Investitionen, sondern auch für Klimagerechtigkeit, Frieden und eine inklusive Entwicklung. Dabei sollte besonders die afrikanische Jugend im Mittelpunkt stehen, denn sie ist das größte Potenzial des Kontinents. Ebenso muss unsere Partnerschaft die Gleichstellung der Geschlechter fördern und die volle Teilhabe von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stärken.

Für Liberia und für ganz Afrika ist die Beziehung zu Deutschland mehr als reine Diplomatie, sie ist zutiefst menschlich. Es ist eine Beziehung der Solidarität, gemeinsamer Werte und des gemeinsamen Glaubens an eine Zukunft, in der niemand zurückgelassen wird.

Ich hoffe, dass diese Publikation – ebenso wie die fortwährende Arbeit der Deutschen Afrika Stiftung – uns inspiriert, nicht nur auf das Erreichte zurückzublicken, sondern mutig nach vorn zu schauen: auf das, was möglich ist, wenn wir Partnerschaft statt Bevormundung, Chancen statt Hindernisse und Zusammenhalt statt Spaltung wählen. ↗

„Demokratie ist nicht nur ein Regierungssystem, sondern ein Spiegelbild unserer gemeinsamen Menschlichkeit.“

Nicht über Afrika, mit Afrika



Redeentwurf von Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Horst Köhler
anlässlich seiner Schirmherrschaft für das Symposium in Gedenken
an 140 Jahre Berliner Konferenz 1884/85

Verlesen am 29. Januar 2025 von Köhlers damaligem
Büroleiter Dr. Sven Behnke

Lässt sich über Afrikas Geschicke verhandeln, wenn Afrika selbst nur in Gestalt einer Wandkarte vertreten ist? Was heute undenkbar erscheint, war vor 140 Jahren gelebte diplomatische Praxis. [...]

Afrika in seiner Vielgestaltigkeit war auf der Berliner Konferenz 1884/85 allein Verhandlungsmasse, nicht im entferntesten Verhandlungspartner. Und auch wenn man die – wie es in der Generalakte heißt – „Hebung der sittlichen und materiellen Wohlfahrt der eingeborenen Völkerschaften“ auf dem afrikanischen Kontinent wohlfeil als Ziel formulierte und sogar eine internationale Verständigung über die Beendigung des Sklavenhandels zu erzielen vermochte, war doch klar: Triebfeder für die diplomatischen Bemühungen um Einigung war keineswegs Anteilnahme am Schicksal der Menschen in Afrika, sondern vielmehr die Furcht vor kriegerischer Konfrontation und Auseinandersetzung zwischen Europas Mächten.

Wenn man in der Berliner Konferenz einen Erfolg erkennen mag, dann lag er vor allem darin, dass den Europäern untereinander in seltener Harmonie Verständigung über Afrika gelang. Verständigung mit Afrika kam weder ihnen, noch den beteiligten Vertretern aus den USA oder dem Osmanischen Reich, in den Sinn. [...]

Die Berliner Konferenz, die vor 140 Jahren in ihre Schlussphase ging, ist Geschichte. Der von ihr ausgehende „scramble for Africa“ lässt sich aber nicht ad acta legen. Denn er bestimmt bis heute mehr als nur die Grenzverläufe in Afrika. Er bestimmt europäisches Denken über Afrika sowie afrikanisches Denken über Europa und die Beziehungen zwischen beiden Kontinenten. Das 140. Jubiläum der Berliner Konferenz ist ein guter Anlass, um dies kritisch zu reflektieren. [...]

Zu einem Dialog gehört zuallererst: aufmerksam zuzuhören, sich für die Perspektive und die Interessen der anderen Seite zu öffnen. Wo wir, Europäer und Afrikaner, einander aufmerksam wahrnehmen, werden immer auch die Wunden der Vergangenheit und die Narben der

Gegenwart sichtbar und fühlbar sein. Angesichts der langen Schatten, die die Berliner Konferenz von 1884/85 warf, steht es den Kolonialmächten von einst gut an, sich ihrer Verantwortung zu stellen.

„Angesichts der langen Schatten, die die Berliner Konferenz von 1884/85 warf, steht es den Kolonialmächten von einst gut an, sich ihrer Verantwortung zu stellen.“

Und das heißt: Gemeinsam mit Afrikanerinnen und Afrikanern geschehenes Unrecht zu erinnern, anzuerkennen und aufzuarbeiten. Das ist Vergangenheitsbewältigung gewiss. Aber es ist auch Arbeit an einer besseren Welt von morgen.

Die Aufarbeitung kolonialer Vergangenheit, das Identifizieren kolonialer Kontinuitäten und Denkmuster bedeutet für uns Europäer kritische Selbstreflexion. Diese ist zunächst kein Dienst an den Menschen unseres Nachbarkontinents, sondern notwendige Beschäftigung, um unsere eigene Geschichte, zu der die Kolonialgeschichte nun einmal gehört, und ihre Folgen zu verstehen. Wo wir die Aufarbeitung kolonialer Vergangenheit aber ernst nehmen, da ist sie auch Ausdruck einer Haltung des Respekts gegenüber Afrika, seinen Ländern und seinen Menschen. Diese Haltung des Respekts brauchen wir, wenn eine neue Partnerschaft mit Afrika eine Chance haben soll. [...]





Und geradezu auf unsere aktuelle Situation gemünzt liest sich, was [Prof. Dr. Franz] Ansprenger 1985 als „Hauptgefahr der Zukunftspolitik“ beschrieb: Die Hauptgefahr sei, „daß wir im 21. Jahrhundert, wenn es auf der Erde ziemlich eng sein wird, genauso borniert unsere Überlegenheits- und Inferioritätskomplexe pflegen und darüber die notwendige Zusammenarbeit verderben werden, wie die Generation vor uns das um 1900 im kolonisierten Afrika (und anderswo) getan hat.“

Wenn die Politik in Deutschland und in Europa heute davor bewahrt wird, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen, dann ist dies ganz wesentlich ein Verdienst der Politik der afrikanischen Staaten. Die Stimmen Afrikas in der Welt sind heute hörbarer denn je. Sie sind kräftig und zurecht ungeduldig. [...]

Über Frieden und Sicherheit in der Welt zu debattieren, ohne dass auch nur ein einziger Afrikaner oder eine einzige Afrikanerin mit am Verhandlungstisch sitzt? Das darf nicht länger sein! „Afrikanische Stimmen, afrikanische Erkenntnisse und afrikanische Beteiligung müssen in den Beratungen und Maßnahmen des Rates zum Tragen kommen“, lautet die Forderung von UN-Generalsekretär António Guterres, die ich mit Nachdruck unterstützte. [...]

Wo es um Akzeptanz und Glaubwürdigkeit von Entscheidungen geht, die die Zukunft unseres Planeten betreffen, müssen und werden die Menschen Afrikas mitreden. Afrika darf nie wieder Verhandlungsmasse, sondern muss Verhandlungspartner sein. Afrika ist nicht Objekt, sondern Subjekt geopolitischer Diskurse.

Wir leben in einer sich rasant wandelnden Welt. Auf unserem Planeten ändert sich nicht nur das Klima. Wir erleben einen neuen Wettlauf der Großmächte um Macht- und Einflussphären. Auf der geopolitischen Bühne begegnet uns neben weiteren aufstrebenden Volkswirtschaften auch eine Reihe von afrikanischen Staaten zunehmend selbstbewusst. Ein erstarkendes panafrikanisches Bewusstsein ist spürbar. Die Afrikanische Union gewinnt an Profil und Selbstvertrauen.

Afrika mit seinem Reichtum an natürlichen Ressourcen und Energiequellen und mit seinem gewaltigen demographischen Potenzial ist heute ein gefragter Partner. Und das beileibe nicht nur für Europa. Während der Westen insgesamt an Glaubwürdigkeit und Strahlkraft einbüßt und Europas Einfluss in Afrika spürbar sinkt, wächst die Prägekraft Russlands und Chinas auf dem Kontinent. Europa ist schon längst nicht mehr der exklusive Partner für Afrika. Afrika hat eine Wahl. Und das ist auch gut so. [...]

Ich bin weiterhin überzeugt: Die größte Chance auf Veränderungen zum Wohle aller Menschen bietet, bei allem Reformbedarf, die multilaterale Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen (VN)



und internationaler Organisationen. Eine Feindschaft zwischen neuen „Blockmächten“ oder zwischen Nord und Süd kann sich die Welt nicht leisten. Wir müssen lernen, die Ressourcen unseres Planeten fair miteinander zu teilen. Die Große Transformation wird in den kommenden Jahrzehnten nur gelingen, wenn auf allen Erdteilen nachhaltige Entwicklung eine Chance hat. [...]

Afrika hat die Wahl, mit wem es Seite an Seite in die Zukunft gehen will. [...] Europa, davon bin ich überzeugt, wäre eine gute Wahl für Afrika. Europas Regierungen sind nun gefragt, mit Wort und Tat zu verdeutlichen, warum dies so ist. In den Köpfen vielfach noch immer gepflegte Traditionen kolonialer Einflussphären gilt es aufzugeben, um zu einer gemeinsamen Afrikapolitik zu finden. Was vor 140 Jahren unter negativen Vorzeichen gelang, sollte heute unter positiven Vorzeichen möglich sein: Dass sich Europa im Geiste guten gegenseitigen Einvernehmens verständigt: Nicht über Afrika, sondern mit Afrika.

Wir Europäer müssen zeigen, dass wir mehr sein wollen und können als hochnäsig Lehrmeister in Sachen Werte und Moral. Wir müssen uns als zupackende Unterstützer bei der Umsetzung konkreter Projekte, bei der Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort und beim Aufbau fairer Lieferketten und Ausbildungsangebote erweisen. Über pragmatische „Deals“ hinaus müssen wir zeigen, dass wir verlässliche, strategische, langfristig orientierte Wegbegleiter sind.

Eine Haltung des Respekts gilt aber für beide Seiten. Wo von afrikanischer Seite Europas Werte, etwa das Eintreten für die Rechte von Homosexuellen, für die Pressefreiheit oder für die Souveränität der Grenzen der Ukraine vorschnell als „neokolonial“ gebrandmarkt werden, ist dies berechtigter Anlass für offene und ehrliche Kritik und Auseinandersetzung.

Zu einer guten Partnerschaft gehört es, füreinander aufmerksam zu sein, einander zu achten und auch voneinander zu lernen. Heute freuen wir uns über Stimmen aus Afrika in Berlin – laut, kräftig, vielleicht auch ungeduldig oder wütend. Sie haben uns viel zu sagen. Hören wir gut zu!



Erinnerungspolitik als gemeinsame Aufgabe

Joshua Kwesi Aikins

Die selbstkritische Thematisierung des deutschen Kolonialismus und seiner Auswirkungen hat auf Regierungsebene in den letzten Jahrzehnten einen Wandel durchlaufen. Als die damalige Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul 2004 zum hundertsten Jahrestag des Genozids im heutigen Namibia sagte: „Ich bitte Sie im Sinne des gemeinsamen ‚Vater unser‘ um Vergebung unserer Schuld“, zog dies rasche Dementis der Bundesregierung nach sich. Doch in den folgenden Jahren änderte sich der Ton zunehmend. Bundespräsident Horst Köhler sprach 2010 in einer vielbeachteten Rede zu den deutsch-afrikanischen Beziehungen von fortlebenden „kolonialen und postkolonialen Einstellungen.“

Klare Forderungen nach Anerkennung deutscher Kolonialgewalt und Restitutions von afrikanischen Initiativen sowie eine zunehmend kritische Bearbeitung der deutschen Kolonialgeschichte in Zivilgesellschaft und Wissenschaft haben die Perspektive auf die geteilte Gewalt- und Widerstandsgeschichte des deutschen Kolonialismus nachhaltig verändert. Engagierte Akteure im Auswärtigen Amt, im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und im Kanzleramt ermöglichen zudem eine Veränderung in Tonfall und Perspektive. 2021 sagte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Tansania: „Ich verneige mich vor den Opfern der deutschen Kolonialherrschaft. [...] Als deutscher Bundespräsident möchte ich um Verzeihung bitten für das, was Deutsche hier Ihren Vorfahren angetan haben.“

Auch im BMZ und Auswärtigen Amt wurde ein neuer Umgang angestoßen, wie das BMZ-Strategiepapier „Feministische Entwicklungspolitik“ belegt, das koloniale Machtgefälle explizit benennt. Das Auswärtige Amt entfaltete Aktivitäten wie eine Konferenz samt Tagungsband zur Berliner Afrikakonferenz sowie ein Buch zur Rolle des Auswärtigen Amtes in der Kolonialpolitik, die Einrichtung einer Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten sowie einige prominente Restitutionen wie die einiger Benin-Bronzen. Die wissenschaftliche Bearbeitung deutscher Kolonialgeschichte wird durch das DAAD-Programm „German Colonial Rule Scholarship Programme for Cooperative Research“ unterstützt.

Diese erinnerungspolitische Tradition kann den Umgang und die Debatte zur Kolonialgeschichte sowohl bereichern als auch erschweren, je nachdem, wie das Verhältnis der historischen Ereignisse zueinander eingeordnet wird. In seinem 2021 auf Deutsch erschienenen Buch „Multidirektionale Erinnerung: Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonialisierung“ weist Michael Rothberg darauf hin, dass die Holocaust-Erinnerung tatsächlich als strukturierender Bezugspunkt für andere Debatten über die Erinnerung an kollektive Gewalt dient. Dies bietet eine Chance für einen nicht konkurrierenden, sondern von wechselseitigem Respekt und Bewusstsein für die erlebte Einmaligkeit jeder kollektiven Gewalterfahrung getragenen Dialog.

Erinnerungspolitiken im Vergleich

Deutschlands offizielle Erinnerungskultur in Bezug auf den Nationalsozialismus (NS) ist ein positiver Bezugspunkt in erinnerungspolitischen Debatten. Im Zentrum der auch in diplomatischen Kreisen oft vorgetragenen Bewunderung steht Deutschlands Bereitschaft, eine ausgesprochen kritische Haltung zum NS in seine offizielle Kultur der öffentlichen Erinnerung zu integrieren. Denkmäler, jährliche Gedenkfeiern, ein Netzwerk von Gedenkstätten sowie alltagsnahe Aspekte wie Lehrpläne, Gedenktage und Stolpersteine zeichnen das Bild einer breit gefächerten, reflexiven und selbstkritischen Erinnerungskultur.

„Die Auseinandersetzung hat einen Umfang und Tiefe erreicht, die noch vor ein paar Jahren undenkbar schien.“



Angesichts zunehmender Kontroversen um den Stellenwert des Gedenkens an den Holocaust ist hier taktvoller Umgang geboten. Denn aus Sicht vieler Beteiligter ist eine Kernfrage an deutsche Erinnerungspolitik, welche Einsichten und Lehren sich aus dem Erinnern an den NS auch für andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit ergeben können. Fragen wie diese werden gerade auch in den vormals von deutscher Kolonialaggression betroffenen Gebieten immer wieder gestellt. Vor diesem Hintergrund geht es eher um die in dieser Debatte wiederholt geäußerte Maxime: Es muss möglich sein und bleiben „zu vergleichen, ohne gleichzusetzen“. Das ist nicht zuletzt auch deswegen notwendig, weil koloniale Aggression Kontinuitäten und Echos nach sich zieht, die auch über ein Jahrhundert später tödliche Konsequenzen haben können, wie das Beispiel Namibia zeigt.

Das Beispiel Namibia

Deutschland bemüht sich seit Jahren, mit Namibia im Rahmen einer Gemeinsamen Erklärung die Anerkennung des ab 1904 von deutschen Kolonialtruppen verübten Genozids sowie eine Vereinbarung über angemessene symbolische und materielle Reparationen, insbesondere an die Gemeinschaften der Herero und Nama, zu erreichen. Die Verhandlungen wurden von Herero- und Nama-Organisationen mehrfach dafür kritisiert, dass sie nicht angemessen beteiligt gewesen seien.

Ein anderer Aspekt, der maßgeblich dazu beigetragen hat, dass die Verhandlungen bis heute zu keinem Abschluss gelangt sind, wird dabei zu wenig thematisiert: Sowohl hochrangige Verhandler auf Regierungsseite als auch wichtige Herero und Nama Chiefs, die den Prozess kritisierten, sind 2020 und 2021 an Corona gestorben. Die auch im regionalen Vergleich geringere Impfquote und erhöhte Coronasterblichkeit in Namibia ist dabei auch Strukturen und Dynamiken geschuldet, die koloniale Kontinuitäten in der

Gegenwart in besonderer Weise sichtbar machen. Nachdem westliche Staaten nach der Entwicklung von Corona-Impfstoffen dafür in die Kritik kamen, dass sie diese unter Verweis auf Urheberrechte nicht zur breiten Replikation freigaben, wurde mit der COVAX Facility ein Instrument geschaffen, dass dem Globalen Süden Zugang zu Impfstoffen vereinfachen sollte. Dabei war das Bruttoinlandsprodukt und der Status als vermeintlich *Least Developed Country* oder *Middle Income Country* maßgeblich für die Priorisierung des Zuganges. Als direkte Folge des Genozids und der von 1915 bis zur Unabhängigkeit Namibias ausgeübten Herrschaft Südafrikas ist jedoch das urbare Land in Namibia noch immer extrem ungleich verteilt. Namibia ist zwar statistisch ein *Middle Income Country*, zählt aber auch zu den Gemeinschaften mit besonders ungleicher Verteilung dieses relativen Wohlstandes.

„Deutschlands erinnerungspolitische Tradition kann die Debatte zur Kolonialgeschichte sowohl bereichern als auch erschweren.“

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass der verzögert erfolgte COVAX-Zugang für Namibia und damit die Übersterblichkeit eine direkte Folge kolonialer Kontinuitäten in der sich daraus heute ergebenden Verletzlichkeit bestimmter Bevölkerungsgruppen darstellt. Aus der geteilten deutsch-namibischen Gewaltgeschichte ergibt sich eine Verantwortung für die Bundesrepublik, Analysen dieser Kontinuitäten in die Gestaltung ihrer Auslandsbeziehungen mit einfließen zu lassen.

Ein relationaler Ansatz

Für den namibischen Kontext ist eine Neuaufnahme der Gespräche dringend notwendig. Hier bieten deutsche Erfahrungen aus der kritischen Bearbeitung der eigenen Geschichte Chancen, die auch für weitere

von deutscher Kolonialaggression betroffene Kontexte relevant sind: Staatliche Souveränität und Verhandlungen auf Regierungsebene sind zentrale Pfeiler der internationalen Beziehungen. Doch in Namibia und in anderen vormals kolonisierten Kontexten finden sich Gemeinschaften auf den Hoheitsgebieten von Staaten wieder, die in Berlin am kolonialen Reißbrett entworfen wurden. Deutschland hat es nach dem Zweiten Weltkrieg wiederholt vermocht, sowohl mit Staaten als auch mit Diaspora-gruppen und Interessenverbänden von NS-Geschädigten in einen Austausch zu treten. Aus Perspektive der Nachfahren von deutscher Kolonialaggression betroffener Gemeinschaften ist eine Dialogform, die die Auswirkungen der Berliner Afrikakonferenz deziert hinter sich lässt, wichtig.

Die oben nachgezeichneten Aktivitäten machen deutlich: Die kritische Bearbeitung hat begonnen und einen Umfang sowie eine Tiefe der Auseinandersetzung erreicht, die noch vor ein paar Jahren undenkbar schien. Jenseits einzelner Maßnahmen und Fallbeispiele, jenseits der Ausdifferenzierung von materiellen, kulturellen und symbolischen Reparationen ist für die Zukunft dieser Bearbeitung jedoch vor allem eine Haltungsfrage wichtig. Sind deutsche Akteure in Zivilgesellschaft und Politik bereit, Lehren aus den Echos geteilter Geschichte zu ziehen? Sind sie bereit, diese nicht im einseitig vorgegebenen Rahmen einer innerdeutsch definierten „Aufarbeitung“, sondern im relationalen Rahmen einer gemeinsamen Bearbeitung mit den Nachfahren der von deutscher Kolonialaggression Betroffenen zu tun? Ein solches Vorgehen birgt das Potenzial für Missverständnisse, Konflikte und Rückschläge, aber auch für eine neue Glaubwürdigkeit für die immer wieder geforderte Neugestaltung der Beziehungen mit vormaligen Kolonien und dem afrikanischen Kontinent. ↴

Joshua Kwesi Aikins ist Senior Fellow und Leiter des Economy and Society Programme beim Africa Policy Research Institute (APRI) in Berlin.

Eingeschränkte afrikanische Mobilität als koloniales Erbe

Dr. Franziska Zanker

Welche Möglichkeiten haben Menschen aus Afrika nach Deutschland zu kommen, um zu arbeiten, zu studieren oder unser Land zu besuchen? Wie wird solche Mobilität geregelt?

Die im Januar 2025 veröffentlichten neuen Leitlinien der deutschen Afrikapolitik enthalten einen Aufruf zur „regulären und geordneten Migration“ sowie zur Stärkung des Austausches mit Studierenden und Akademiker:innen durch eine Beschleunigung der Visaverfahren in diesen Bereichen.

Der Koalitionsvertrag der neuen Regierung unter Friedrich Merz sieht vor, die Migrationsabkommen fortlaufend zu erweitern, da der deutsche Arbeitsmarkt dringend Fachkräfte benötige. Laut Statista sind im April dieses Jahres 646.065 Stellen und 73.444 Ausbildungsplätze unbesetzt in Deutschland, die Vakanzzeit gemeldeter Arbeitsplätze zum Beispiel im Baugewerbe liegt bei 279 Tagen. So wurde 2024 ein bilaterales Abkommen zwischen Kenia und Deutschland unterschrieben, das Visa für Fachkräfte aus Kenia im IT-Bereich ohne formale Qualifikationen vorsieht, die normalerweise keinen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt bekämen (Artikel 7.3). Das klingt erstmal gut.

Aber aus deutscher Sicht gilt, dass es zwar einen dringenden Bedarf an Arbeitsmigration gibt, dies aber im Gegensatz zu vermeintlichen Ängsten der deutschen Bevölkerung steht. Für den versprochenen erleichterten Zugang zu Visa musste die kenianische Regierung also im Gegenzug

Menschen mit kenianischer Staatsbürgerschaft zurücknehmen, die keinen Anspruch auf ein Leben in Europa haben. Abschiebungen „im großen Stil“ waren ein langjähriges Ziel der Scholz-Regierung und spielen auch im neuen Koalitionsvertrag eine prominente Rolle. In dem Abkommen mit Kenia widmen sich Artikel 10 bis 18 (von insgesamt 26) der Zusammenarbeit bei der Rückführung, einschließlich der Rückführung von Drittstaatsangehörigen von Deutschland nach Kenia. Im Jahr 2023 wurden laut Eurostat 5 von 85 kenianischen Ausreisepflichtigen ohne Bleiberecht in Deutschland zurückgeführt.

Eine Seite gibt den Ton an

Sichtbar bei solchen Partnerschaften ist, dass eine Seite eindeutig den Ton angibt und die Bedingungen für den (erweiterten) Zugang für Arbeitskräfte festlegt. Für afrikanische Regierungen ist es schwierig, Rückführungen innenpolitisch zu vertreten, insbesondere wenn der Zugang zu Visa nicht besonders transparent, glaubwürdig und unbürokratisch ist. In diesem Fall war die Partnerschaft ein günstiger Zeitpunkt für Präsident Ruto, denn die Kosten für die Rückführung von so wenigen Menschen sind entsprechend gering. Die deutsche Regierung konnte ihr Engagement für Abschiebungen öffentlich zur Schau stellen, auch wenn dies nur auf symbolischer Ebene geschah.



Zudem ist die Frage, wie viele letztendlich nach Deutschland kommen können. Präsident Ruto behauptete zwar schnell, dass bis zu 250.000 kenianische Fachkräfte in Deutschland Arbeit finden könnten. Das wurde aber sofort von der damaligen deutschen Regierung widerlegt. Bei einem Pilotprojekt im Jahr 2024 wurden gerade einmal drei Busfahrer und zwei Busfahrerinnen aus Kenia in Flensburg ausgebildet. Ob das einen großen Unterschied für die Jugendarbeitslosigkeit von 67 Prozent in Kenia macht, ist fragwürdig.

„Die legalen Wege von Afrika nach Europa sind seit den 1980er Jahren stetig geringer geworden.“

Und wie sieht es außerhalb solcher Abkommen aus? An einem Flughafen kostet ein Visum für Tansania für Deutsche 50 US-Dollar. Zudem muss man eine Adresse im Land angeben, in der man während seines Aufenthaltes plant zu wohnen. Menschen aus Tansania, die ein Schengen-Visum benötigen, brauchen folgende Dokumente: ein Einladungsschreiben, eine Hin- und Rückflugbuchung, einen Unterkunftsbeleg, einen Beschäftigungsnachweis oder einen Nachweis über die Bereitschaft, in ihr Heimatland zurückzukehren (z. B. ein Arbeitszeugnis). Dazu kommt ein Nachweis über den finanziellen Status und ausreich-



← „Aktiv Bus Flensburg“ bildet junge Menschen aus Kenia zu Busfahrerinnen und Busfahrer aus.

ende Geldmittel durch Bankunterlagen sowie eine Krankenversicherung, die Kosten in Höhe von mindestens 30.000 Euro abdeckt. Antragstellende müssen einen Termin bei der Botschaft des europäischen Landes vereinbaren, in das sie reisen möchten. Die Kosten für das Visum betragen 90 Euro. Im Jahr 2022 wurden 30 Prozent aller afrikanischen Visumsanträge abgelehnt, was deutlich über dem weltweiten Durchschnitt von 17,5 Prozent liegt. Die Kosten werden dabei nicht erstattet. Vergangenes Jahr haben afrikanische Antragstellende dabei 60 Millionen Euro in den Sand gesetzt.

Ein neokoloniales Imperium

Es ist 140 Jahre her, dass etwas mehr als ein Dutzend Männer, die nicht-afrikanische Länder vertraten, in einem Raum in Berlin saßen und einseitig über das Schicksal eines ganzen Kontinents entschieden. Die Rechtswissenschaftlerin Tendayi Achiume argumentiert, es bestehe ein moralisch-rechtliches Argument, dass Menschen aus ehemals kolonialisierten Gebieten frei in die Gebiete ehemaliger Kolonialmächte reisen können sollten. Schließlich gab es für die Kolonisatoren nie irgendwelche Beschränkungen, in die damaligen Kolonien zu ziehen. Sie spricht von einem gegenwärtigen „neokolonialen Imperium“, in dem einige Orte die Mobilitätsbeschränkungen stär-

ker diktieren als andere. Mit anderen Worten: Eine tief verwurzelte Ungleichheit bestimmt, wer sich auf welche Weise bewegen darf. Dies ist mit rassifizierten Strukturen verbunden, die die Bewegung Schwarzer Menschen und anderer *People of Colour* auf bestimmte Weise kontrollieren. Sie demonisiert bestimmte Personen als eine Sicherheitsbedrohung.

Die legalen Wege von Afrika nach Europa sind seit den 1980er Jahren stetig geringer geworden. Obwohl auf europäischer und deutscher Ebene immer wieder von gleichberechtigten Partnerschaften und legalen Migrationswegen die Rede ist, ist ein legaler, sicherer und sogenannter geordneter Zugang zunehmend unmöglich. Und das hat fatale Folgen: Seit 2014 werden laut dem *Missing Migrants Report* 31.960 Migrant:innen im Mittelmeer vermisst, vermutlich sind sie tot. Letztes Jahr starben zudem mehr als 10.400 Menschen auf der sogenannten Atlantischen Route, auf dem Weg zu den Kanarischen Inseln. Die Dunkelziffer auf diesen beiden Routen, sowie in der Sahara, ist sicherlich höher.

Die heutigen internationalen Beziehungen haben sich nie mit ihrem kolonialen Erbe auseinandergesetzt, das bis heute unsere gängigen Mobilitätsregime bestimmt. So können Menschen aus Afrika weiterhin nur mit großen Schwierigkeiten nach Deutschland kommen. Der Preis für diesen Ansatz ist ein Angriff auf die Würde vieler Menschen, sich verschlechternde zwischenstaatliche Beziehungen zu afrikanischen Ländern sowie der Verlust von Menschenleben. Das muss unserer Regierung, sowie uns als Deutschen, bewusst sein. ↗

Dr. Franziska Zanker ist stellvertretende Direktorin des Arnold-Bergstraesser-Instituts an der Universität Freiburg und leitet dort den Forschungscluster „Flucht und Migration“.

Foto: © picture alliance

Wie die deutsch-namibische Versöhnung gelingen kann

Prof. Dr. Dr. Joseph Diescho

Die Beziehung zwischen Deutschland und Namibia ist so alt wie die europäisch-afrikanische Kolonialgeschichte. Es handelt sich um eine Beziehung, die zutiefst von einer gemeinsamen, schmerzhaften Vergangenheit geprägt ist. Die Kolonialzeit von 1904 bis 1908, in der der Völkermord an den Herero und Nama verübt wurde, wirft bis heute einen dunklen Schatten auf die diplomatischen, sozialen und kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

„Der Fokus sollte sich vom individuellen Gerechtigkeits-empfinden hin zu kollektiver Erinnerung, Wiedergutmachung und Wiederaufbau verschieben.“

Nach der Berliner Konferenz von 1884-1885 errichtete Deutschland seine Herrschaft über Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia). Anders als in anderen deutschen Kolonien siedelten sich sehr viele Deutsche in Namibia an und nahmen das Land und die Ressourcen der indigenen Gemeinschaften, insbesondere der Herero und Nama, in Besitz. Die Politik der Kolonialverwaltung und die Landnahmen führten zu erbittertem Widerstand der dort ansässigen Bevölkerung.

Daraufhin entsandte Deutschland den Militäركommandanten Lothar von Trotha, der 1904 den berüchtigten Vernichtungsbefehl erließ. Sein Befehl forderte die vollständige Vernichtung der Herero und wurde später auf die Nama ausgeweitet. Wissenschaftlichen Schätzungen zufolge kamen über vier Jahre hinweg etwa 80 Prozent der Herero und 50 Prozent der Nama durch Gewalt, Hunger und in Konzentrationslagern ums Leben. Diese Ereignisse gelten weithin als der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts. Historiker:innen sehen darin den Vorgänger späterer Gräueltaten und des Holocaust in Europa.

Der lange Weg zur Anerkennung

Jahrzehntelang existierte kein internationaler Rahmen, um die deutschen Verbrechen in Afrika zu thematisieren. Der Begriff „Völkermord“ wurde erst in den 1940er Jahren als Reaktion auf den Holocaust geprägt – lange nach den Ereignissen in Namibia. Aus Sorge vor rechtlicher Haftung und Reparationsforderungen zögerte Deutschland in der Folgezeit, die Taten als Völkermord und somit als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuerkennen. Die Nachfahren der betroffenen Gemeinschaften hielten jedoch die Erinnerung durch mündliche Überlieferung und kulturelle Praktiken lebendig und forderten Anerkennung und Gerechtigkeit.

Nach Namibias Unabhängigkeit im Jahr 1990 wurden die Forderungen nach einer deutschen Anerkennung der kolonialen Verbrechen lauter. Die überwiegend von der Befreiungsbewegung SWAPO und damit mehrheitlich von Owambo geführte Regie-

lung agierte jedoch vorsichtig. Der größte Geldgeber des unabhängigen Namibias war Deutschland, das auch eine zentrale Rolle im Unabhängigkeitskampf des Landes gespielt hatte. Zudem erschwerte die mangelnde Einigkeit unter den Herero- und Nama-Gemeinschaften sowie ihre politische Marginalisierung in Namibia die Forderungen nach Wiedergutmachung.

Schritte in Richtung Versöhnung

Der 100. Jahrestag des Völkermords im Jahr 2004 markierte einen Wendepunkt. Deutschland begann, Verantwortung zu übernehmen, was in die Verhandlungen über eine *Joint Declaration* mündete. 2021 erkannte Deutschland nach jahrelangem Dialog die Ereignisse offiziell als Völkermord an, sprach eine Entschuldigung aus und sagte über einen Zeitraum von 30 Jahren 1,1 Milliarden Euro für Wiederaufbau und Entwicklung in Namibia zu. Allerdings wurden diese Mittel als „Geste der Anerkennung“ deklariert und nicht als Reparationen, ein Punkt, der Unmut und Spannungen unter den Herero- und Nama-Führungs Personen hervorrief, die sich von den Verhandlungen ausgeschlossen fühlten und mit deren Ergebnissen unzufrieden sind.

Herausforderungen der Versöhnung

Die Bemühungen zur Normalisierung der historischen Beziehung zwischen Deutschland und Namibia oder speziell des Versöhnungsprozesses sind bislang mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, die sich aus folgenden Faktoren ergeben:



← Im Berliner Ethnologischen Museum bereiten Wissenschaftlerinnen aus Namibia und Deutschland eine Fruchtbarkeitsfigur auf die Rückgabe an Namibia vor.

Geschichte und Geschehen:

Auch wenn die Jahre 1904 bis 1908 zentral sind, sollte der Blick darüber hinausgehen: Die deutsch-namibischen Beziehungen vor und nach dieser Zeit verdienen ebenfalls Erinnerung und Dokumentation, um die enge, historisch gewachsene Verbindung beider Länder zu stärken. Deutschland hat in Afrika keinen vergleichbar engen Partner wie Namibia – und umgekehrt.

Kommission für Wiederaufbau und Entwicklung:

Trotz des vorhandenen guten Willens sollten beide Regierungen verbindlich eine Kommission für Wiederaufbau und Entwicklung einsetzen, um die bilaterale Zusammenarbeit neu zu gestalten und die Beziehung neu zu starten.

Schlussfolgerung

Der deutsch-namibische Versöhnungsprozess ist eine komplexe, andauernde Reise. Trotz wichtiger Etappen wie die Anerkennung des Völkermords und finanzielle Zusagen bleiben große Herausforderungen bestehen. Echte Versöhnung braucht einen ehrlichen Dialog, Teilhabe und die Bereitschaft, historische wie aktuelle Ungleichheiten aufzuarbeiten. Ein von beiden Regierungen getragenes, breit akzeptiertes Expertengremium könnte den Stillstand überwinden und neue Impulse setzen. Eine zukunftsorientierte Partnerschaft könnte als Modell für den Umgang mit kolonialen Altlasten weltweit dienen. ↗

Ausschluss der Nachfahren der Opfer:

Viele Vertreter:innen der Herero und Nama argumentieren, dass ihre Gemeinschaften in den Verhandlungen nicht angemessen einbezogen wurden, was bei vielen den Eindruck einer doppelten Ausgrenzung oder Missachtung hinterlässt – zunächst durch das koloniale Deutschland und später durch den namibischen Staat.

Schuld und Selbstgerechtigkeit:

Das Unbehagen im Umgang mit der eigenen Vergangenheit auf deutscher Seite und das Bedürfnis nach Anerkennung und Wiedergutmachung auf namibischer Seite erschweren eine Annäherung.

Debatte über Reparationen:

Die Weigerung der deutschen Regierung, die Mittel als Reparationen zu bezeichnen, stellt einen zentralen Streitpunkt dar. Für viele setzt echte Versöhnung direkte Entschädigungen und einen inklusiveren Verhandlungsprozess voraus.

Interne Dynamiken in Namibia:

Die zurückhaltende Haltung der namibischen Regierung ist durch ihre eigene politische Geschichte, das Interesse an stabilen Beziehungen zu Deutschland und internen Spannungen innerhalb der betroffenen Gemeinschaften geprägt.

Die Beziehung neu definieren

Beide Regierungen bemühen sich, den Dialog aufrechtzuerhalten, doch der Prozess

muss inklusiver und stärker zukunftsorientiert werden. Der Fokus sollte sich vom individuellen Gerechtigkeitsempfinden hin zu kollektiver Erinnerung, Wiedergutmachung und Wiederaufbau verschieben. Der Begriff „Versöhnung“ hat nur begrenzten Wert, da es keinen offenen Konflikt zwischen Deutschland und Namibia gibt. Der zentrale Konflikt liegt stattdessen zwischen der SWAPO-geführten Regierung und den betroffenen Gemeinschaften. Eine gemeinsame Position würde Namibias Verhandlungsstärke deutlich erhöhen. Es gibt keinen Ersatz für einen Dialog von Staat zu Staat, um einen Weg nach vorn zu finden.

Empfehlungen

Inklusiver Dialog:

Neue, unabhängige Arbeitsgruppen beider Länder sollten den Versöhnungsprozess überprüfen, Erfahrungen aller Seiten sammeln und Impulse für eine Neuausrichtung geben.

Interne Versöhnung:

Nachhaltige Beziehungen zu Deutschland erfordern auch einen inklusiven, internen Versöhnungsprozess in Namibia.

Geteilte Erinnerungskultur:

Beide Länder sollten gemeinsam an einer Kultur der Erinnerung arbeiten, die die Würde aller Opfer anerkennt und gegenseitiges Verständnis fördert.

Prof. Dr. Dr. Joseph Diescho ist ein namibischer Schriftsteller und Politikwissenschaftler. Derzeit ist er *Senior Visiting Fellow* am *Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (CASSIS)* an der Universität Bonn.

Foto: © picture alliance



Panafrikanismus 3.0: Eine lebendige Praxis des Friedens

Karen-Andréa Bedoume

In einem von kolonialen Grenzen, langwierigen Konflikten und wiederkehrenden Krisen geprägten Umfeld schaffen junge Afrikaner:innen auf dem Kontinent wie auch in der Diaspora neue Friedensparadigmen. Ihre Arbeit bleibt oft unbeachtet, da sie dort stattfindet, wo deutsche und internationale Entscheidungstragende selten hinsehen: in Geflüchtetenlagern, Poesie-Kollektiven, informellen Netzwerken und digitalen Räumen. Doch genau hier wird der Panafrikanismus neu gedacht, hier entstehen die Bausteine für ein starkes und friedliches Afrika. Panafrikanismus ist kein Relikt der Vergangenheit, er wird aktiv von jungen Menschen neu definiert, die Einheit nicht als diplomatisches Ziel verstehen, sondern als gelebte, dekoloniale und heilende Praxis.

Im digitalen Zeitalter ist Panafrikanismus nicht mehr an Grenzen oder formale Protokolle gebunden, sondern eingebettet in politische Strömungen wie diasporische Solidarität, dekoloniale Friedensarbeit und digitale Netzwerke. Für Deutschland und seine Afrikapolitik bietet die Unterstützung solcher transformativer Ansätze einen strategischen und ethischen Weg zu nachhaltigem Frieden auf dem Kontinent.

Diasporische Jugend und der transnationale Widerstand

Nach Deutschland wanderten im Jahr 2023 96.614 Menschen aus afrikanischen Ländern ein. Laut Statistischem Bundesamt stammten im selben Jahr rund 15 Prozent der Asylsuchenden aus Afrika. Auch wenn diese Menschen Teil der deutschen Gesell-

schaft werden, bleiben sie Mitglieder der afrikanischen Diaspora, die die Afrikanische Union offiziell als sechste Region anerkennt. Die Diaspora umfasst Menschen afrikanischer Herkunft außerhalb des Kontinents, die sich der Entwicklung Afrikas verpflichtet fühlen. Während junge Migrant:innen versuchen, ihre europäischen Lebensrealitäten mit ihren afrikanischen Wurzeln zu verbinden, wird der Panafrikanismus zunehmend Teil ihrer Identität. In vielen Städten Europas gestalten sie ihn als transnationale Infrastruktur für Bewegungsaufbau und Fürsorge neu.

„Der neue Panafrikanismus ist selbstlos, befreidend und schöpft Kraft aus einem grenzüberschreitenden Erschöpfungszustand angesichts von Ungerechtigkeit.“

In Paris organisiert die „Union des Jeunes Pan-Africanistes“ Debatten und Proteste mit dekolonialem Fokus. In Berlin arbeitet „Berlin Postkolonial“ solidarisch mit Menschen, die für Restitution kämpfen. In Brüssel mobilisiert „La Lucha Belge“ junge Menschen gegen den Krieg in der Demokratischen Republik Kongo.

Dieser neue Panafrikanismus lehnt kolonial auferlegte Fragmentierungen ab. Er formiert sich als Netzwerk des Erinnerns und Widerstands. Er ist selbstlos, befreidend und schöpft Kraft aus einem grenzüberschreitenden Erschöpfungszustand angesichts von Ungerechtigkeit. Gleichzeitig ist er Vorbote echter politischer Veränderung auf dem Kontinent.

Als ehemaliger Kolonialakteur und Aufnahmeland einer der größten afrikanischen Diasporagemeinschaften Europas hat Deutschland sowohl eine strategische als auch moralische Verantwortung, sich mit dieser Jugendbewegung auseinanderzusetzen. Ihre Anerkennung und Förderung sind entscheidend für den Aufbau von Frieden – in Afrika und weltweit. Diese jungen Menschen stellen eine bedeutende politische Kraft dar und sollten in außenpolitische Entscheidungen aktiv einbezogen werden.

Dekoloniale und heilende Friedensinfrastrukturen

Für viele junge Menschen aus Afrika bedeutet Frieden nicht einfach Rückkehr zur Normalität. Nach einer derart komplexen Geschichte muss Frieden auf Gerechtigkeit, Erinnerung und Heilung basieren. Die gängigen Friedensmodelle in Afrika orientieren sich meist an westlichen Sicherheitsparadigmen wie der Abrüstung, Waffenstillstandsüberwachung oder Wahlbeobachtung. Doch diese technischen Ansätze blenden die tiefen, generationsübergreifenden Wunden aus, die Jahrzehnte der Gewalt hinterlassen haben.



← Christopher Street Day in München:
Die afrikanische Diaspora setzt sich auch in Europa für demokratische Werte ein.

Diese digitalen Initiativen sind jedoch häufig unterfinanziert und erreichen selten ein breites Publikum. Deutschlands Bekanntheit zu Meinungsfreiheit und digitalen Rechten sollte auch in afrikanischen Kontexten gelten. Durch Investitionen in dezentrale Friedensmedien, Schutz vor digitaler Repression und Unterstützung bei der Online-Gedenkkultur kann Deutschland dazu beitragen, den digitalen Raum als Ort des panafrikanischen Aufbaus zu bewahren.

Eine Chance für die deutsche Außenpolitik

Der Panafricanismus ist nicht tot. Er lebt und wird kontinuierlich neu gedacht, neu gestaltet und neu vernetzt, während sich die Welt verändert. Von Berlin bis Yaoundé, von Lagos bis Leipzig transformieren junge Afrikaner:innen stillschweigend die Bedeutung von Frieden und die Wege, wie er erreicht wird.

Für die deutsche Außenpolitik liegt hier eine strategische Chance. Im Sinne der *Sustainable Development Goals* ist klar: Frieden und Sicherheit in Afrika lassen sich ohne internationale Partnerschaften nicht verwirklichen. Während Deutschland etwa über die *Enable and Enhance Initiative* in Sicherheitskräfte investiert, sollte es diese Chance nutzen, um auch jugendgeleitete, restorative und transnationale panafrikanische Strukturen zu fördern.

Stabilität ist ohne Gerechtigkeit nicht möglich. Nur Gerechtigkeit ebnet den Weg zu dauerhaftem Frieden. Ein militarisierter Frieden bleibt Illusion. Er erzeugt stille Räume, in denen Heilung aufgeschoben, aber nie vollzogen wird. ↗

Karen-Andréa Bedoume ist Juristin und Expertin im Bereich Peacebuilding und Konfliktlösung. Sie ist Mitglied des *Youth Reference Committee* der Afrikanischen Union.

Foto: © picture alliance

Im Osten der Demokratischen Republik Kongo etwa haben viele Familien kollektive Traumata erlebt. Kinder wurden im Schatten grausamer Massaker geboren und kennen wie die Eltern nichts anderes als Gewalt, Verlust und Vertreibung. Die Wunden werden über Generationen weitergegeben, während familiäre Strukturen zerfallen und das Gefühl permanenter Ungerechtigkeit wächst.

Echter dekolonialer Frieden erkennt diese Wunden an. Nach dem Völkermord in Ruanda 1994 wurden die Gacaca-Gerichte eingeführt, die auf Wahrheit, Vergebung und Wiedereingliederung statt auf Bestrafung setzen. In Südsudan nutzt die Radiosendung „Sawa Shabab“ (auf deutsch „Jugend zusammen“) traditionelle mündliche Erzählformen, um Frieden zu fördern und Hassrede entgegenzuwirken. Solche Initiativen beruhen auf indigenem Wissen und widerstehen bewusst dem Fokus auf Sicherheitsaspekten bei Friedensprozessen. Sie geben Jugendlichen Werkzeuge an die Hand, mit denen sie ihre Zukunft selbst gestalten können, statt passiv externe Lösungen anzunehmen.

Wie viele Länder des Globalen Nordens muss auch Deutschland sein Verständnis von Frieden und Sicherheit überdenken. Militärhilfe und Terrorismusbekämpfung allein reichen in Kontexten mit jahrzehntelang zerrissenen sozialen Strukturen und vererbten Traumata nicht aus. Nur mit der Unterstützung von Versöhnungsarbeit, jugendgeleiteter Mediation und kulturellen

Heilungsprozessen lassen sich langfristig gerechte und tragfähige Friedenslösungen erreichen.

Panafricanismus im digitalen Zeitalter

Die digitale Renaissance des Panafricanismus in den 2000er-Jahren wird oft als „Panafricanismus 3.0“ bezeichnet. Dieser neue Ansatz löst sich von staatlicher Dominanz und setzt auf jugendgetriebene Bewegungen. Junge Menschen gestalten afrikanische Zukünfte durch Technologie, Kunst, Musik, Kultur und transkontinentale Solidarität neu.

Bewegungen wie #CongolsBleeding, #EndSars oder #EndAnglophoneCrisis nutzen Hashtags, Livestreams, Gruppenchats und verschlüsselte Netzwerke, um panafrikanische Einheit durch digitale Vernetzung zurückzuerobern.

In einer Zeit, in der über 95 Prozent der Jugendlichen Zugang zu Smartphones und Internet haben, wird der digitale Raum nicht nur zur Plattform für Protest und politische Dokumentation, sondern auch zu einem Archiv des kollektiven Gedächtnisses und Widerstands. Denn das Internet vergisst nicht. Damit entsteht eine parallele Infrastruktur, in der sich der Panafricanismus unabhängig von äußeren Vorgaben entwickeln kann.



Wie kann die Agenda 2063 Wirklichkeit werden?

Severine M. Rugumamu

Die Ursprünge und Ziele der Nord-Süd-Entwicklungszusammenarbeit können nicht ohne den Kontext der internationalen politischen Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg verstanden werden. Das Kriegsende brachte zwei rivalisierende, nuklear bewaffnete Supermächte hervor – die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion –, die um globale Macht, Einfluss und Vorherrschaft konkurrierten. Beide Mächte rangen weltweit um soziale Normen, Werte und Ideologien, rivalisierten in wirtschaftlichen und politischen Systemen sowie um die Überlegenheit in Wissenschaft, Technologie und Innovation. Ebenso nahmen die nationalen Sicherheitsbedenken der Supermächte globale Dimensionen an: die von der Sicherung der territorialen Integrität und der Bevölkerung sowie der politischen Unabhängigkeit und Werte des betreffenden

Staats gegen äußere Bedrohungen bis hin zum Schutz der jeweiligen Freunde und Verbündeten in aller Welt reichten. Armsatzkämpfung und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im unterentwickelten Globalen Süden wurden so zu den wichtigsten diplomatischen Instrumenten, welche helfen, potenzielle Freunde und Verbündete zu gewinnen.

Westliche Staaten gründeten das Nordatlantikbündnis NATO als kollektives Sicherheitsbündnis gegen die vermeintliche Bedrohung durch den Kommunismus. Ebenso wurde die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ins Leben gerufen, um die Wirtschaftspolitiken der entwickelten Länder untereinander und gegenüber den sich vom Kolonialismus befreiten Ländern des Globalen Südens zu

koordinieren. Zuvor wurden die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) gegründet, um wirtschaftlichen Wiederaufbau zu fördern und Zahlungsbilanzschwankungen abzufedern. Die Weltbank stellte langfristiges Kapital bereit, das für private Kreditgeber unattraktiv war, während das *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) den internationalen Handel voranbringen sollte.

Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit

Im Oktober 1970 formulierte die Generalversammlung der Vereinten Nationen das Ziel: „Jedes wirtschaftlich fortgeschrittene Land wird seine offiziellen Entwicklungsausgaben schrittweise erhöhen (...) und sich nach Kräften bemühen, bis zur Mitte dieses Jahrzehnts einen Mindestbetrag von netto 0,7 Prozent seines Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erreichen“. Außerdem verpflichteten sich die Geberländer, 0,15–0,20 Prozent ihres BNE als Offizielle Entwicklungshilfe (ODA) an die am wenigsten entwickelten Länder zu leisten.

Der Entwicklungsausschuss der OECD (DAC) definierte ODA als Transfer von Ressourcen zu günstigeren Bedingungen als auf den Kapitalmärkten, mit dem Hauptziel der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Die Verpflichtung zur Erhöhung der Ressourcen war jedoch nicht bindend, da sie zu vage formuliert ist.

← AU-Vorsitzender Mahmoud Ali Youssouf bei der Ostkongo-Friedenskonferenz 2025 in Nairobi.



Ziele, Motive und Kriterien der Geber- und Empfängerländer waren stets gemischt und variieren zwischen den Gebern und über die Zeit. Obwohl das vorrangige offizielle Ziel die Armutsbekämpfung durch wirtschaftliche Entwicklung war, war Entwicklungspolitik immer auch ein außenpolitisches Instrument. Die Zielsetzungen wurden auf die Förderung von Demokratie und Menschenrechten, Umweltschutz, Sicherheit und jüngst auf Migration ausgeweitet. Man könnte argumentieren, dass all die moralischen Appelle zur Nächstenliebe oft reine Rhetorik ohne Bezug zur Realität der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Interessen der Gebernation waren. Heutzutage gestalten immer mehr Geberländer Hilfepolitiken unter offener Berücksichtigung ihrer eigenen Interessen.

Entwicklungszusammenarbeit in der Praxis

Das Volumen der ODA ist zwischen 1960 und 2023 von 38 Milliarden US-Dollar auf 223,3 Milliarden US-Dollar gestiegen. Das entspricht 0,37 Prozent des BNE der Geberländer und liegt damit um 196 Milliarden US-Dollar unter dem 1970 zugesagten Ziel von 0,7 Prozent. Wie zahlreiche empirische Studien belegen, gibt es in den vergangenen 60 Jahren keine erkennbaren Belege für strukturelle wirtschaftliche und soziale Transformationen in Afrika durch Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Die aus der Kolonialzeit übernommenen Wirtschaftsstrukturen in Landwirtschaft und Rohstoffausbeutung dominieren weiterhin.

Es überrascht daher kaum, dass der Großteil der afrikanischen Länder heute schlechter dasteht als vor sechzig Jahren. Armut, Konflikte und Schulden nehmen zu, Grundrechte stehen unter Druck, Diskriminierung, vor allem gegenüber Frauen und Menschen mit Behinderungen, bleiben bestehen. Die Kluft zwischen Nord und Süd vertieft sich.

Als „Entwicklungshilfe“ galten oft auch Ressourcenströme, die keinerlei Last für Geber darstellten. Private Kapitalflüsse wie Beteiligungsinvestitionen, kommerzielle Kredite, Reparationen oder Pensionszahlungen an frühere Kolonialbeamte wurden in die Statistik der Ressourcenströme an Entwicklungsländer

einbezogen. Gelder flossen meist nur in die jeweiligen ehemaligen Kolonien, wirtschaftlich relevante Regionen oder geopolitisch strategische Länder. Armutsbekämpfung und Entwicklung waren oft nur nachgeschobene Ziele.

„Eine neue EZ sollte im Interesse aller nicht Symptome, sondern Ursachen bekämpfen“

Theorien und Paradigmen, technische Zusammenarbeit, Technologien und Handelspräferenzen, die jährlich an unterentwickelte Länder vergeben wurden, ignorierten jedoch häufig die tiefgreifenden Ursachen: Jahrhunderte der Ausplünderung durch Sklavenhandel, Kolonialismus und asymmetrische Beziehungen in der Gegenwart. In diesem Licht betrachtet ist es höchst fraglich, ob Afrikas Vision, die Agenda 2063, und die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) für das Jahr 2030 die Zukunft bringen können, die Afrika sich wünscht.

Tatsächlich warnte UN-Generalsekretär António Guterres beim Eröffnungsplenum des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) zum Thema Entwicklungsförderung 2023, dass die SDGs zu einer bloßen „Fata Morgana dessen, was hätte sein können“ verkämen, wenn nicht sofort tiefgreifende und kohärente Reformen der globalen und nationalen Institutionen eingeleitet würden. Ein Scheitern hätte unvorstellbare Konsequenzen.

Schlussfolgerung und Ausblick

Genau wie die Klimakrise, Pandemien und die obszöne Ungleichverteilung globaler Einkommen ist Afrikas Armut eine globale Herausforderung, die globale Antworten erfordert. Eine neue Entwicklungspolitik sollte im Interesse aller nicht Symptome, sondern Ursachen bekämpfen. Sie sollte Afrikas Strategien zur Industrialisierung unterstützen, globale Finanz-, Investitions- und Handelsstrukturen reformieren und illegitime Schul-

den erlassen. Gleichzeitig muss Afrika eigene strukturelle Entwicklungshemmisse angehen.

Statt internationale Entwicklungspolitiken weiterhin auf gescheiterte Paradigmen und Praktiken aufzubauen, müssen die eigentlichen Ursachen afrikanischer Armut und Unterentwicklung thematisiert werden. So wie die Opfer des Ersten und Zweiten Weltkriegs Wiedergutmachung erhielten, sollte Afrika sein Verhalten überdenken, weiterhin Almosen von seinen ehemaligen Kolonialherren zu erbitten. Stattdessen sollte ein umfassendes System reparativer Gerechtigkeit geschaffen werden – für die historischen Verluste und Schäden durch den Sklavenhandel, die Berliner Konferenz zur Aufteilung Afrikas, die koloniale und postkoloniale Ausbeutung sowie für die Folgen der Klimakrise.

So wie Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg die europäische Integration brauchte, um wieder zu Stärke und Wohlstand zu finden, so braucht Afrika heute Integration, um Armut, Unterentwicklung, globale Marginalisierung und Ausgrenzung zu überwinden. Nur so wird eine nachhaltige Entwicklung im Interesse aller gesichert.

Damit starke supranationale Institutionen schrittweise Autorität und Legitimität gewinnen können, muss die afrikanische Seite bereit sein, Prinzipien wie geteilte Souveränität und Subsidiarität umzusetzen. Nur so ist es möglich, die Agenda 2063 ohne Angst oder Bevorzugung gemeinsam zu planen, zu beaufsichtigen, zu koordinieren und zu harmonisieren. ↗

Severine M. Rugumamu war Professor für Development Studies an der Universität von Daressalam, Tansania.

Foto: © picture alliance



Ein Modell für internationales Engagement

Außenminister der Arabischen Republik Ägypten Badr Ahmed Mohamed Abdelatty

Die deutsch-ägyptischen Beziehungen zählen seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1957 zu den beständigsten und ausgewogensten Kooperationsmodellen. Seit dem Amtsantritt von Präsident Abdel Fattah al-Sisi im Jahr 2014 haben sie erheblich an Dynamik gewonnen und sich auf politische, wirtschaftliche, kulturelle und bildungspolitische Bereiche ausgeweitet. Beide Länder intensivieren den politischen Dialog und streben eine strategische Partnerschaft an, die auf gemeinsamen Interessen und langfristigen Zielen basiert.

„Die trilaterale Zusammenarbeit zwischen Ägypten, Deutschland und afrikanischen Partnerländern birgt großes Potenzial.“

Ägypten und Deutschland stimmen sich auf politischer Ebene in regionalen und internationalen Fragen eng ab, unter anderem bei den Friedensbemühungen im Nahen Osten und der Lösung der Libyen-Krise. Hochrangige Besuche wie jener von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Jahr 2024, dem ersten Besuch eines deutschen Staatsoberhauptes seit 25 Jahren, unterstreichen diese Annäherung. Im Rahmen des alle zwei Jahre stattfindenden Ministerdialogs bauen beide

Länder ihren strategischen Dialog aus, auch zu Fragen des Nahen und Mittleren Ostens, da Deutschland Ägyptens Rolle für regionale Stabilität, Sicherheitskooperation und Migrationsmanagement anerkennt.

Deutschland ist Ägyptens wichtigster europäischer Handelspartner mit einem bilateralen Handelsvolumen von 6 Milliarden Euro im Jahr 2024. Über 1.600 deutsche Unternehmen, darunter Siemens und Mercedes-Benz, sind in den Bereichen Infrastruktur, Fertigung, Automobilmontage und Energiewende aktiv. Vor allem die Partnerschaft im Bereich der grünen Energie hat an Bedeutung gewonnen. Im Rahmen der *H2 Global-Initiative* erteilte Deutschland der Firma *Fertiglobe* einen Auftrag über 397 Millionen Euro für umweltfreundliches Ammoniak sowie weitere 30 Millionen Euro, um Ägyptens Ambitionen in Bezug auf grünen Wasserstoff voranzutreiben. Im Rahmen der Plattform *Nexus of Water, Food and Energy* (NWFE), die von Ägypten, Deutschland und den USA gemeinsam unterstützt wird, hat Deutschland 258 Millionen Euro für die Stärkung der ägyptischen Strominfrastruktur bereitgestellt, mit dem Ziel, bis 2028 zehn Gigawatt erneuerbare Energie zu erzeugen.

Die kulturelle Zusammenarbeit floriert

Die Entwicklungszusammenarbeit beläuft sich inzwischen auf insgesamt 1,6 Milliarden Euro und umfasst mehr als 30 Projekte, die durch Zuschüsse, Darlehen zu Vorzugsbedingungen und Finanzhilfe durchgeführt werden. Das bilaterale Schuldentauschpro-

gramm, das als eines der erfolgreichsten Modelle anerkannt ist, beläuft sich derzeit auf 240 Millionen Euro, einschließlich zusätzlicher 100 Millionen Euro zur Unterstützung der Bemühungen Ägyptens bei der Aufnahme von Geflüchteten.

Darüber hinaus bleibt die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ein wichtiger Entwicklungspartner. Zu den Vorzeigeanlagen gehört das deutsch-ägyptische Zentrum für Arbeit, Migration und Reintegration. Es bietet maßgeschneiderte Berufsberatung, Ausbildungspogramme und Wiedereingliederungsdienste für Rückkehrende oder Personen, die sich vor Ort eine Existenz aufbauen wollen.

Die kulturelle und akademische Zusammenarbeit floriert weiterhin. Es gibt sieben deutsche Schulen, zwei deutsche Universitäten und über eine halbe Million Deutschsprachige. Eine kürzlich unterzeichnete Absichtserklärung sieht die Einrichtung von weiteren 100 deutschen Schulen vor, um den Zugang zu zweisprachiger Bildung zu verbessern. Deutschland beteiligt sich über das Deutsche Archäologische Institut an archäologischen Ausgrabungen und auch der bilaterale Tourismus entwickelt sich weiter, was durch den Besuch von 1,4 Millionen Deutschen im Jahr 2024 belegt wird.



Auf dieser Grundlage aufbauend, setzt Ägyptens Afrikapolitik auf Einheit, Integration, Frieden und nachhaltige Entwicklung. Als Vorsitz der Afrikanischen Union im Jahr 2019 formulierte Ägypten eine neue Vision für einen vernetzten und selbstständigen Kontinent. Dieser Fahrplan räumt der wirtschaftlichen Integration, der grenzüberschreitenden Infrastruktur und dem Aufbau institutioneller Kapazitäten Priorität ein. Ägypten unterstützt aktiv die Agenda 2063 und spielt eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone.

Beitrag zu Frieden und Sicherheit in Afrika

Neben seinen wirtschaftlichen Initiativen leistet Ägypten auch einen wichtigen Beitrag zu Frieden und Sicherheit in Afrika. Es zählt zu den größten Beitragsszahlern des Kontinents für UN-Friedensmissionen und engagiert sich aktiv diplomatisch in strategischen Regionen wie dem Horn von Afrika und der Sahelzone. In Somalia unterstützt Ägypten die neue Unterstützungs- und Stabilisierungsmission der Afrikanischen Union (AUS SOM), indem es Kapazitäten für die Sicherheitsinstitutionen aufbaut und sich für die internationale Unterstützung einsetzt.

Parallel dazu hat Ägypten sein aktives diplomatisches Engagement im Sudan fortgesetzt, um Bedingungen zu schaffen, die einen Waffenstillstand ermöglichen. Gleichzeitig wurde mit dem sudanesischen Souveränitätsrat zusammengearbeitet, um die wiederholte Öffnung des Grenzübergangs „Adre“ zum Tschad zu erleichtern und so den Zugang für humanitäre Hilfe zu ermöglichen. Auf politischer Ebene hat sich Ägypten für einen Prozess unter sudanesischer Führung eingesetzt, der in der Kairoer Konferenz der politischen und zivilen Kräfte des Sudan im Juli 2024 gipfelte. Diese Konferenz war das erste Treffen aller wichtigen sudanesischen Akteure seit Beginn des Konflikts und wurde international als wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer umfassenden politischen Lösung gelobt.

Ägypten verbessert die regionale Sicherheit auch durch Schulungs- und Deradikalisierungsprogramme, die von seinen nationa-

len Einrichtungen, darunter das *Cairo International Center for Conflict Resolution, Peacekeeping and Peacebuilding* (CCCPA), durchgeführt werden.

Führungsrolle in der nachhaltigen Entwicklung

Ägypten hat auch eine führende Rolle bei der Förderung der nachhaltigen Entwicklung auf dem gesamten Kontinent übernommen. Über die Ägyptische Agentur für Entwicklungspartnerschaft (EAPD) führt es weitreichende Initiativen durch, die sich auf die

von Arbeitskräften. Diese Prioritäten stimmen eng mit der *Global Gateway Initiative* überein, die darauf abzielt, Afrikas Beteiligung an globalen Wertschöpfungsketten zu verbessern und gleichzeitig nachhaltige Entwicklung und digitale Integration zu fördern. Ägypten und Deutschland sind in einer einzigartigen Position, um Win-Win-Vereinbarungen zu erleichtern, die es Afrika und seinen Partnern ermöglichen, einen Mehrwert aus ihren natürlichen Ressourcen zu ziehen, den Bedarf der europäischen Industrie zu decken und integratives Wachstum zu fördern.



Bundespräsident Steinmeier zu Besuch in Kairo.

Verbesserung des Humankapitals, der Ernährungssicherheit und der Klimaresilienz konzentrieren. Diese Programme, die Sektoren wie Gesundheitswesen, Landwirtschaft, erneuerbare Energien und Wasserressourcenmanagement abdecken, sind von zentraler Bedeutung für Ägyptens Vision des Aufbaus sozioökonomischer Stabilität und der Fähigkeit zur Klimaanpassung und -resilienz bei seinen afrikanischen Partnern.

Die trilaterale Zusammenarbeit zwischen Ägypten, Deutschland und afrikanischen Partnerländern birgt großes Potenzial. Zu den strategischen Schwerpunkten gehören die Modernisierung der Infrastruktur, eine klimagerechte Landwirtschaft, erneuerbare Energien, grüne Technologien, Technologietransfer, berufliche Bildung, Innovationsökosysteme und die Mobilität

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die deutsch-ägyptische Zusammenarbeit ein zukunftsweisendes, ausgewogenes Modell für internationales Engagement darstellt. Gestärkt durch die geplanten trilateralen Initiativen bietet sie einen überzeugenden Rahmen für ein gemeinsames, konsolidiertes Engagement für Entwicklung, Nachhaltigkeit und Frieden, das zu einer stabileren und wohlhabenderen Zukunft für Ägypten und Deutschland sowie Afrika und Europa gleichermaßen beiträgt. ↗

Badr Ahmed Mohamed Abdelatty ist seit 3. Juli 2024 Außenminister Ägyptens im Kabinett von Mustafa Madbuli.

Foto: © picture alliance



Wünsche an eine neue Afrikapolitik

Empfang zu Ehren des afrikanischen Diplomatischen Corps am 7. Juli 2025

Die neue Bundesregierung hat eine wirtschaftsgeleitete Außenpolitik angekündigt und im Koalitionsvertrag festgehalten, dass die künftige deutsche Afrikapolitik dem strategischen Stellenwert Afrikas gerecht werden soll, indem sie stärker auf wirtschaftliche Zusammenarbeit ausgerichtet sein wird. Doch was bedeutet das konkret und was wünschen sich afrikanische Partner und die deutsche Wirtschaft von einer solchen Afrikapolitik?

Das war Thema beim diesjährigen Empfang zu Ehren des afrikanischen Diplomatischen Corps, zu dem die Deutsche Afrika Stiftung (DAS) mit der Subsahara-Afrika Ini-

tiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI) am 7.7.2025 einlud. Nach Videogrußworten des SAFRI-Vorsitzenden Thomas Schäfer und Begrüßungen durch Dr. Volker Treier (Deutsche Industrie- und Handelskammer) und Dr. Uschi Eid (DAS), diskutierten I.E. Botschafterin Zohour Alaoui (Marokko), Wolfgang Niedermann, Vorstandsmitglied des Bundesverbands deutscher Industrie (BDI), I.E. Botschafterin Louise Nzanga Ramazani (Demokratische Republik Kongo) und Marcus Schwenke (Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen) über Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Afrika und Deutschland. Den Abschluss des offiziellen Teils markierte die Festrede von Serap Güler, Staatsministerin im Auswärtigen Amt. Der inzwischen vierte Empfang dieser Art bot den rund 170 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Diplomatie die Gelegenheit zum freundschaftlichen Austausch und zur Vertiefung der angesprochenen Themen in entspannter Atmosphäre.

← DAS-Vorstand Heiko Schwiderowski (DIHK) begrüßt Basha Mohammed Bashir, Geschäftsträger der Botschaft Nigeria



↑ S.E. Wacef Chiha, Botschafter Tunesien, I.E. Johanna Rose Mamiaka, Botschafterin Gabun, I.E. Stella Mokaya Orina, Botschafterin Kenia, Pauline Adhong Malok, Botschaft Südsudan, Serap Güler, Staatsministerin Auswärtiges Amt, I.E. Edith Antoinette Itoua, Botschafterin Republik Kongo (v.l.n.r.)

Es bestand Einigkeit darin, dass ein Paradigmenwechsel in der deutschen Afrikapolitik nötig sei. Ein wahrer partnerschaftlicher Ansatz, weg vom überholten Geber-Empfänger-Modell, müsse die Beziehungen prägen und sei auch ein zentrales Anliegen afrikanischer Länder. Dies bedeute vor allem ein stärkeres Engagement deutscher Unternehmen, die weiterhin zurückhaltend agieren. Mit nur 1,6 Milliarden US-Dollar machen deutsche Direktinvestitionen auf dem afrikanischen Kontinent nur 1 Prozent aller deutschen Investitionen weltweit aus. Dabei ist Afrika ein attraktiver Investitionsstandort: 2023 flossen 53 Milliarden US-Dollar an ausländischen Direktinvestitionen nach Afrika, 2024 könnten es laut Prognosen sogar 97 Milliarden US-Dollar gewesen sein. Diese Investitionen kommen nicht nur aus China, sondern auch aus Mittelmächten wie den





← I.E. Zohour Alaoui, Botschafterin von Marokko, DAS-Präsidentin Dr. Uschi Eid, Wolfgang Niedermark (BDI), Staatsministerin Serap Güler, I.E. Louise Nzanga Ramazani, Botschafterin der DRK, Marcus Schwenke (BGA), Dr. Volker Treier (DIHK) (v.l.n.r.)

dern erleichtert. Zunehmend würde die EU dieses jedoch nutzen, um Einfluss auf die Migrations- und Klimapolitik der Partnerländer zu nehmen – eine Entwicklung, die kritisch gesehen wurde. Außerdem solle Deutschland sich für die Umsetzung des Handelsleichterungsabkommens der Welthandelsorganisation (WTO) einsetzen. Im Inland bedarf es zudem eines deutlichen Bürokratieabbaus, inklusive der Abschaffung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes. Eine effektive Verzahnung von EZ und Wirtschaft könnte über die bessere Zusammenarbeit der Ressorts, gerade des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE), gelingen.

Vereinigten Arabischen Emiraten (110 Milliarden US-Dollar) oder Saudi-Arabien (25,6 Milliarden US-Dollar). Daher stellt sich die Frage, warum deutsche Investitionen trotz zahlreicher Initiativen wie dem *Compact with Africa*, dem Marshall-Plan mit Afrika und dem Entwicklungsinvestitionsfonds auf niedrigem Niveau bleiben.

Einer der Gründe ist eine überholte Wahrnehmung Afrikas als Krisenkontinent und somit als Investitionsrisiko. Erfolgsgeschichten gelangen zu selten in den öffentlichen Diskurs, ein differenziertes Afrikabild sei dringend nötig. Auch verfüge die deutsche Wirtschaft trotz einiger Außenhandelskammern oft nicht über ausreichend Expertise und Kenntnisse zu den afrikanischen Märkten. Deutschland sei spät dran, könne aber gerade im Rohstoff- und Energiesektor noch attraktive Angebote an afrikanische Partner machen und zwar durch Technologietransfer, die Förderung von lokalen Wertschöpfungsketten und die Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze. Joint Ventures und trilaterale Kooperationen können dazu beitragen, hohe Finanzierungsbedarfe zu decken.

Auch in den Handelsbeziehungen gebe es ungenutztes Potenzial, gerade beim Zugang afrikanischer Unternehmen zum EU-Markt. Oft fehle es auch hier an fundierten Marktkenntnissen zu aktuellen Trends und Kundenbedürfnissen. Gleichzeitig mangelt es an Möglichkeiten zur Geschäftsanbahnung zwischen deutschen und afrikanischen Unternehmen. Klassische Formate wie Messen, die für solches Matchmaking genutzt

werden, sind für viele kleine und mittelständische Unternehmen aus Afrika finanziell kaum zu stemmen. Zahlreiche qualitativ hochwertige afrikanische Produkte fänden somit keine Abnehmer in Europa. Hier setzt die Arbeit des *Import Promotion Desk* (IPD) an, das derzeit mit 21 Partnerländern, davon elf in Afrika, zusammenarbeitet, um nachhaltige Handelsbezie-



Serap Güler, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, spricht zum afrikanischen Diplomatischen Corps in Berlin.

hungen zu fördern. Es gibt allerdings nicht ausreichend Kapazitäten, um alle Bereiche und Anfragen abzudecken. Der Ausbau solcher funktionierenden Instrumente ist daher entscheidend.

Ein weiteres erfolgreiches Instrument sei das Allgemeine Präferenzsystem (APS) der Europäischen Union (EU), das den Marktzugang für Produkte aus Entwicklungslän-

Der Abend machte deutlich, dass Afrika nicht einfach nur ein Zukunftsmarkt, sondern bereits heute *the place to go* ist. Die Frage ist folglich nicht, ob Afrika bereit für deutsche Investitionen ist, sondern ob Deutschland bereit ist, in afrikanische Märkte und in eine vertrauensvolle Partnerschaft zu investieren. ↗

Foto: © Jens Schicke

Südafrikas G20-Motto: Solidarität, Gleichheit, Nachhaltigkeit



S.E. Phumelele Stone Sizani

Der frühere südafrikanische Präsident Nelson Mandela erinnerte uns daran, dass niemand von uns wirklich frei sein kann, solange es Armut, Ungerechtigkeit und Ungleichheit auf der Welt gibt. Wir sollten sein Engagement für globale Solidarität fortsetzen, das zur Überwindung der Apartheid beigetragen hat, und weltweit gemeinsam für Freiheit kämpfen – Freiheit von Armut, von Unterdrückung und von Ungleichheit.

„Nachhaltigkeit bedeutet, die Bedürfnisse der Gegenwart zu erfüllen, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu decken.“

Diese Ideale spiegeln sich im Motto der südafrikanischen G20-Präsidentschaft wieder: Solidarität, Gleichheit, Nachhaltigkeit. Durch Solidarität können wir eine inklusive, menschenzentrierte Zukunft gestalten. Mit dem Engagement für Gleichheit streben wir eine faire Behandlung und gleiche Chancen für alle Menschen und Nationen an – unabhängig von wirtschaftlichem Status, Geschlecht, Herkunft, geografischer Lage oder anderen Merkmalen. Nachhaltigkeit bedeutet, die Bedürfnisse der Gegen-

wart zu erfüllen, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu decken.

Südafrika ist überzeugt, dass sich seine G20-Prioritäten am besten durch gemeinsames Handeln innerhalb der G20 und reformierter multilateraler Institutionen wie den Vereinten Nationen, der Welthandelsorganisation und der globalen Finanzinstitutionen voranbringen lassen. Als führendes Forum, das 80 Prozent der Weltbevölkerung und 85 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts repräsentiert, spielt die G20 eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung internationaler Governance und bei der Entwicklung von Lösungen für die drängendsten Herausforderungen für Menschheit und Planet.

Südafrikas Prioritäten

Unsere vier übergeordneten Prioritäten adressieren jene Herausforderungen, die insbesondere dem Globalen Süden Wachstum und Entwicklung erschweren:

→ **Erstens** arbeiten wir daran, die Widerstands- und Reaktionsfähigkeit bei Katastrophen zu stärken.

→ **Zweitens** konzentrieren wir uns auf Maßnahmen zur Sicherung der Schuldentragfähigkeit von einkommensschwachen Ländern. In diesem Zusammenhang führen wir eine *Cost of Capital Review* durch, um die Ursachen hoher Kapitalkosten für Entwicklungsländer zu analysieren und Lösungen für künftige Schuldenprobleme und damit verbundene fiskalische Engpässe zu finden.

→ **Drittens:** Mobilisierung von Finanzierung für einen gerechten Energiewandel (*Just Energy Transition*).

→ **Viertens** wollen wir strategische Rohstoffe für inklusives Wachstum und nachhaltige Entwicklung nutzbar machen.

Südafrika ruft zu dringenden Maßnahmen zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) auf und warnt vor Selbstzufriedenheit und leeren Versprechen. Die Präsidentschaft fällt in eine Zeit multipler globaler Krisen, die durch Armut, Hunger, geopolitische Spannungen, Klimawandel, Pandemien und zunehmende Ungleichheit geprägt ist. Diese miteinander verflochtenen Bedrohungen erfordern koordinierte globale Antworten und das klare Bekenntnis, dass ein „Weiter wie bisher“ keine Option ist.

Südafrikas Übernahme der G20-Präsidentschaft folgt auf das erfolgreiche Mandat Brasiliens und geht der Präsidentschaft der Vereinigten Staaten im Jahr 2026 voraus. Es ist ein historischer Moment, denn zum ersten Mal findet eine G20-Konferenz auf afrikanischem Boden statt.

Neugestaltung des globalen Finanzsystems

Die Aufnahme der Afrikanischen Union (AU) in die G20 bietet eine Chance, Afrikas Stimme in der globalen Wirtschaftsgovernance zu stärken und sicherzustellen, dass die Entwicklungsrioritäten des afrikanischen Kontinents – wie in der Agenda 2063 der AU festgelegt – auf die Tagesordnung der G20 gesetzt werden.



Südafrika hat stets betont, wie wichtig es sei, die G20-Prioritäten mit den ehrgeizigen Zielen der Vierten Internationalen Konferenz über Entwicklungsförderung (FfD4) in Einklang zu bringen, um insbesondere die Schuldentragfähigkeit von einkommensschwachen Ländern zu verbessern. In Sevilla betonte Südafrika, dass eine Neugestaltung des globalen Finanzsystems zur Unterstützung nachhaltiger Entwicklung ein gemeinsames Anliegen sei. Dies steht im Einklang mit den Zielen des G20 *Compact with Africa* (CwA), der private Investitionen stärken, die makroökonomische Stabilität verbessern und inklusives Wachstum auf dem Kontinent fördern will.

Der 2017 ins Leben gerufene CwA ist eine zentrale G20-Initiative zur Stärkung der Partnerschaften mit Afrika durch Förderung privater Investitionen in reformorientierte Volkswirtschaften mittels verbesserter makroökonomischer, unternehmerischer und finanzieller Rahmenbedingungen.

Südafrika ist der Ansicht, dass der CwA auch strukturelle Ungleichgewichte im globalen Finanzsystem angehen muss, die die Investitionsrisiken in Afrika überbewerten. Dies führt dazu, dass afrikanische Staaten deutlich höhere Finanzierungskosten als bei Konzessionskrediten zu tragen haben. Entwicklungspartner sollten über rein reaktive Kriseninterventionen hinausgehen und eine mittel- bis langfristige Agenda für ein star-

kes, nachhaltiges und inklusives Wachstum im Einklang mit den Zielen der südafrikanischen G20-Präsidentschaft unterstützen.

Afrikas Potenzial realisieren

Die stärkere Zusammenarbeit, der Ausbau von Handel und Investitionen der G20-Mitglieder mit afrikanischen Ländern werden dabei helfen, Afrikas Potenzial und seine Wachstumsprognosen zu realisieren. Wesentlich dabei ist unter anderem die Umsetzung der Afrikanischen Freihandelszone (AfCFTA), der Aufbau nachhaltiger Wertschöpfungs- und Lieferketten sowie die stärkere Einbindung vertrauenswürdiger lokaler Partner aus dem Privatsektor.

Als G20-Vorsitz verfolgt Südafrika eine transformative Agenda, die Gerechtigkeit, Inklusion und Nachhaltigkeit ins Zentrum globaler Zusammenarbeit stellt. Ein zentrales Element ist die *Just Energy Transition Partnership* (JETP), die einen gerechten Übergang zu sauberer Energie fördert und dabei den Fokus auf Zugang, Bezahlbarkeit, Beschäftigung, widerstandsfähige Infrastruktur und regionale Energievernetzung in Afrika legt. Gleichzeitig hebt Südafrika die strategische Bedeutung kritischer Rohstoffe für grüne Industrialisierung und nachhaltige Entwicklung hervor und setzt sich für lokale Verarbeitung, Wertschöpfung vor Ort sowie Investitionen in Qualifizierung und Infrastruktur ein.

Digitalisierung als Chance

In Anerkennung der digitalen Wirtschaft als Wachstumstreiber engagiert sich Südafrika zudem für den Abbau der digitalen Kluft und die verantwortungsvolle Nutzung von Künstlicher Intelligenz, um Gemeinschaften zu stärken, öffentliche Dienstleistungen zu verbessern und neue Chancen für den Globalen Süden zu erschließen. Mit diesem integrierten Ansatz möchte Südafrika Afrika als unverzichtbaren Partner für eine gerechtere, innovativere und nachhaltigere globale Zukunft positionieren.

Südafrika würdigt die verlässliche Unterstützung der deutschen Bundesregierung für die G20-Präsidentschaft und schätzt das gemeinsame Bekenntnis zu Nachhaltigkeit, Gleichheit und Solidarität. Diese Werte sind zentrale Pfeiler für unsere gemeinsamen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit.

Wir freuen uns darauf, die Staats- und Regierungschefs der G20 im November 2025 in Südafrika begrüßen zu dürfen – ein Gipfel, bei dem Kooperation und Zusammenarbeit im Mittelpunkt stehen werden. Wir laden alle Teilnehmenden herzlich ein, die Lebendigkeit, Widerstandskraft und Innovationskraft Afrikas als geschätzten und aufstrebenden globalen Partner zu erleben. Gemeinsam können wir die wirtschaftliche Entwicklung stärken und widerstandsfähige, inklusive Volkswirtschaften aufbauen – für eine G20, die wirklich allen dient. 

S.E. Phumelele Stone Sizani ist seit Oktober 2016 außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Republik Südafrika in der Bundesrepublik Deutschland.

Foto: © picture alliance

Wie Afrikas Demokratien widerstandsfähiger werden

Prof. Henry Kwasi Premeh

Die Rückkehr der Staatsstreichs im letzten Jahrzehnt schürt düstere Prognosen für die Zukunft der noch relativ jungen demokratischen Projekte in Afrika. Dieses Comeback ist beunruhigend, da Trenddaten zeigen, dass die Ablehnung von Staatsstreichs in Afrika zuletzt nachgelassen hat. Laut Afrobarometer 2024 würden mehr als die Hälfte der afrikanischen Bevölkerung (53 Prozent, 56 Prozent unter den Jugendlichen) eine militärische Intervention begrüßen, wenn ihre gewählten Führer „ihre Macht für ihre eigenen Zwecke missbrauchen“, jedoch keine Militärrherrschaft gutheißen (66 Prozent). Zugleich hat die autoritäre Wende einflussreicher Demokratien die internationale Ablehnung geschwächt und Afrikas regionale Gremien bei der Durchsetzung von Instrumenten gegen „verfassungswidrige Regierungswechsel“ behindert.

Die Chancen für eine erfolgreiche Demokratisierung in Afrika standen seit den demokratischen Übergängen nach dem Kalten Krieg in den 1990er Jahren schlecht. Jahrzehntelange autoritäre Politik und rüinosé Wirtschaftspolitik hatten die afrikanischen Gesellschaften gespalten und ihre Volkswirtschaften und Staatsfinanzen in Trümmern hinterlassen. Das Standardrezept der Bretton-Woods-Institutionen für den wirtschaftlichen Aufschwung bedeutete eine weitere Schwächung des afrikanischen Staates und seiner Fähigkeit, seine soziale Aufgabe zu erfüllen. Die Demokratisierung verstärkte den Druck der Bevölkerung auf das Angebot öffentlicher Güter, die neuen Regierungen meist mit hochverzinslichen Krediten finanzierten Schulden – die den Staat zusätzlich schwächen.

In den konkreten Fällen von Mali, Niger und Burkina Faso verschärft eine existenzielle Krise der Staatlichkeit deren Leistungsfähigkeit, da dschihadistische und andere extremistische Banden gegen schwache Armeen um Territorium und Ressourcen kämpften. Es ist daher nachvollziehbar, dass die aufkeimenden demokratischen Projekte in den Sahelstaaten Rückschläge erlitten. Angesichts der schwierigen Bedingungen für Afrikas Demokratisierung in den letzten drei Jahrzehnten überrascht nicht, dass manche demokratische Öffnungen scheiterten, sondern dass viele, vor allem im anglophonen Westafrika, allen Widrigkeiten trotzen und eine autokratische Kehrtwende verhinderten.

Starke Unterstützung für die Demokratie

Die jüngsten Staatsstreichs in Afrika zogen die größte Aufmerksamkeit auf sich. Darauf ist weniger bekannt, dass demokratische Machtwechsel, also friedliche Regierungswechsel durch Oppositionssiege bei Wahlen, häufiger vorkommen. Von 2019 bis 2024 gab es in Afrika mehr demokratische Machtwechsel als Militärputsche, obwohl insgesamt zehn Pusche verzeichnet wurden.

Daten von Afrobarometer zeigen weiterhin eine starke, wenn auch rückläufige Unterstützung für Demokratie unter der afrikanischen Bevölkerung. Zwei Drittel bevorzugen sie gegenüber jedem anderen Regierungssystem, wobei eine große Mehrheit sowohl eine Ein-Mann-Herrschaft (80 Prozent) als auch eine Einparteiherrschaft (78 Prozent) ablehnt. Bemerkenswert ist, dass sich die Unterstützung der Bevölkerung für

Demokratie in Afrika als recht widerstandsfähig gegenüber anhaltenden Herausforderungen bei der Verwirklichung von Wirtschaftswachstum und sozialer Wohlfahrt erweist.

„Bemerkenswert ist, dass sich die Unterstützung der Bevölkerung für Demokratie in Afrika als recht widerstandsfähig erweist.“

Wie Afrobarometer feststellt, „ist das primäre ‚demokratische Problem‘ für viele afrikanische Länder weiterhin nicht ein Mangel an Unterstützung seitens der Bevölkerung, sondern ein Versagen der Politik, die Normen und Praktiken der Demokratie umzusetzen“. Die meisten seien daher, so Afrobarometer „unzufriedene Demokrat:innen“. Nur 37 Prozent sind „ziemlich“ oder „sehr“ zufrieden mit der Demokratie im eigenen Land. Der Rückgang der Unterstützung für die Demokratie scheint weitgehend auf die sich verschlechternden politischen Bedingungen zurückzugehen.



Die politischen Ursachen anzugehen, ist der Schlüssel dazu, Afrikas demokratische Projekte widerstandsfähig gegen aktuelle autoritäre Tendenzen zu machen. Hier sind einige konkretere Empfehlungen, wie dies erreicht werden könnte:

Die Integrität von Wahlen schützen und stärken

Schlechte Wahlen, ob manipuliert oder inkompotent durchgeführt, zerstören das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie, da sie ihr das einzige wirksame Kontrollinstrument nehmen, ihre politische Führung zu ändern. Die Stärkung der Wahlintegrität erfordert den Aufbau glaubwürdiger und unabhängiger Wahlmanagementgremien und die Transparenz der Wahlverwaltung – von der Wählerregistrierung über die Auszählung der Stimmen bis hin zur Bekanntgabe der Ergebnisse. Da immer mehr afrikanische Wahlen vor Gericht enden, erstreckt sich dies auf die Stärkung der Unabhängigkeit der Gerichte und die Ausarbeitung klarer und präskriptiver Wahlgesetze.

Partizipation über Wahlen hinaus

Obwohl die Wahlbeteiligung in Afrika in der Regel außergewöhnlich hoch ist, gibt es verschiedene Hürden, sich zwischen den Wahlen wirksam politisch zu beteiligen und bürgerschaftlich zu engagieren. Die Beseitigung oder Verringerung dieser Hindernisse ist unerlässlich, damit möglichst viele Demokratie nicht nur an der Wahlurne erleben können. Die Liberalisierung repressiver Gesetze und Polizeipraktiken sollte Straßenproteste für Jugendliche als Mittel kollektiven Handelns sicherer und weniger belastend machen. Eine Reform der Wahlkampffinanzierung zur strengen Regulierung und Reduzierung der Ausgaben würde mehr Frauen und Jugendliche zur politischen Beteiligung motivieren.

Eine Dezentralisierung würde die Kosten politischer Beteiligung senken, weil Regierung und öffentliche Dienstleistungen näher an lokale Gemeinschaften heranrücken. Das verfassungsmäßige Recht auf öffentliche Beteiligung an Gesetzgebungsprozessen auf allen Regierungsebenen stärkt besonders den Einfluss der Zivilgesellschaft auf Gesetze und Politik.

Korruption frontal bekämpfen

Die weit verbreitete Korruption schadet der Unterstützung der Bevölkerung für die Demokratie in vielerlei Hinsicht. Insbesondere die auffällige politische Korruption in einer Wirtschaft mit begrenzten Möglichkeiten, wie sie in Afrika häufig anzutreffen ist, verschärft die Ungleichheit und führt zu Zynismus und Entfremdung unter den Jugendlichen. Die Korruptionsbekämpfung muss über episodische moralische Appelle hinausgehen und konkrete Maßnahmen ergreifen, die Transparenz und Rechenschaftspflicht stärken sowie Ermessensspielräume und Interessenkonflikte etwa bei der Vergabe öffentlicher Aufträge reduzieren.

Weitere Verfassungsreformen in Betracht ziehen

Um Afrikas Demokratien gegen autoritäre Tendenzen zu stärken, muss anerkannt werden, dass sie eine ständige Pflege und Weiterentwicklung erfordern, etwa durch regelmäßige Überprüfungen und Reformen von Gesetzgebung und Verfassung. Insbesondere weil die erste Generation von Verfassungen aus den 1990er Jahren in ihren Zielen begrenzt war. Das Ziel bestand damals darin, die bestehenden autoritären Ordnungen zu demokratisieren. In erster Linie wurden Regelungen für Parteigründungen und -beitritte und für die Durchführung von regelmäßigen, kompetitiven Wahlen festgesetzt. Teilweise wurde auch die Amtszeit der Präsidentschaft begrenzt.

Die Spielregeln der Staatsführung, also wie öffentliche Macht organisiert, verteilt und ausgeübt wird, haben sich beim Übergang vom Autoritarismus zur Demokratie kaum verändert. Deshalb haben viele afrikanische Demokratien noch immer die gleichen Gesetze, Institutionen und Praktiken aus der autoritären Zeit. Die nächste Welle von Verfassungsreformen in Afrika muss nun darauf abzielen, die Überreste des Autoritarismus auszurotten. Diese Reformen müssen den afrikanischen Staat dezentralisieren, Macht an lokale Regierungen übertragen, rechenschaftspflichtige Regierungsführung fördern, gegenseitige Kontrolle stärken, Korruption und Machtmissbrauch reduzieren sowie ziviles Engagement und Beteiligung stärken.

Afrikaner:innen erwarten von ihren Demokratien, dass sie das Versprechen der Demokratie einlösen und in wichtigen Bereichen wie rechenschaftspflichtiger Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, glaubwürdigen Wahlen sowie einer als sauberer und weniger korrupt wahrgenommenen Regierung bessere Leistungen erbringen. Um die Demokratien Afrikas widerstandsfähig gegen das autokratische Wiederaufleben zu machen, muss die Unterstützung der Bevölkerung gestärkt werden. Das gelingt am besten, indem demokratische Politiker:innen und Regierungen durch ihre Taten und Ergebnisse klar zeigen, wie sie sich von autoritären Alternativen unterscheiden. ↗

Prof. Henry Kwasi Prempeh
ist Geschäftsführender Direktor des
Ghana Center for Democratic Development
und Senior Advisor bei dem panafrikanischen Meinungsforschungsinstitut
Afrobarometer.



3 Fragen an...

...an I.E. Johanna Rose Mamiaka, Botschafterin von Gabun

Welche Ziele haben Sie sich für Ihre Amtszeit als Botschafterin in Berlin gesetzt?

Als Botschafterin der Republik Gabun in der Bundesrepublik Deutschland ist es meine Aufgabe, die bilateralen Beziehungen bei den Ländern im Sinne einer strategischen Partnerschaft und im Einklang mit den wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten Gabuns zu stärken.

Daher unterstütze ich die neue Vision des wirtschaftlichen Aufschwungs meines Landes in vollem Umfang, insbesondere durch die Einrichtung von fünf bedeutenden strategischen Fonds:

- den Fonds zur Unterstützung der Landwirtschaft (FSA),
- den Strategischen Fonds für die Entwicklung der Fischerei und Aquakultur (FDPA),

- den Nationalen Fonds für Infrastrukturen (FNI),
- den Gabunischen Fonds für Wohnungsbau und Unterkunft (FGHL),
- den Nationalen Fonds für Energie und Wasser (FNEE).

Diese Instrumente spiegeln den klaren Willen wider, die gabunische Wirtschaft zu diversifizieren, lokale Ressourcen aufzuwerten und konkrete Chancen für die Jugend unseres Landes zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich gemeinsam mit meinen deutschen Partnern gezielt Kooperationsfelder identifizieren, sei es im Technologietransfer, der beruflichen Bildung, der industriellen Transformation, dem Infrastrukturausbau oder in weiteren Sektoren.

Deutschland verfügt über internationale anerkannte Expertise in den Bereichen grüne Wirtschaft, industrielle Technologien und Innovation. Mein Ziel ist es, diese Stärken mit den Prioritäten Gabuns zu verbinden, um tragfähige, zukunftsorientierte Partnerschaften zu gestalten, insbesondere auf Basis der fünf genannten Fonds.

Darüber hinaus setze ich mich für eine intensivere Zusammenarbeit in Bildung und Kultur ein: für den Austausch zwischen Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie für ein vertieftes gegenseitiges Verständnis zwischen unseren Gesellschaften. Menschliche Entwicklung, Unternehmertum und praxisnahe Ausbildung sind für uns zentrale Hebel der ange strebten Transformation.

Zusammengefasst ist es mein Ziel, mein Mandat zu einer Phase konkreten Handelns und greifbarer Ergebnisse im Dienste einer ausgewogenen und nachhaltigen Zusammenarbeit zu machen.

Was sind die größten Herausforderungen, mit denen Sie sich konfrontiert sehen?

Wie jede diplomatische Vertretung Gabuns steht auch die Botschaft in Berlin vor einer Reihe von Herausforderungen. Die wichtigste besteht darin, ein Land glaubwürdig und engagiert zu repräsentieren, das sich inmitten eines tiefgreifenden wirtschaftlichen Wandels befindet. Es gilt, unseren Partnern zu vermitteln, dass Gabun trotz der aktuellen Neugestaltung fest entschlossen ist, den Rechtsstaat zu stärken, seine Wirtschaft zu revitalisieren und ausgewogene sowie verlässliche internationale Beziehungen zu entwickeln.





Eine weitere Herausforderung besteht darin, unsere Zusammenarbeit breiter aufzustellen. Zu lange war sie auf klassische Bereiche wie natürliche Ressourcen beschränkt. Künftig soll sie sich verstärkt auf neue Zukunftsfelder richten – etwa die grüne Wirtschaft, den digitalen Sektor, Innovation oder berufliche Bildung. Dafür braucht es die Identifizierung geeigneter Ansprechpersonen, tragfähige Beziehungen und gezielte Unterstützung für Projektverantwortliche auf beiden Seiten.

Ich stehe zudem vor der übergreifenden Aufgabe, die Sichtbarkeit Gabuns in Deutschland zu stärken. Dazu gehört es, den kulturellen Reichtum, die Qualität unseres Humankapitals und das tatsächliche Potenzial unseres Landes bekannter zu machen. Allzu oft wird Afrika durch stereotype Vorstellungen wahrgenommen. Es liegt an uns, ein neues Bild unseres Kontinents zu gestalten – aufrichtig, modern und ambitioniert.

Dennoch betrachte ich all diese Herausforderungen nicht als Hindernisse, sondern als Handlungschancen. Sie verleihen meiner diplomatischen Mission ihren vollen Sinn – und ich stelle mich ihnen mit Engagement, Entschlossenheit und Überzeugung.

Was sind Ihre Wünsche und Forderungen an die deutsche Afrikapolitik?

Ich wünsche mir, dass die Afrikapolitik Deutschlands sich in einem Geist des gegenseitigen Respekts und einer ausgewogenen Partnerschaft entfaltet. Afrika und Gabun im Besonderen strebt nicht länger nach einer einseitigen, vertikalen Beziehung, sondern nach einer Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen Interessen, gegenseitigem Zuhören und der Anerkennung unseres strategischen Potenzials beruht.

Deutschland ist ein bedeutender Akteur auf der internationalen Bühne und hat damit das Potenzial, ein starker Partner eines aufstrebenden Afrikas zu sein. Besonders im Kontext der energie-, digital-, umwelt- und demokratiepolitischen Transformationen unseres Kontinents kann es eine entscheidende unterstützende Rolle übernehmen.

In diesem Zusammenhang wäre es wünschenswert, mehr konkrete Initiativen in Bereichen wie Technologietransfer, Förderung lokaler Industrialisierung, Zugang zu Finanzierung für afrikanische kleine und mittelständische Unternehmen sowie Kompetenzentwicklung für junge Menschen entstehen zu sehen.

Auf politischer Ebene ist es wichtig, dass Deutschland die Vielfalt afrikanischer Entwicklungswege berücksichtigt und eine dialogorientierte Haltung einnimmt, auch in komplexen Kontexten. Eine ambitionierte Afrikapolitik kann nur durch einen differenzierten, pragmatischen und innovationsoffenen Ansatz aufgebaut werden.

Abschließend wünsche ich mir, dass Deutschland eine Brückenfunktion zwischen Afrika und Europa einnimmt – nicht im Rahmen von Hilfestellungen, sondern im Sinne von Transformation. Die Zukunft unserer beiden Kontinente ist eng miteinander verbunden.

Gabun ist durch seine geopolitische Lage und sein ökologisches Engagement bereit, aktiv zu dieser erneuerten Dynamik beizutragen. ☺

I.E. Johanna Rose Mamiaka ist seit dem 31. Januar 2025 Botschafterin der Republik Gabun in Berlin.

Foto: © Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Katars Afrika-Strategie

Hubert Kinkoh

Afrika ist nicht mehr das geopolitische Randgebiet, das es einst war. In den letzten Jahren hat sich der Kontinent zu einem dynamischen und selbstbewussten Akteur in globalen Angelegenheiten entwickelt – symbolisiert durch die Mitgliedschaft der Afrikanischen Union in der G20 und ihre zunehmende Selbstsicherheit in der Krisendiplomatie. Die afrikanischen Staaten sind nicht mehr nur passive Empfänger ausländischer Einflüsse und Hilfe, sondern üben zunehmend Eigeninitiative aus, indem sie ihre Partnerschaften diversifizieren, traditionelle Abhängigkeiten überwinden und mit einer Vielzahl von Partnern aus dem Westen, dem Golf und Asien zusammenarbeiten.

„Seine 'diplomatische Staatskunst' ermöglicht es Katar, einen Einfluss auszuüben, der weit über seine geografische Größe oder militärische Kapazität hinausgeht.“

Dieser Wandel ist nicht nur reaktiv, sondern strategisch. Das Ziel besteht darin, Einfluss zu maximieren, bessere Bedingungen zu erzielen und in einer multipolaren Welt, die von Fragmentierung, Unsicherheit und Wettbewerb geprägt ist, eigene Souveränität zu behaupten. In diesem sich wandelnden Umfeld hat sich Katar still, aber effektiv

zu einem bedeutenden Akteur in Afrika entwickelt. Obwohl Katar nicht über die Schlagzeilen machenden Infrastrukturprojekte Chinas oder die militärische Präsenz Russlands verfügt, wächst sein Einfluss in Afrika stetig. Sein Ansatz zeichnet sich durch diplomatische Flexibilität, Soft Power und gezielte wirtschaftliche Investitionen aus. Dieses Modell hat es Katar ermöglicht, sich einen einzigartigen Platz auf dem überfüllten geopolitischen Schauplatz Afrikas zu sichern. Aus diesem strategischen Vorgehen können traditionelle Partner wie Deutschland wichtige Lehren ziehen.

Katars „diplomatische Staatskunst“

Die Afrikapolitik Katars basiert auf dem, was man als „diplomatische Staatskunst“ bezeichnen könnte. Sie konzentriert sich auf Konfliktvermittlung, humanitäres Engagement und Nischeninvestitionen in Bereichen wie Bildung, Energie und Finanzen. Diese Instrumente ermöglichen es Katar, einen Einfluss auszuüben, der weit über seine geografische Größe oder militärische Kapazität hinausgeht. Eines der eindrucksvollsten Beispiele für Katars diplomatisches Geschick war seine Intervention in der Pattsituation zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda in den Jahren 2024–2025. Als die von der Afrikanischen Union geleiteten Vermittlungsbemühungen ins Stocken geraten waren, schaltete sich Katar deeskalierend ein und stellte damit seine wachsende Glaubwürdigkeit als globaler Konfliktvermittler unter Beweis.



Dabei handelt es sich um keinen Einzelfall. Im Jahr 2022 vermittelte Katar im Tschad ein Friedensabkommen zwischen der Übergangsregierung und über vierzig Rebellengruppen. Es spielte auch eine Rolle bei der Vermittlung zwischen Äthiopien und Eritrea sowie bei der Entspannung der Lage zwischen Kenia und Somalia.

Jenseits der Diplomatie zeigt sich Katars Einfluss in Afrika in seinem Einsatz strategischer Soft Power. Über Organisationen wie *Qatar Charity*, die *Qatar Foundation* und *Education Above All* hat Doha massiv in religiöse Bildung, die Förderung der arabischen Sprache und humanitäre Hilfe investiert, insbesondere in Ländern mit einem hohen muslimischen Bevölkerungsanteil wie Äthiopien, Burkina Faso, Dschibuti, Mali, Marokko, Mauretanien, Niger, Nigeria, Senegal, Somalia, Sudan und Tschad. Diese Bemühungen sind nicht nur altruistisch, sondern strategische Investitionen in langfristigen Einfluss und wirtschaftliche Beziehungen. Sein Medienarm *Al Jazeera* spielt dabei eine entscheidende Rolle. Seine Berichterstattung über afrikanische Angelegenheiten bietet eine Alternative zu westlichen Narrativen und stärkt das Image des Golfstaates als sympathischer und engagierter Partner.

Wirtschaftlicher Einfluss wächst

Wirtschaftlich gesehen wächst Katars Einfluss in Afrika rasant. In den letzten zehn Jahren hat Doha sein Engagement auf dem Kontinent strategisch vertieft und Investitionen in wichtige Sektoren wie Luftfahrt, Energie, Infrastruktur und Finanzen getätigt, die mit den Prioritäten von Katars Nationaler Vision 2030 im Einklang stehen. Die



← Außenminister Johann Wadephul (CDU) im Gespräch mit Katars Premier Mohammed bin Abdulrahman Al Thani in Doha.

Qatar Investment Authority ist insbesondere in Anker-Märkten wie Marokko, Südafrika und Kenia zu einem wichtigen Instrument für den Aufbau dauerhafter wirtschaftlicher Partnerschaften geworden. Durch diese gezielten Investitionen positioniert sich Katar als zunehmend einflussreicher Akteur in der sich entwickelnden Wirtschaftsarchitektur Afrikas.

Der *Qatar Fund for Development* (QFFD) dient als wichtigstes Instrument für Entwicklungsfinanzierung und ist bekannt für seine Schnelligkeit, Flexibilität und Transparenz. Seine Fähigkeit, staatliche Bürokratien zu umgehen und direkt mit NGOs und Gemeindevorstehern zusammenzuarbeiten, hat die Attraktivität von Doha für afrikanische Partner erhöht. Dies ermöglicht besonders in fragilen oder unversorgten Gebieten einen schnellen Einsatz von Ressourcen – etwas, das traditionelle Entwicklungspartnere oft kaum leisten können. Während der COVID-19-Pandemie beispielsweise stellte Katar über einem Dutzend afrikanischer Länder medizinische Hilfsgüter und Impfstoffe zur Verfügung und füllte damit oft Lücken, die durch die langsamere Reaktion des Westens entstanden waren.

Deutschlands neue Rolle in Afrika

Deutschlands Engagement in Afrika ist seit langem in seiner Nachkriegsidentität und seinem Entwicklungsethos verankert.

Obwohl prinzipientreu und respektiert, wird sein Fokus auf gute Regierungsführung, demokratische Normen, Nachhaltigkeit und langfristigen Kapazitätsaufbau zunehmend als starr und nicht im Einklang mit den sich wandelnden Prioritäten Afrikas gesehen.

Deutschlands Ziel, „Partnerschaften auf Augenhöhe“ zu führen, wird oft durch den Eindruck von Bevormundung untergraben. Afrikanische Staaten sehen das deutsche Engagement zunehmend von Eigeninteressen und nicht von gemeinsamen Zielen getrieben – sei es bei der Sicherung von Rohstoffen für die grüne Wende oder bei der Steuerung der Migration. Zudem leidet die deutsche Afrikapolitik unter einer Fragmentierung, da mehrere Ministerien unkoordinierte Initiativen verfolgen, was es für afrikanische Partner schwer macht, eine kohärente langfristige Strategie zu erkennen.

Angesichts der zunehmenden Bedeutung Afrikas auf der Weltbühne muss Deutschland seine Rolle neu definieren. Der wachsende Einfluss Afrikas erfordert einen neuen Ansatz, der auf gegenseitigem Respekt und strategischer Ausrichtung basiert. Katars Engagement in Afrika bietet in dieser Hinsicht wertvolle Lehren. In erster Linie muss Deutschland seine Entscheidungsprozesse straffen, Bürokratie abbauen und schnelle Reaktionen auf sich bietende Chancen ermöglichen.

Zweitens sollte Deutschland sicherstellen, dass die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) durch robuste, staatlich geförderte Investitionen in Sektoren wie grünen Wasserstoff, digitale Infrastruktur und erneuerbare Energien ergänzt wird. Diese Investitionen sollten für beide Seiten greifbare Vorteile bringen, Arbeitsplätze schaffen, Kapazitäten aufbauen und das gegenseitige Wachstum fördern.

Drittens muss Deutschland die politische Diplomatie stärken und eine proaktiver Rolle bei der Konfliktvermittlung und anderen Friedensprozessen in Betracht ziehen, indem es seine Glaubwürdigkeit und Ressourcen nutzt, um von Afrika selbstinitiierte Lösungen zu unterstützen. Dies erfordert einen Mentalitätswandel – weg von der Entwicklungshilfe als oberster Priorität hin zu Diplomatie als Strategie.

Entscheidend ist, dass Deutschland seine Narrative neu ausrichtet und Afrika nicht als einen Kontinent darstellt, der Hilfe benötigt, sondern als einen wichtigen wirtschaftlichen und geopolitischen Partner. ↗

Hubert Kinkoh ist Senior Researcher beim *Center for Applied Research in Partnership with the Orient* (CARPO) in Bonn.

Foto: © picture alliance



Wahlen in Mosambik: Ruhe nach dem Sturm?

Wilker Dias

Die Wahlen von Oktober 2024 werden als Meilenstein in die jüngere Geschichte Mosambiks eingehen. Allerdings nicht als Moment der Festigung der Demokratie, sondern als Anlass für eine der größten Protestwellen seit der Unabhängigkeit des Landes. Nachdem eine Wahlbetrügerei nach der anderen ans Licht kam, verlor die Bevölkerung die Geduld und ging auf die Straße.

Die aktuellen Unruhen begannen jedoch nicht erst 2024. Schon nach den Kommunalwahlen 2023 kam es in mehreren Städten zu Protesten. Besonders heftig waren die Ausschreitungen in der Hauptstadt Maputo, wo die Nationale Wahlkommission (CNE) einen nahezu einhelligen Sieg für die seit der Unabhängigkeit regierende Mosambikanische Befreiungsfront, kurz FRELIMO, verkündete.

Eine Ausnahme war die Stadt Beira, wo die *Plataforma DECIDE* durch die Live-Veröffentlichung der Wahlergebnisse für Transparenz sorgte. In Marromeu, Gurúe und Nacala jedoch schürte die Diskrepanz zwischen den verifizierten und den offiziellen Ergebnissen Misstrauen und löste Proteste aus, bei denen es Tote, Verletzte und willkürliche Festnahmen gab.



In Maputo wurde der Oppositionsführer und Präsidentschaftskandidat Venâncio Mondlane ein Hoffnungsträger für all jene, die sich vom Regime im Stich gelassen fühlten, weil es nicht in der Lage war, die Grundbedürfnisse seiner Bevölkerung zu sichern.

Bei den Wahlen 2024 dokumentierten die *Plataforma DECIDE* und andere zivilgesellschaftliche Organisationen schwerwiegende Unregelmäßigkeiten: Verschwundene Listen von Wahlberechtigten, doppelte Stimmabgaben und Verhinderung von Stimmabgaben. Der Volksaufstand lässt sich jedoch nicht allein durch Wahlbetrug erklären. Hunger, Jugendarbeitslosigkeit, endemische Korruption und soziale Ausgrenzung hatten die Unzufriedenheit des Volkes über die Jahre zu einer tickenden Zeitbombe gemacht.

Verdacht auf Wahlfälschung

Die Wahlbeobachtungsteams der *Plataforma DECIDE* in Sofala, Zambézia, Nampula, Cabo Delgado und Niassa veröffentlichten Ergebnisse, die erheblich von den offiziellen Zahlen abweichen. In vielen Provinzen teilten sich Venâncio Mondlane und Daniel Chapo, der FRELIMO-Kandidat und heutige Präsident, den Sieg, was den Verdacht auf Wahlfälschung in der öffentlichen Wahrnehmung weiter befeuerte. Selbst Distrikte, die zuvor als „uninformiert“ gegolten hatten, beteiligten sich an den Protesten. Ein Fakt, der den verbreiteten Mythos widerlegt, dass zivilgesellschaftliches Engagement auf städtische Zentren beschränkt sei.

Seit Jahrzehnten bewältigt die FRELIMO-Regierung Wahlkrisen fast ausschließlich im Dialog mit der bis 2024 stärksten Oppositionspartei RENAMO. Andere Akteure wurden nicht einbezogen. Dieses Muster wurde nun durchbrochen: Der Verfassungsrat forderte sogar Zugang zu den Wahlergebnissen, die *Plataforma DECIDE* und die mosambikanische Wahlbeobachtungskoalition zivilgesellschaftlicher Organisationen *Mais Integridade* erhoben haben. Ein klares Zeichen, das der Verfassungsrat die Glaubwürdigkeit beider Organisationen anerkennt.

„Mosambik erlebt nur eine scheinbare Ruhe.“

Am 21. Oktober 2024 brachen landesweit beispiellose Proteste aus. Schätzungen zu folge wurden über 370 Menschen getötet, 3.500 verletzt und etwa 6.500 festgenommen. Die Hälfte davon befindet sich weiterhin in Haft. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie die *Plataforma DECIDE*, die Bewegung „Generation des 18. März“, die Anwaltskammer, der Pflegeverband und *Amnesty International* standen bei den Protesten sowohl mit deren Beobachtung als auch mit medizinischer und rechtlicher Hilfe an vorderster Front.

Viele Menschen in Mosambik
fühlen sich vom Regime
im Stich gelassen.



Im November 2024 reichte die Plataforma DECIDE unter der Leitung von Wilker Dias Strafanzeige gegen den damaligen Polizeigeneral Bernardino Rafael und den ehemaligen Innenminister Pascoal Ronda ein. Da es Hinweise auf ein koordiniertes Vorgehen gibt, werden sie beschuldigt, Morde, Folter und willkürliche Festnahmen begangen zu haben.

Obwohl die Proteste von Anfang an friedlich verliefen, schossen verschiedene Polizeieinheiten ohne Vorwarnung mit scharfer Munition auf Demonstrierende und wendeten andere unangemessene Praktiken an. Die panafrikanische Anwaltsvereinigung (PALU) und die Afrikanische Kommission für Menschenrechte reichten den Fall zusätzlich beim Afrikanischen Gerichtshof für Menschenrechte ein. Die beiden Angeklagten wurden bereits von der Generalstaatsanwaltschaft angehört. Ein Urteil steht jedoch noch aus.

Zwei drängende Fragen bleiben offen:

→ **Erstens:** Wie können die Opfer unterstützt werden? Die Plataforma DECIDE und ihre Partner bieten trotz knapper Ressourcen weiterhin psychosoziale, medizinische und rechtliche Hilfe an.

→ **Zweitens:** Ist die Spannung abgeklungen? Obwohl die Proteste abgenommen haben, herrscht weiterhin Instabilität im Land. Die Verfolgung von Aktivist:innen und Mitgliedern der Opposition geht weiter, immer wieder brechen soziale Unruhen aus. Zudem mangelt es an wirksamen Maßnahmen zur Integration junger Menschen, den Hauptakteuren der bisherigen Proteste, was zu weiteren Todesopfern und Verletzten geführt hat.

Mosambik erlebt nur eine scheinbare Ruhe, die strukturelle Unzufriedenheit hält an. Korruption, Ungleichheit und fehlende Perspektiven untergraben weiterhin das Vertrauen in den Staat. Die Zukunft hängt davon ab, ob die Institutionen in der Lage

sind, demokratische Legitimität wiederherzustellen und den Forderungen nach Gerechtigkeit von Millionen von Menschen nachzukommen.

Der derzeitige Friedensprozess mit den laufenden Rechtsreformen könnte sich als unzureichend erweisen. Denn trotz ihres großen Potenzials bleiben die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die bei den letzten Wahlen und Protesten eine zentrale Rolle gespielt haben, weiterhin außen vor. ↗

Wilker Dias ist Leiter von Plataforma DECIDE, einer mosambikanischen zivilgesellschaftlichen Organisation für Demokratie- und Menschenrechtsbeobachtung.

Foto: © picture alliance

Namibias erste Präsidentin vor großen Aufgaben



Larissa Pflüger und Svenja Schindelwig

Im Frühjahr 2025 hat Namibia ein neues Kapitel aufgeschlagen: Mit der Amtseinführung von Netumbo Nandi-Ndaitwah als Präsidentin steht erstmals eine Frau an der Spitze des Landes. Die 73-Jährige aus der seit der Unabhängigkeit regierenden Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) bringt jahrzehntelange Erfahrung mit. Zuletzt als Vizepräsidentin, der nach dem Tod von Präsident Hage Geingob im Februar 2024 eine zentrale Rolle zukam. Ihr Wahlsieg wurde international begrüßt und im eigenen Land vor allem von Frauenrechtsorganisationen gefeiert. Doch unter jungen Menschen und in der Opposition steht „Triple-N“, wie sie genannt wird, eher für das alte Establishment als für echten Aufbruch – zu Recht?

Wer ist die Frau an der Spitze Namibias?

Geboren 1952 im Norden Namibias war Nandi-Ndaitwah bereits mit vierzehn Jahren politisch aktiv. Nach ihrer Verhaftung 1973 floh sie nach Sambia ins Exil und studierte später unter anderem in der damaligen Sowjetunion und in Großbritannien. Seit der Unabhängigkeit 1990 ist sie Mitglied des Parlaments und durchlief in der SWAPO eine beachtliche politische Laufbahn: von der Außenministerin über die stellvertretende Ministerpräsidentin bis hin zur Vizepräsidentin.

Bei der Präsidentschaftswahl im November 2024 konnte sich Nandi-Ndaitwah mit 58 Prozent der Stimmen gegen den Hauptkonkurrenten, Panduleni Itula von der Partei *Independent Patriots for Change* (IPC) durchsetzen, der 26 Prozent erreichte. Die SWAPO fuhr bei den Parlamentswahlen mit

53,8 Prozent zwar ihr historisch schlechtestes Ergebnis ein, bleibt aber stärkste Kraft im Parlament. Die 2020 neu gegründete IPC landete mit 21,21 Prozent auf Platz zwei, während die bisher wichtigste Oppositionspartei, die *Popular Democratic Movement* (PDM), massive Verluste erlitt.

„Das Volk erwartet inhaltlich als auch politisch ein Umdenken.“

Trotz klarer Mehrheiten ist der Druck auf die neue Präsidentin groß. Die Verluste der SWAPO zeigen, dass das Volk sowohl inhaltlich als politisch ein Umdenken erwartet. Nach ihrem Wahlsieg kündigte Nandi-Ndaitwah einen „neuen sozialen Vertrag“ an, der insbesondere Armutsbekämpfung, wirtschaftliche Gerechtigkeit und die Stärkung der Jugend ins Zentrum rückt. Bereits im Wahlkampf versprach sie die Schaffung von 500.000 neuen Jobs in den kommenden fünf Jahren. Geplant sind außerdem Investitionen in Bildung, Gesundheitswesen und erneuerbare Energien sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption und ineffizienter Verwaltung.

Nandi-Ndaitwah setzte auch außenpolitisch bereits Akzente. Wenngleich die Entscheidung zur Visumpflicht für deutsche Staatsangehörige bereits 2024 unter ihrem Vorgänger fiel, wird ihre Umsetzung seit April dieses Jahres als Zeichen eines selbstbewussteren außenpolitischen Kurses inter-

pretiert. Zu Russland pflegt Nandi-Ndaitwah enge Beziehungen. In den ersten Monaten ihrer Präsidentschaft empfing sie den russischen stellvertretenden Premierminister Yuri Trutnev und bestärkte damit bilaterale Kooperationen in den Bereichen Rohstoffabbau, Energie, Handel, Bildung und Rechts sicherheit. Seit ihrer Zeit als Außenministerin gilt Nandi-Ndaitwah vor allem in Fragen nationaler Souveränität als pragmatisch, aber bestimmt.

Innenpolitisch fehlt es hingegen bislang an klaren Reformen. Besonders junge Menschen kritisieren das Ausbleiben konkreter Maßnahmen gegen Armut, soziale Ungleichheit und Jugendarbeitslosigkeit, die mit gut 50 Prozent erschreckend hoch ist. Namibia liegt laut Gini-Index, der die Ungleichverteilung von Einkommen oder Vermögen in einer Gesellschaft anzeigt, auf Platz zwei der ungleichsten Länder weltweit. Zehn Prozent der Bevölkerung besitzen rund die Hälfte des Vermögens, während sich 60 Prozent lediglich sieben Prozent teilen. Eine der Ursachen hierfür ist die historisch gewachsene und bis heute ungelöste Landverteilung – ein Thema, zu dem sich die Präsidentin bislang kaum positioniert hat. Kritische Stimmen merken an, Nandi-Ndaitwah konzentrierte sich auf internationale Symbolpolitik, anstatt dringend nötige soziale Reformen auf den Weg zu bringen.

Unordnung statt Umbruch

Der Wahltag am 27. November 2024 war von massiven Pannen geprägt: fehlende Stimmzettel, überlastete Technik und lange Wartezeiten (im Durchschnitt um die sechs,



↑ Führender Präsidentschaftskandidat:in nach Wahlbezirk

teilweise sogar bis zu 15 Stunden). Vielerorts wiesen Wahlhelfer Wählende wegen fehlender Unterlagen ab, schon mittags fehlten laut der *Southern Africa Human Rights Lawyers Election Observer Mission* in etwa 38 Prozent der Wahllokale Stimmzettel.

Auf Empfehlung der Wahlkommission (ECN) verlängerte der Präsident Nangolo Mbumba daraufhin die Wahlen. Dies galt jedoch nur für 36 Wahllokale, die sich überwiegend in traditionellen Hochburgen der SWAPO im Norden befanden.

Im Großraum Windhuk, wo die Wahllokale extrem überfüllt waren, wurde hingegen lediglich eines erneut geöffnet. Da das namibische Wahlgesetz zusätzliche Wahltagen nicht ausdrücklich vorsieht, zweifelten die Oppositionsparteien die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahme, als auch die Auswahl der Wahllokale, an. Neben dem Verdacht auf Verstöße gegen das Gebot der Gleichbehandlung sowie gegen Grundsätze der Rechtssicherheit äußerten mehrere Oppositionsparteien Vorwürfe der Wahlmanipulation und erreichten per gerichtlichem Eilantrag

Einsicht in sämtliche abgegebene Stimmen. Das zuständige Gericht stellte die Gültigkeit der Ergebnisse jedoch nicht infrage.

Infolgedessen geriet auch die mit wahlprobten Mitgliedern besetzte Wahlkommission ECN zunehmend unter Druck. Schon vor der Wahl stand die ECN unter anderem wegen eines umstrittenen Druckauftrags an das südafrikanische Unternehmen *Ren-Form CC* in der Kritik, das zuvor mit schweren Preismanipulationen bei Wahlverträgen in Simbabwe in Verbindung gebracht worden war. Trotz anhaltender Vorwürfe trat niemand aus der Kommission zurück.

Schon bei den Wahlen 2019 waren Manipulationsvorwürfe laut geworden. Namibias Oberstes Gericht entschied damals, keine elektronischen Wahlmaschinen mehr zum Einsatz zu bringen, sondern zu klassischen Stimmzetteln zurückzukehren. Auch die Tatsache, dass Stimmberechtigte bei nationalen Wahlen in jedem beliebigen Wahllokal ihre Stimme abgeben können, führte zu massiven logistischen Problemen. Beides erschwerte Wahlbeobachtungen zufolge die Ressourcenplanung für die Wahlen 2024 erheblich.

Kontinuität in der Region

Während Befreiungsbewegungen in der Region an Rückhalt verlieren – in Südafrika etwa, wo der *African National Congress* (ANC) seine parlamentarische Mehrheit 2024 verlor, oder in Botswana, wo die seit der Unabhängigkeit regierende *Botswana Democratic Party* (BDP) vollständig abgewählt wurde – konnte sich die SWAPO in Namibia erneut behaupten. Das spricht für ihre tief verwurzelte institutionelle Präsenz und Mobilitierungskraft, insbesondere in ländlichen Re-

gionen. Der Wahlausgang zeigt aber auch, dass sich das politische Feld verändert. Eine gestärkte Opposition, neue, auch jüngere Abgeordnete sowie eine junge Bevölkerung erhöhen den Reformdruck. Über 70 Prozent der Bevölkerung sind unter 35 Jahren und gehören somit zur Generation der sogenannten *Born Frees*, also der nach der Unabhängigkeit Geborenen, die oft eine geringere Bindung an die SWAPO haben.

Für Präsidentin Netumbo Nandi-Ndaitwah bedeutete dies einen Start unter schwierigen Vorzeichen. Als erste Frau im höchsten Staatsamt steht sie für einen historischen Fortschritt, politisch bleibt sie jedoch der bisherigen SWAPO-Führung verbunden. Der Druck ist hoch, nicht nur wegen wiederholter Kritik an demokratischen Prozessen, sondern auch angesichts der strukturellen Herausforderungen, denen Namibia sich stellen muss. In einem zunehmend fragilen regionalen Umfeld wird es zentrale Aufgabe ihrer Amtszeit sein, Vertrauen in staatliche Institutionen zu stärken und ihre historische Rolle als erste Präsidentin nicht durch symbolische Außenwirkung, sondern durch innenpolitische Reformen mit Substanz zu untermauern. ↗

Larissa Pflüger und Svenja Schindelwig
sind wissenschaftliche Referentinnen
der Deutschen Afrika Stiftung.

Beides eigene Darstellungen
(Karte und Tabelle) basierend
auf Angaben der *Electoral
Commission of Namibia*.

↓ Ergebnisse Parlamentswahlen nach Parteien.

Partei	Nationalversammlung	Ergebnisse je Wahljahr %				
		Stimmen	Prozent	2024	2019	2014
●	South-West Africa People's Organisation SWAPO	583.300	53,38 %	⬇️	⬇️ 65,45	⬇️ 80,01
●	Independent Patriots for Change IPC	220.809	20,21 %	⬆️	-	-
●	Affirmative Repositioning AR	72.227	6,61 %	⬆️	-	-
●	Popular Democratic Movement PDM	59.839	548 %	⬇️	⬆️ 16,65	⬆️ 4,80
●	Landless People's Movement LPM	56.971	5,21 %	⬆️	⬆️ 4,75	-
●	Andere	99.539	9,10 %	⬇️	⬆️ 12,77	⬆️ 13,22



„Wo Frauen mitentscheiden, geht es allen besser.“



Rede von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas

Bei manchen Themen sind sich Sierra Leone und Deutschland recht ähnlich. Trotz aller Unterschiede: 64 Prozent der Bürgerinnen und Bürger von Sierra Leone sind der Meinung, dass die Regierung mehr für die Gleichberechtigung und die Chancengleichheit der Frauen tun sollte. Fast 50 Prozent der Menschen in Deutschland sagen, dass die Gleichberechtigung der Geschlechter nicht verwirklicht sei. Die Zahlen zeigen: In Sachen Gleichberechtigung ist in Deutschland wie in Sierra Leone noch Luft nach oben.

Liebe Yvonne Aki-Sawyerr, ich freue mich sehr, dass Sie heute den Deutschen Afrika-Preis erhalten. Denn Sie engagieren sich besonders für mehr Gleichberechtigung. Insbesondere für mehr Mitsprache von Frauen in der Politik. Das ist dringend nötig! Und auch mir ein großes Anliegen.

Liebe Frau Eid, Sie hatten mich im persönlichen Gespräch gefragt, ob ich den Deutschen Afrika-Preis überreiche. Hätte ich damals schon gewusst, dass Yvonne Aki-Sawyerr die Preisträgerin ist, hätte ich sofort zugesagt. Ohne in meinen Kalender zu schauen.

Meine Damen und Herren, weltweit sind Frauen überproportional von Armut betroffen. Im globalen Durchschnitt verdienen Frauen nur 80 Prozent des Einkommens von Männern. Das Weltwirtschaftsforum misst jährlich, wie es um die Gleichberechtigung bestellt ist. Der aktuelle Bericht zeigt: Läuft es weiter wie bisher, wird die Geschlechterdifferenz erst im Jahr 2158 behoben sein. In 134 Jahren. Das wird kein Mädchen erleben, das heute geboren wird! Wir müssen also dringend handeln!

Liebe Frau Aki-Sawyerr, Sie sagen, eine Sache habe Sie unangenehm überrascht: Wie oft Sie gefragt wurden, ob Sie als Frau den Job als Bürgermeisterin überhaupt ausfüllen könnten. Ich frage zurück: Welcher Mann muss sich eine solche Frage gefallen lassen? Sie haben daher in Freetown eine Stiftung für Mädchen gegründet, um Bildung

zu fördern und Selbstvertrauen zu stärken. Sie wollen Mädchen und junge Frauen dazu anspornen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und sich zu engagieren.

Liebe Frau Aki-Sawyerr, Sie sind eine große Inspiration für zukünftige Politikerinnen! In den vergangenen Wochen haben Sie außerdem Demonstrationen gegen häusliche Gewalt angeführt. Nachdem eine ihrer Mitarbeiterinnen von ihrem Partner getötet wurde. In Deutschland wurden 2023 über 130.000 Frauen Opfer von Partnerschaftsgewalt. Weltweit erleiden jedes Jahr unfassbare 245 Millionen Frauen Gewalt durch ihren Partner. Wir müssen weltweit vereint gegen dieses Problem vorgehen!

„Eine große Inspiration für zukünftige Politikerinnen.“

Um die Interessen der Frauen wirksam durchzusetzen, braucht es auch mehr Frauen in den Parlamenten. Die Sicht von Frauen, ihre Argumente und ihre Lösungsvorschläge müssen mit gleichberechtigtem Gewicht gehört und mitgedacht werden. Sierra Leone hat seit vergangenem Jahr deutlich mehr weibliche Abgeordnete. Wegen einer neuen gesetzlichen Quote von 30 Prozent. Das Verhältnis ist ähnlich wie im Deutschen Bundestag – knapp 36 Prozent der Abgeordneten sind Frauen. Ich bin der Überzeugung: Das reicht nicht.

Ich bin an der Seite derjenigen, die Parität fordern. Denn wo Frauen mitentscheiden, geht es allen besser. Wenn Frauen an Friedensabkommen beteiligt sind, hält der Frieden eher und länger. Zahlreiche Studien haben ergeben: Das Niveau von Korruption ist niedriger, je mehr Frauen im Parlament sitzen. Wenn Frauen gleichberechtigt sind und die gleiche Verantwortung tragen, gibt es weniger Armut, weniger Hunger und mehr Stabilität. Das gilt überall – in Deutschland, in Sierra Leone, in allen Ländern der Welt.



Die Bundesregierung verfolgt deshalb das Konzept einer feministischen Entwicklungs- und Außenpolitik. Das ist nicht nur Politik von Frauen für Frauen. Sondern Politik für globale Gerechtigkeit! Politik für Gerechtigkeit – das geht am besten im Dialog und mit Beteiligung.

Frau Aki-Sawyerr, Sie haben in Freetown viele Initiativen zur Partizipation gestartet. Runde Tische mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Vor Ort in Stadtteilen und Schulen. Auf Instagram, TikTok und Facebook. Sie nehmen die Menschen mit auf Ihre Vision von „Transform Freetown“. Und wissen: Um Menschen für Demokratie zu begeistern, müssen sie Beteiligung erleben. Gerade auf der so wichtigen kommunalen Ebene.

In Deutschland haben wir gute Erfahrungen mit Bürgerräten gemacht. Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, Berufen und Generationen treffen aufeinander, mit vielen Ideen und Wünschen. Sie finden Kompromisse und bringen ihre Perspektiven in demokratische Entscheidungsprozesse ein. Ich bin mir sicher: Nicht nur auf dem Weg zu echter Gleichstellung, sondern auch auf dem Weg zu mehr demokratischer Partizipation können wir weltweit voneinander lernen!

Gleichberechtigung und Beteiligung sind zwei Schlüssel, um unsere Demokratien zu stärken. Denn wir müssen alle Menschen mitnehmen, um die Demokratie zum Erfolg zu machen. Demokratien brauchen überzeugte Demokratinnen und Demokraten. Menschen, die die Demokratie zu ihrer Sache machen.

Die Zustimmung zur Demokratie ist in Sierra Leone wie in Deutschland hoch. Auch hier gibt es eine Gemeinsamkeit. 84 Prozent der Menschen in Sierra Leone sagen, dass sie die Demokratie jeder anderen Staatsform vorziehen. In Deutschland halten 85 Prozent die Demokratie für eine gute Staatsform. Es ist die Aufgabe von uns Politikerinnen und Politikern, diese grundständische Begeisterung für die Demokratie mit Leben zu füllen. Durch gute Politik, durch Beteiligung, durch faire Wahlen und Verfahren.

Liebe Yvonne Aki-Sawyerr, Sie sind eine Frau, die in der Welt zu Hause ist. Sie wirken überall authentisch: Bei Podiumsdiskussionen der Vereinten Nationen genauso wie bei Gesprächen in den Straßen von Freetown. Sie bringen Ihre Heimat mit viel Lebensfreude und Leidenschaft voran und engagieren sich in vielfältigen Bereichen. Dass durch Ihren Einsatz bald eine Million Bäume in Freetown neu gepflanzt sind, beeindruckt mich besonders.

Claus Stäcker wird sicher noch auf Ihre vielen weiteren Initiativen zum Klimaschutz eingehen. Auf Ihren Einsatz für Bildung und Arbeit und Zugang zu sauberem Wasser. Ich möchte Ihnen aber schon jetzt meinen Respekt aussprechen. Mit einem Song einer Band aus Sierra Leone, den „Refugee All Stars“. In ihrem Song „Remake the World Again“ heißt es: „Gib ihnen deine positiven Vibes, damit die Welt ein besserer Ort wird.“

Liebe Yvonne Aki-Sawyerr, genau das tun Sie. Sie arbeiten mit beeindruckender Leidenschaft und mitreißender Motivation daran, die Welt und besonders Freetown zu einem besseren Ort zu machen.

Herzlichen Glückwunsch zum Deutschen Afrika-Preis 2024!

Bärbel Bas war vom 26. Oktober 2021 bis zum 25. März 2025 Präsidentin des Deutschen Bundestages und ist seit dem 6. Mai 2025 Bundesministerin für Arbeit und Soziales der Bundesrepublik Deutschland im Kabinett Merz.

Foto: © Michael Fahrig





Die Kraft der Unzufriedenheit



Laudatio von Claus Stäcker, Jury-Präsident des Deutschen Afrika-Preises

Vor nicht mal einem Monat brach in Freetowns City ein vierstöckiges Wohnhaus zusammen und riss mehrere Menschen in den Tod. Ein denkbar ungünstiger Zeitpunkt für Preise und Ehrungen. Und Bürgermeisterin Yvonne Aki-Sawyerr wird richtig wütend, dass sie diese Tragödie nicht verhindern konnte. Bis heute fehle es an nationalen Bauvorschriften, die dubiose Bauvorhaben verhindern. Muss es immer erst so weit kommen, bis sich etwas bewegt?

Eine rhetorische Frage, denn für Aki-Sawyerr ist Tatenlosigkeit keine Option. Am liebsten möchte sie das grüne, in ihren Kindheitserinnerungen intakte Freetown der Siebziger Jahre zurück. Wo sie durch den Wald zur Schule ging, später zur Uni. Mangos und Pflaumen pflückte, ihre Mama die beste Marmelade kochte.

Sierra Leone – damals ein Lonely-Planet-Geheimtipp wegen der phantastischen Strände und waldbewachsenen Hügel. Diese Stadt möchte Yvonne Aki-Sawyerr wieder auferstehen lassen.

Als Vorbild nennt sie, noch vor Jesus Christus, ihre Eltern, moderne Eltern, ihrer Zeit voraus. Akademiker, ihr Vater Dozent für Zoologie. Am Tisch wurde mit den vier Töchtern diskutiert, auch über Politik. Die Eltern erklärten Entscheidungen, ermunterten dazu, sich von korrupten Eliten fernzuhalten. Politik lehnten sie ab, weil zu viele sich an ihr bereicherten.

In der Grundschule war ein Aufsatz zu schreiben und die 12-jährige Yvonne befasste sich mit Martin Luther King – sein Kampf gegen Ungerechtigkeit sei vielleicht der Anstoß gewesen, Dinge, mit denen sie unzufrieden war, anzupacken und zu verändern. „Die Kraft der Unzufriedenheit“ nennt sie das heute.

Als sie nach Schule und Studium in Großbritannien schon als Finanzexpertin Karriere machte, brach in ihrem Heimatland die Hölle los. Am 6. Januar 1999, einen Tag vor ihrem 31. Geburtstag, marschierten die Killer der Revolutionary United Front in Freetown ein und richteten unfassbare Massaker an. Tausende Leichen lagen in den Straßen. Gliedmaßen abgeschlagen, Kindersoldaten bestimmten über Leben und Tod.

Yvonne Aki-Sawyerr sah die Bilder im Fernsehen und war ratlos und wütend. Aber schon drei Monate später hatte sie mit ihrer Schwester und Freunden die erste Hilfsorganisation auf die Beine gestellt, die sich um geflüchtete Mütter mit Kleinkindern kümmerte. Die Betriebswirtschaftlerin brachte ihnen Grundwissen für Kleinstgeschäfte bei, vermittelte ihnen Mikrokredite – mit deren Einnahmen die nächsten Projekte finanziert wurden. Erst heute als Bürgermeisterin, begreife sie das Ausmaß des Bürgerkriegs: Eine ganze Generation sei elf Jahre nicht zur Schule gegangen. Traumatisiert. Kindersoldaten, die über die Leichen ihrer Eltern gingen und nur Befehle kannten, sollen heute das Land voranbringen.

2014 die nächste Tragödie: Ebola, wieder wird Freetown zum Epizentrum. Wieder zögert sie keine Minute, verabschiedet sich von Mann und Kindern und fliegt mit einem sehr leeren Flieger von London nach Sierra Leone zurück, um den Ausbruch unter Kontrolle zu bekommen. Als Leiterin der nationalen Krisenbewältigung beweist sie außergewöhnliches Organisations- und Führungstalent, rekrutiert Freiwillige, bringt ugandische Experten mit, die schon wissen, wie man mit der Seuche fertig wird.

Yvonne Aki-Sawyerr glaubt fest daran, dass Veränderung durch kollektives Handeln möglich ist. 2018 gewinnt sie mit ihrer Kampagne für eine nachhaltige Hauptstadt die Bürgermeisterwahlen – als erste Frau. Ihr umfassendes „Transform Freetown“-Projekt trägt heute bereits viele Früchte. Es gibt eine Müllabfuhr, Kanalisation, Abwasseraufbereitung, Begrünung. Bäume, zwei Millionen seit 2018. Kritiker wollen nur 800.000 gezählt haben – dass Freetown immer mehr zu Treetown wird, bestreitet aber keiner.





Mit umfangreichen Maßnahmen und geschickter Investitionspolitik arbeitet sie gegen dreckiges Wasser, Erosionen, Überflutungen und Erdbrüche an. Ihr Engagement geht weit über das Ökologische hinaus. So wird sie als Oppositionspolitikerin auch angefeindet und schikaniert. Sie hält diesem Druck stand und stellt, anders als die politische Elite ihrer Kindheit, das Wohl der Bürgerinnen und Bürger über ihre persönlichen Interessen. Sie schafft es, die Menschen Freetowns für ihre Vision der Veränderung zu begeistern, sie einzubeziehen – mit digitalen Bürgerplattformen, Nachbarschaftswettbewerben oder innovativen Apps. Ihr Führungsstil ist geprägt von einem tiefen Vertrauen in die Gemeinschaft und der Überzeugung, dass echte Transformation nur gemeinsam erreicht werden kann.

Gewürdigt werden heute aber nicht nur die bemerkenswerten Ergebnisse ihrer sechsjährigen Amtszeit. Gewürdigt wird auch ihre Vorbildwirkung, ihr unerschütterlicher Glauben an die Macht der Veränderung und die Widerstandsfähigkeit der afrikanischen Städte und ihrer Menschen. Ihre Errungenschaften in den Bereichen Klimaschutz, städtische Entwicklung und soziale Gerechtigkeit dienen als Modell weit über Westafrika hinaus. Mit ihrer Führung zeigt sie uns, dass man auch in schwierigen Zeiten fest an seinen Werten festhalten und für das Wohl der Gemeinschaft eintreten kann. Einige wünschen sie sich schon als Präsidentin für 2028.

Der jüngste Gebäudeinsturz in Freetown, New Shell Road, wird sie vermutlich nicht ruhen lassen, bis endlich klare Gesetze dem wilden, verantwortungslosen Bauen ein Ende setzen. Jeder sei doch über irgend etwas unzufrieden, sagt Yvonne Aki-Sawyerr. Aber wenn es gelänge, diese Unzufriedenheit in Kraft zur Veränderung umzumünzen – wie anders würde die Welt aussehen.

Unter Dutzenden exzellenten Kandidaten für den Deutschen Afrika-Preis 2024 haben Ihr Wirken, Ihre holistische wie zupackende Kommunalpolitik besonders überzeugt, liebe Yvonne Aki-Sawyerr. Im Namen der Jury der Deutschen Afrika Stiftung danke ich Ihnen für Ihre inspirierende Arbeit und gratuliere herzlich zum Deutschen Afrika-Preis 2024.

Claus Stäcker ist Leiter der Afrika-Programme bei der Deutschen Welle und Präsident der Jury des Deutschen Afrika-Preises.

Foto: © Michael Fahrig





Eine Bürgermeisterin mit Vorbildwirkung: Preisträgerin Yvonne Aki-Sawyerr in Berlin.



Claus Stäcker von der Deutschen Welle lobte Aki-Sawyerrs ganzheitlichen Ansatz.



Die Preisträgerin mit der damaligen Bundestagspräsidentin Bas sowie Vorstandsmitgliedern und Unterstützern der Deutschen Afrika Stiftung.





Die Bürgermeisterin mit Bärbel Bas (SPD),
damals Bundestagspräsidentin, heute Arbeitsministerin.



Voller Anerkennung: DAS-Präsidentin Dr. Uschi Eid.



Persönlicher Austausch am Rande der Feier: Bas im Gespräch mit Aki-Sawyerr.



Lebendig und mitreißend: Yvonne Aki-Sawyerr
im Gespräch mit Moderatorin Miranda Oben.



Die Preisträgerin im Publikum neben
Zainab Conteh, Stadträtin von Freetown.



„Die Klimakrise bedroht unser aller Zukunft“



Interview mit Yvonne Aki-Sawyerr, Bürgermeisterin von Freetown

Frau Bürgermeisterin Aki-Sawyerr, herzlichen Glückwunsch zum Deutschen Afrika-Preis 2024. Was bedeutet dieser Preis für Sie persönlich – und für Ihre Arbeit in Freetown?

Vielen Dank. Ehrlich gesagt war ich zunächst völlig überrascht, als ich die Nachricht hörte. Ich hatte das große Glück, bereits einige Auszeichnungen zu erhalten und auf diversen „Top 50“- oder „Top 100“-Listen genannt zu werden. Aber dieser Preis war etwas anderes. Als mir klar wurde, dass dieser Preis jährlich nur einer einzigen Person auf dem gesamten afrikanischen Kontinent verliehen wird, war ich überwältigt und fühlte mich zutiefst geehrt.

Die Arbeit, die wir in Freetown leisten, ist ein gemeinschaftliches Unterfangen. Dass dieses kollektive Engagement auf so besondere Weise gewürdigt wird, hat mich sehr berührt. Beeindruckt hat mich auch die persönliche Note und die Ernsthaftigkeit, mit der die Auswahl getroffen wurde. Bei vielen anderen Preisen bleibt die Anerkennung eher abstrakt, hier hin-

gegen ist das Team eigens nach Sierra Leone gereist, um mich und meine Kolleg:innen persönlich zu treffen und sich vor Ort ein Bild zu machen. Das hat dem Ganzen eine große Tiefe und Authentizität verliehen. Dadurch fühlte sich die Ehrung für mich umso bedeutsamer an.

Sie stehen für eine bürgernahe, zukunftsorientierte Stadtpolitik mit Fokus auf Nachhaltigkeit, sozialer Teilhabe und Gleichberechtigung, was sich auch in Ihrer Agenda Transform Freetown widerspiegelt. Welche Aspekte daran sind Ihnen heute besonders wichtig – und wie haben sich Ihre Prioritäten durch Erfahrungen, Erfolge oder Rückschläge verändert?

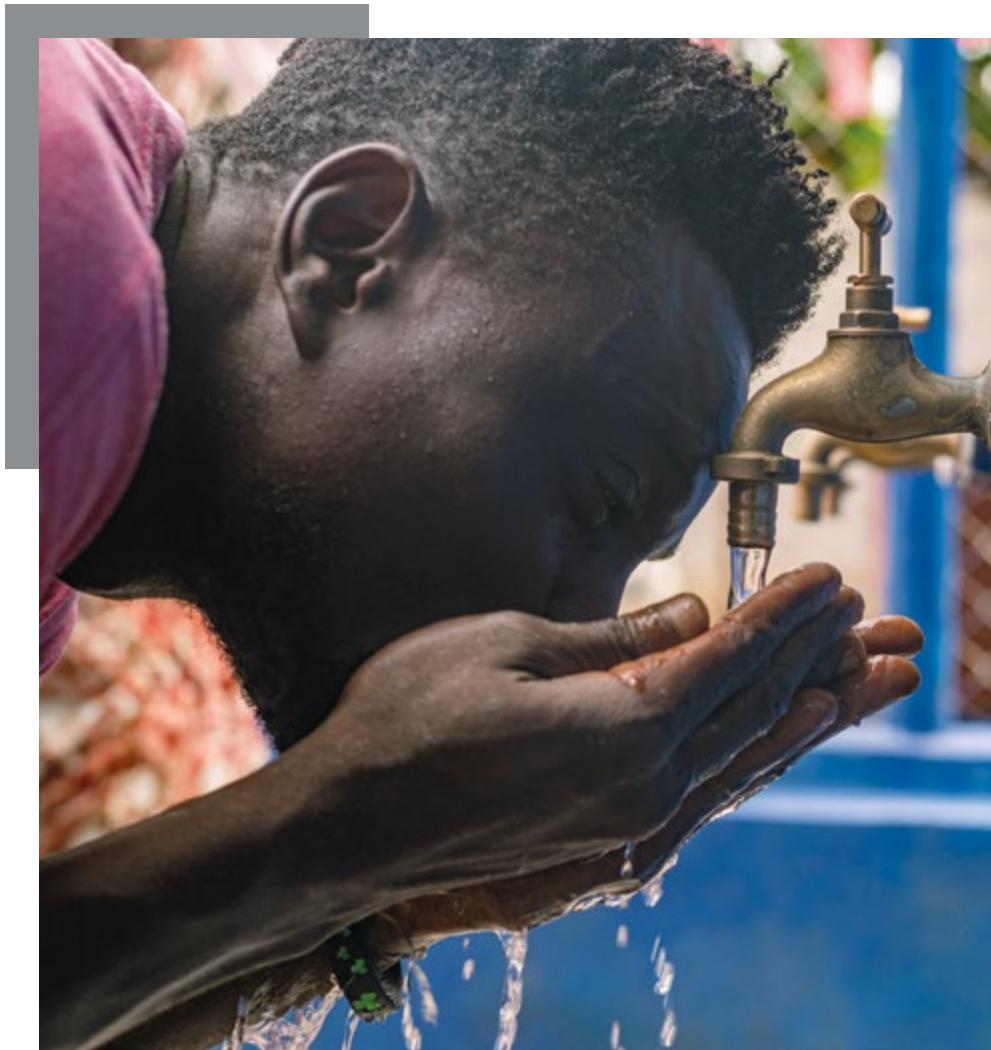
Es war von Anfang an mein Ziel, den Menschen ins Zentrum unseres Handelns zu stellen und dabei einen ganzheitlichen, nachhaltigen Wandel anzustoßen, der über Einzelmaßnahmen hinausgeht. Diese Herangehensweise ist für mich im Laufe der Jahre noch zentraler geworden. Gleichzeitig ste-

he ich nach sieben Jahren im Amt noch immer vor einer Herausforderung, die uns immer wieder zurückwirft: Uns fehlt nach wie vor das Mandat für Stadtplanung und die Befugnis, Baugenehmigungen zu erteilen. Diese fehlende Zuständigkeit behindert unsere Arbeit ganz erheblich.

Wer ein klares Ziel verfolgt, benötigt einen Plan. Wir verfügen zwar über durchdachte Konzepte, aber

es fehlt uns die übergeordnete Perspektive: ein Masterplan, der beantwortet, wie Freetown in fünf, zehn oder zwanzig Jahren aussehen soll. Ohne Einfluss auf die Bodennutzung können wir diese Zukunft nicht aktiv gestalten. Die Erteilung von Baugenehmigungen liegt weiterhin beim zentralen Ministerium für Landes- und Wohnungswesen. Das heißt in der Praxis, dass es kein schlüssiges Genehmigungssystem gibt.





Gleichzeitig gehört Freetown weltweit zu den Städten mit dem höchsten Bevölkerungswachstum. In einer Situation ohne klare Entwicklungsrichtlinien führt das zu chaotischen Zuständen. Deshalb habe ich es zu einer meiner Hauptaufgaben gemacht, auf strukturelle Veränderungen hinzuwirken, damit lokale Verwaltungen wie unsere Städte tatsächlich steuern und weiterentwickeln können.

↑ Sauberes Wasser ist in Freetown ein rares Gut. © UNCDF W4WP, Olusoji Seye, 2024

← In dem ausschließlich von Frauen betriebenem Wasserkiosk am Stadtrand haben Frauen zu jeder Tageszeit einen sicheren Zugang zu Wasser. © UNCDF W4WP, Olusoji Seye, 2024

Was konnten Sie trotz dieser Hürden bisher erreichen?

Besonders hervorheben möchte ich unser Aufforstungsprogramm „Freetown The Treetown“, über 150 neue Wasserstellen in benachteiligten Vierteln, das erste Abwasser- aufbereitungszentrum der Stadt und ein postgraduales Gynäkologie-Ausbildungsprogramm – das erste in ganz Sierra Leone. Außerdem haben wir Kinderbetreuungsangebote für Marktfrauen aufgebaut und Arbeitsplätze im Abfallsektor geschaffen. In Kürze treten zudem unsere neuen Abwasservorschriften in Kraft. Wir haben unser Grundsteuersystem digitalisiert und innerhalb von drei Jahren drei neue Grünanlagen geschaffen. Weitere sind geplant.

Wenn ich allerdings eine übergeordnete Priorität benennen müsste, dann wäre es eine effiziente Dezentralisierung. Wenn wir drei Millionen Bäume pflanzen, aber

„Ressourcen und zentrale Kompetenzen müssen an die kommunale Ebene übertragen werden.“

es keine Stadtplanung gibt, die sie schützt, wenn auch künftig auf Naturschutzflächen Bauprojekte genehmigt werden, dann bleibt der gewünschte Wandel aus. Dasselbe gilt für andere Bereiche: Die Instandhaltung der Straßen liegt

ebenfalls in staatlicher Hand, aber keine der Einnahmen, die in der Stadt erzielt wurden, ist in den letzten sieben Jahren wieder hier investiert worden. Das zeigt deutlich, wie dringend wir eine echte Dezentralisierung brauchen. Wir nutzen die Spielräume, die wir haben, aber mit einem klaren Mandat könnten wir deutlich mehr erreichen.

Sie sind längst auch über Freetown hinaus in globalen Klima- und Entwicklungsdebatten aktiv. Sehen Sie Ihre Rolle heute eher als lokale Führungspersönlichkeit oder als afrikanische Stimme auf internationalem Parkett?

Für mich gehören beide Rollen untrennbar zusammen. Was global passiert, wirkt sich unmittelbar auf das aus, was wir vor Ort erleben. Nirgendwo zeigt sich das so deutlich wie beim Thema Klimawandel. Die Lebensweise und die politischen Entscheidungen in Industrieländern wie den USA, Deutschland, Frankreich oder Australien beeinflussen buchstäblich die Hitze, die ich hier in Freetown spüre. Wir haben es mit immer extremen Temperaturen und zunehmend unberechenbarem Wetter zu tun.





„Freetown gehört zu den Städten mit dem höchsten Bevölkerungswachstum weltweit.“

Zwar betreffen diese Veränderungen viele Regionen der Welt. Aber hier kommt hinzu, dass unsere Widerstandsfähigkeit sehr begrenzt ist. Rund die Hälfte unserer Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze. Es gibt kaum soziale Sicherungssysteme. Wenn es dann zu Überschwemmungen kommt – was regelmäßig geschieht – sind die Auswirkungen verheerend.

Wir tun viel, um dem entgegenzuwirken, zum Beispiel mit gezielten Hochwasserschutzmaßnahmen. Aber die Herausforderungen

sind immens. In dieser Saison etwa konnten wir unser Hochwasserschutzprogramm nicht wie geplant rechtzeitig starten, aufgrund dessen, dass die Regenzeit früher als üblich einsetzte, ein weiteres Anzeichen für die sich wandelnden Klimabedingungen.

Die Auswirkungen betreffen nicht nur städtische Räume. Auch in vielen ländlichen Gebieten, wo Menschen auf Subsistenzwirtschaft angewiesen sind, zerstört der Klimawandel Lebensgrundlagen, ohne dass es staatliche Unterstützung

gibt. Das führt zu zunehmender Land-Stadt-Migration und belastet Städte wie Freetown zusätzlich. Für mich gibt es kein Entweder- oder zwischen lokal und global. Beide Ebenen sind eng miteinander verflochten. Deshalb bringe ich meine Perspektive auch in globale Foren ein. Wir brauchen globale Lösungen, um unsere lokalen Lebensgrundlagen zu sichern.

Ein Punkt, den ich dabei immer wieder betone, ist das Ungleichgewicht zwischen Verantwortung und Betroffenheit: Der hohe Lebensstandard in wohlhabenden Ländern wird oft auf Kosten von Ländern wie Sierra Leone aufrechterhalten. Solche nämlich, die selbst kaum zur Klimakrise beigetragen haben.

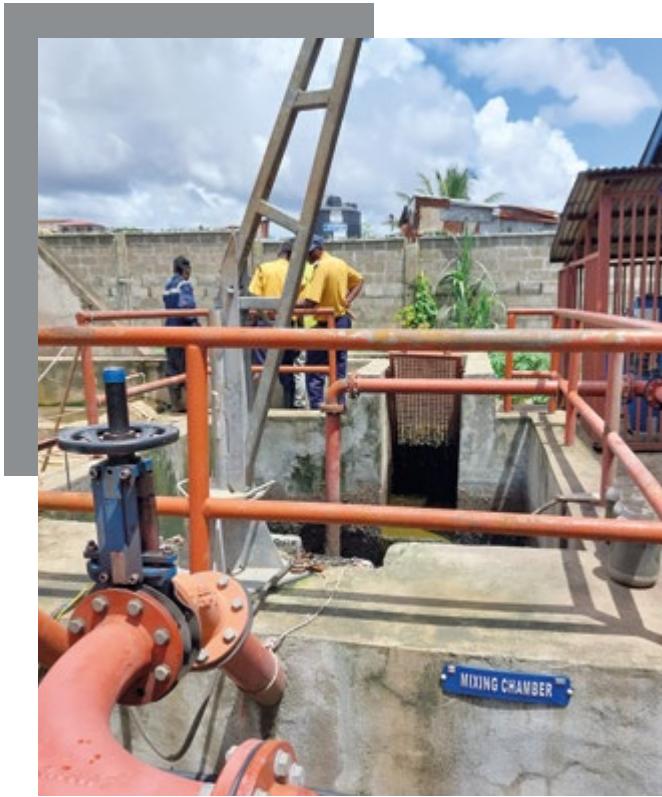
In meiner Rolle als Co-Vorsitzende von C40, einem globalen Netzwerk von Bürgermeister:innen, die

gemeinsam gegen die Klimakrise vorgehen, setze ich mich dafür ein, dass die Realität nicht verdrängt wird, auch wenn einige der größten Industrienationen den Klimawandel noch immer leugnen. Die Krise ist real. Sie bedroht heute schon das Leben ganzer Gemeinschaften und letztlich unser aller Zukunft. Deshalb sehe ich mich als lokale Führungspersönlichkeit und globale Stimme zugleich.

Unsere lokalen Herausforderungen haben globale Ursachen und globale Lösungen müssen auf lokalen Realitäten aufbauen.

Viele Städte weltweit stehen vor ähnlichen Herausforderungen wie Freetown: Rasante Urbanisierung, Wasser- und Abwasserversorgung, Anpassung an den Klimawandel – um nur einige zu nennen.





Was waren zentrale Hebel für Veränderung, die Sie Entscheidungsträger:innen andernorts empfehlen würden?

Ein zentraler Hebel für Veränderung ist Aufklärung. Ich sage oft – vielleicht etwas augenzwinkernd –, dass die Bevölkerung Freetowns möglicherweise mehr über den Klimawandel weiß als viele andere, weil ihre Bürgermeisterin regelmäßig darüber spricht. Als ich ins Amt kam, lag mein Fokus nicht in erster Linie auf dem Klima. Ich wollte konkrete, alltägliche Probleme angehen: Überschwemmungen, Hitzewellen, Wasserknappheit und die wachsenden Belastungen durch die Land-Stadt-Migration.

↑ In Freetowns erster Abwasseranlage wird Abwasser aufbereitet und u.a. in Dünger verwandelt.

©UNCDF W4WP, Olusoji Seye, 2024

← Aki-Sawyerr bindet vor allem die Gemeinden in ihre Projekte ein.

©UNCDF W4WP, Olusoji Seye, 2024

Mir wurde schnell klar: Wenn wir Veränderungen wollen, müssen wir Erwartungen wecken und die Zusammenhänge verständlich machen. Ein gutes Beispiel ist die sanitäre Versorgung, die einer der Hauptgründe war, wieso ich kandidiert habe. Inzwischen sind die Erwartungen an die Stadtverwaltung in diesem Bereich deutlich gestiegen. Das liegt vor allem daran, dass wir transparent, sichtbar und im ständigen Dialog mit der Bevölkerung arbeiten.

Veränderung braucht vor allem Mitverantwortung. Bei der Einführung unserer neuen Sanitätsverordnungen haben wir die Menschen vor Ort gezielt eingebunden, etwa in Fragen der Durchsetzung und Öffentlichkeitsarbeit. Wir haben sogar mit einem bekannten Musiker zusammengearbeitet, der einen eingängigen Song geschrieben hat, um unsere Botschaft über Radios und Mobiltelefone zu verbreiten. Solche Kampagnen, die über klassische Verwaltungsansätze hinausgehen, wirken, weil sie Menschen direkt ansprechen.

Ein weiterer wichtiger Hebel ist Storytelling. Wenn wir zeigen, wie sich der Klimawandel konkret auswirkt – etwa durch gesundheitliche Probleme infolge von Hitzewellen oder durch Todesfälle, die sich auf extreme Wetterbedingungen zurückführen lassen –, dann wird aus einem abstrakten Thema eine menschliche Realität. Solche Geschichten helfen, das Bewusstsein zu schärfen und die Dringlichkeit zu vermitteln.

Was uns außerdem stark macht, ist unsere konsequent datenbasierte Arbeitsweise. Mit meinem Hintergrund in Planung und Projektmanagementachte ich darauf, dass wir unsere Fortschritte regelmäßig dokumentieren, transparent kommunizieren und öffentlich zugänglich machen. Das schafft Vertrauen und hilft uns, auch über unsere Stadtgrenzen hinaus Wirkung zu entfalten. Soziale Medien sind dabei ein wichtiges Werkzeug: Sie helfen, Botschaften zu verbreiten, Erwartungen zu erhöhen und den nötigen Druck für Veränderungen aufzubauen.

Zum Schluss ein Blick in die Zukunft: Welche nächsten Schritte planen Sie für Freetown, für sich persönlich oder auf internationaler Ebene?

Ich bin überzeugt: Solange zentrale Kompetenzen und Ressourcen nicht an die kommunale Ebene übertragen werden, können wir die großen Herausforderungen unserer Städte nicht wirksam lösen. Getrieben von Machtinteressen und Kontrollbedürfnissen erleben wir derzeit leider eine Tendenz zur Rezentralisierung. Das bereitet mir große Sorgen. Wir brauchen eine Führungskultur, die Verwaltungskompetenz mit Leidenschaft verbindet und echte Nähe zu den Menschen herstellt. Aus dieser Überzeugung heraus habe ich

mich entschlossen, selbst Verantwortung auf nationaler Ebene zu übernehmen.

Meine Leidenschaft gilt der Entwicklung Freetowns und Sierra Leones. Die Erfahrungen, die ich auf kommunaler Ebene gesammelt habe, möchte ich nun auf eine breitere Ebene übertragen. Deshalb habe ich meine Absicht erklärt, für das Präsidentschaftsamt in Sierra Leone zu kandidieren und strebe zunächst die Nominierung meiner Partei an. Darauf arbeite ich jetzt hin.

Ich danke der Deutschen Afrika Stiftung von Herzen für diese Auszeichnung. Die Arbeit, die wir leisten, ist nicht einfach. Ich arbeite seit vielen Jahren unter schwierigen politischen Bedingungen. Ich bin in der Opposition und habe mit knappen Mitteln und starkem Gegenwind zu kämpfen. Umso mehr bedeutet es mir und meinem gesamten Team, dass unsere Arbeit gesehen und gewürdigt wird. Diese Anerkennung gibt uns Kraft und zeigt uns, dass es sich lohnt, weiterzumachen.

Vielen Dank für das Gespräch, Frau Yvonne Aki-Sawyerr. ↗

Das Interview führte Larissa Pflüger, Referentin, Deutsche Afrika Stiftung.



Wie Urbanisierung die Politik in Afrika verändert

Dr. Lena Gutheil



Die rasante Urbanisierung auf dem afrikanischen Kontinent ist ein Megatrend, der nicht aufzuhalten ist. Bereits jetzt lebt ungefähr die Hälfte aller Afrikanerinnen und Afrikaner in Städten und es wird geschätzt, dass 80 Prozent des Bevölkerungswachstums im Zeitraum von 2020-2050 in Städten stattfinden wird. Dies bringt nicht nur große Herausforderungen im Bereich der Infrastruktorentwicklung mit sich, sondern verändert auch fundamental das soziale und politische Miteinander.

Vor dem Hintergrund europäischer Erfahrungen wird dieser Trend oft mit Industrialisierung und Demokratisierung verknüpft. Die aufkeimende Arbeitsbewegung in europäischen Städten im Rahmen der Industrialisierung verbesserte nicht nur die Lebensbedingungen der städtischen Bevölkerung, sondern führte auch zu politischer Mobilisierung, die Forderungen nach bür-

gerlichen Rechten und mehr politischer Teilhabe nach sich zog.

Diese Sequenz kann so nicht auf Afrika übertragen werden. Das Städtewachstum auf dem afrikanischen Kontinent wird oft als Wachstumsmotor bezeichnet. Jedoch geht das Wirtschaftswachstum in afrikanischen Städten nicht Hand in Hand mit Industrialisierung und der Schaffung von Arbeitsplätzen im formalen Sektor. Die Mechanismen, wie Urbanisierung sich auf Politik auswirkt, sind deswegen fundamental anders.

Wachsende Ungleichheit

Die Art und Weise, wie Städte wachsen, spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Afrikanische Städte sind attraktiv für Eliten und die Mittelklasse, da sie eine bessere Infrastruktur und besseren Zugang zu Gesundheit und Bildung bieten als der ländliche Raum.

Die vergleichsweise besseren Bedingungen ziehen aber auch die Landbevölkerung an. Viele Neuankömmlinge landen zunächst in informellen Siedlungen, die keinerlei Zugang zu Basisinfrastruktur bieten. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung afrikanischer Großstädte lebt in solchen informellen Siedlungen. Dementsprechend weisen afrikanische Städte hohe Einkommensunterschiede auf. Unter den zwanzig Städten mit der weltweit höchsten Ungleichheit sind zwölf Städte in Afrika.

Ein großer und zunehmend wachsender Teil der Wählerstimmen ist in den informellen Siedlungen zu holen. Dadurch verändern sich nicht nur die Inhalte von Wahlkampagnen, sondern auch die Ansprache der Wählerschaft. Der kenianische Präsident William Ruto beispielsweise fokussierte seine letzte Wahlkampagne vor allem auf Menschen, die im informellen Sektor arbei-

ten und sich „durchwurschteln“ (die sogenannten „Hustler“). Obwohl Ruto selbst Teil der kenianischen Elite ist, präsentierte er sich im Wahlkampf als Kämpfer gegen das Establishment.

Kritik und Protest

Der Fall Kenia zeigt weiterhin, dass die junge Stadtbevölkerung ein enormes Mobilisierungspotential mitbringt. Die Proteste der jungen Generation („GenZ“) im Jahr 2024 waren nicht nur eine Reaktion auf geplante Steuererhöhungen, sondern auch eine Abrechnung mit Rutos gebrochenem Wahlversprechen, die Bedingungen im informellen Sektor zu verbessern. Die Frustration aufgrund prekärer Lebensbedingungen in den Städten ist immens.

„Die rasante Urbanisierung verändert das soziale und politische Miteinander in Afrika fundamental.“

Die Dichte von Städten und die meist aktive Zivilgesellschaft sind weitere Faktoren, welche soziale Mobilisierung begünstigen. Die vielfältigen Protestbewegungen, die in den letzten Jahren auf dem Kontinent entstanden sind, um Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen, sind jedoch in den meisten Fällen auf staatliche Repression getroffen. Die Effektivität von Protesten ist somit keineswegs garantiert.

Laut Umfragen ist die afrikanische Stadtbevölkerung generell kritischer als Menschen auf dem Land. Sie haben weniger Vertrauen in die Regierung und öffentliche Einrichtungen. Ihre Erwartungen an das Leben in der Stadt sind hoch, werden aber selten erfüllt. Ihre Wahlbeteiligung ist niedriger als die der Menschen auf dem Land und sie sind eher gewillt an Protesten teilzunehmen. Sie wählen auch weniger oft die Regierungspartei und haben generell eine schwächere Parteienbindung. In einigen großen afrikanischen Städten regiert zudem die Opposi-

on. Da Oppositionsparteien meist weniger Mittel zur Verfügung haben und Regierungsparteien oft in ländlichen Regionen besonders stark unterstützt werden, konzentrieren sich die Kampagnen der Opposition auf Städte, wo mehr Menschen erreicht werden können.

Kontrolle über die Hauptstadt

Wenn Städte von der Opposition regiert werden, verstärkt dies oftmals bereits bestehende Spannungen zwischen zentralen und lokalen Regierungen. Diese Dynamik betrifft auch beispielsweise Freetown und deren Bürgermeisterin und Deutsche Afrika-Preisträgerin Yvonne Aki-Sawyerr, welche die Opposition repräsentiert. Die lokalen Wahlen in Freetown sind besonders kompetitiv, da ein Fünftel der Wählerschaft Sierra Leones dort wohnt.

Die Hauptstadt zu regieren, hat nicht nur besondere symbolische Strahlkraft unter anderem für nationale Wahlen, sondern bedeutet auch Zugang zu wichtigen wirtschaftlichen Ressourcen. Politische und wirtschaftliche Eliten befinden sich meist in großen Städten, wo es Zugang zu Land, Immobilien und Handel gibt. Sie profitieren in der Regel vom Status Quo.

Diese Dynamik führt dazu, dass Zentralregierungen oft wenig Entscheidungsbefugnisse an Städte abtreten. Diese Autonomie wäre aber wichtig, damit Städte die großen Herausforderungen im Bereich von Stadtplanung und Investitionen in Infrastruktur und Dienstleistungen vornehmen können. Ein Ranking des institutionellen Umfeldes von lokalen Regierungen in Afrika herausgegeben von *United Cities and Local Governments Africa*, kommt zu dem Schluss, dass mehr als zwei Drittel aller afrikanischen Länder sich grundlegenden Reformen unterziehen müssten, um gute Bedingungen für lokale Regierungsführung zu schaffen.

Gerade im Bereich der fiskalischen Dezentralisierung fehlen Städten die Mittel und nötigen Kompetenzen, um zu agieren. Städte sind auf Transfers der Zentralregierung angewiesen, die oftmals unregelmäßig und unvorhersehbar erfolgen. Das Zurückhalten von Transfers kann auch als politisches Mit-

tel eingesetzt werden, um unliebsame politische Konkurrenz in städtischen Regierungen auszubremsen. Dies verschärft die ohnehin prekäre Finanzlage der meisten afrikanischen Städte.

Blick in die Zukunft

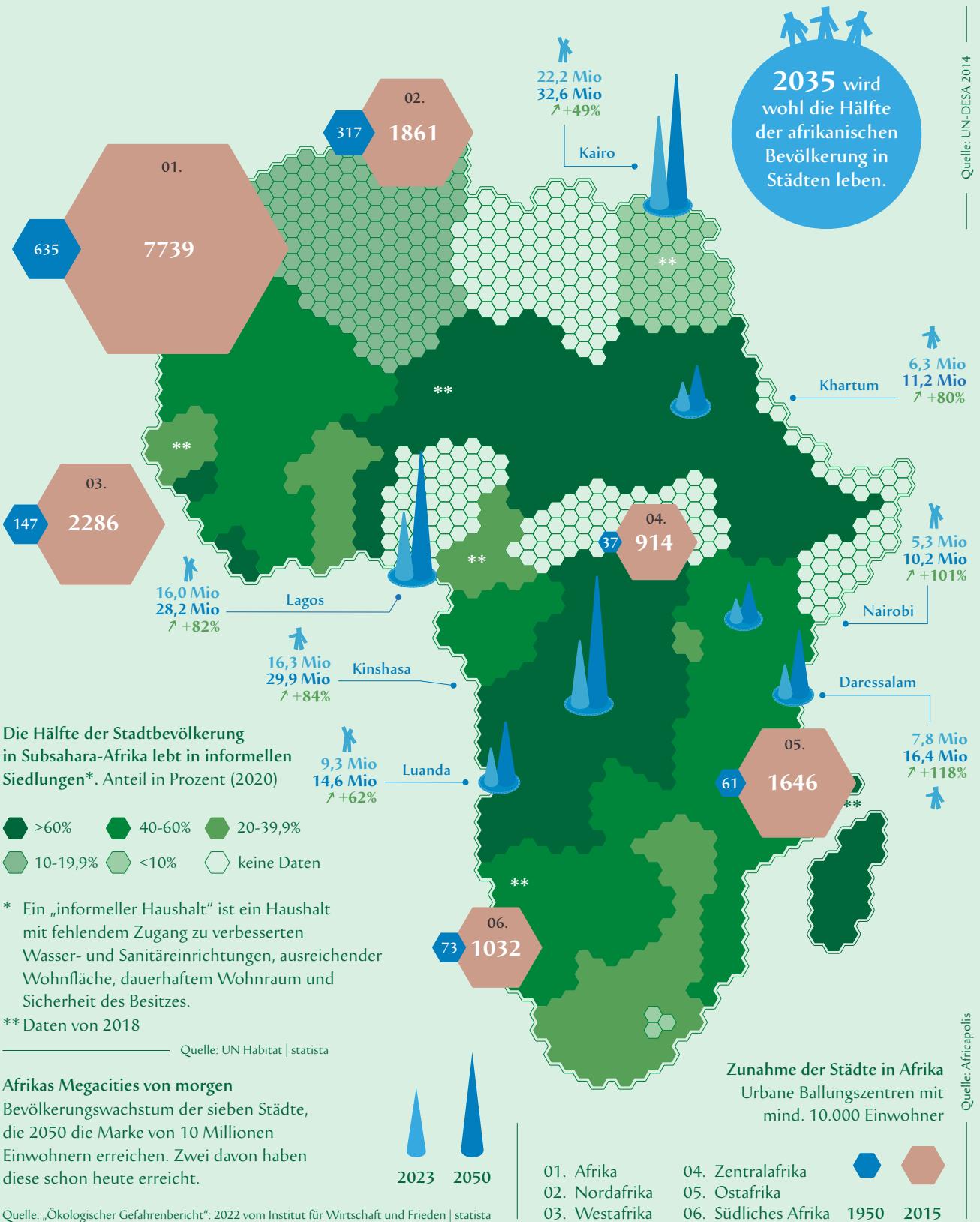
Fest steht, dass sich die Zukunft der Politik in Afrika viel mehr als zuvor an den Bedarfen von der städtischen Bevölkerung ausrichten wird, die schon jetzt die Mehrheit der Wählerschaft stellt. Zusammen mit dem demographischen Wandel und der fortschreitenden Digitalisierung verändert das Leben in der Stadt außerdem die Beziehung zwischen den Menschen und dem Staat. Auch die Beziehungen zwischen Stadt, Land und peri-urbanen Räumen transformieren sich rapide. Ob diese Transformationen zu Demokratisierung oder Autokratisierung beitragen, lässt sich pauschal nicht beantworten. Das Mobilisierungspotential, das von Städten ausgeht, gepaart mit Diversität innerhalb der Städte, wird oft als Chance für neue Allianzen gedeutet, die über ethnische Zugehörigkeit hinausgehen. Gleichzeitig sind Menschen in informellen Siedlungen auch besonders stark auf Patronage angewiesen, um öffentliche Güter in Anspruch nehmen zu können. Regime wenden außerdem diverse Strategien an, die von Kooptation bis hin zu Repression und Überwachung reichen, um unliebsame politische Konkurrenz zu kontrollieren und auszuschalten. In jedem Fall sind Städte mehr denn je Ausstragungsort politischer Machtkämpfe, welche die Zukunft des Kontinents signifikant prägen werden. ↴

Dr. Lena Gutheil ist Ethnologin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsabteilung „Transformation politischer (Un-)Ordnung“ am German Institute of Development and Sustainability (IDOS).

Foto: © picture alliance

Wandel durch Urbanisierung

Städtisches Wachstum in Afrika



Wie viel Prozent der Gesamtbevölkerung lebt in Städten?

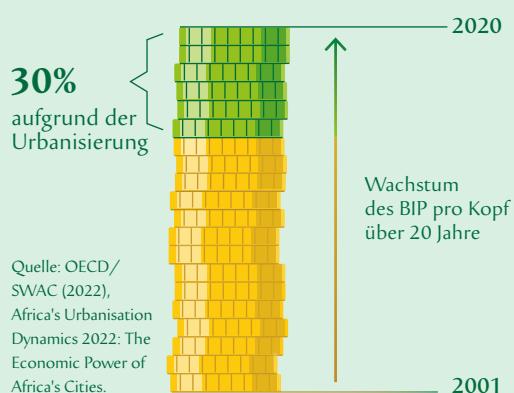
Afrikas Regionen und Deutschland im Vergleich

Die jährliche Wachstumsrate der städtischen Bevölkerung von 1960 bis 2050 beträgt: **0,3% für Deutschland** und **7,6% für Afrika**



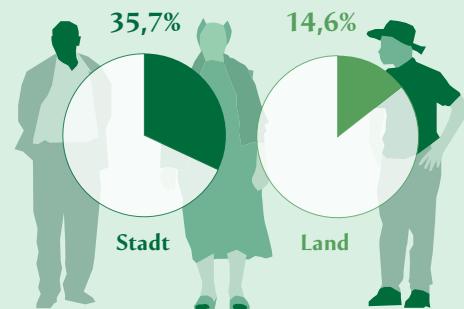
Quelle: UN World Urbanization Prospects 2018, statista 2025 | www.weltbevoelkerung.de | datacatalog.worldbank.org | Statistisches Bundesamt (2025), GENESIS-Online

Urbanisierung steigert Afrikas BIP pro Kopf



Urbanisierung treibt wirtschaftlichen Wandel an

Wieviel Prozent der Arbeiter:innen üben qualifizierte Berufe aus?

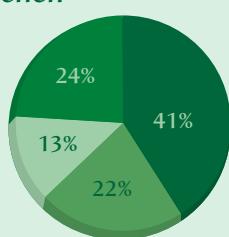


Quelle: The Demographic and Health Surveys (DHS) Program. OECD | SWAC (2022), Africa's Urbanisation Dynamics 2022: The Economic Power of Africa's Cities.

Wer finanziert die städtischen Investitionen Afrikas?

Infrastrukturausgaben nach Quellen

- ▲ afrikanische Regierungen
- ▲ Privatsektor
- ▲ ICA-Mitglieder (ICA= International Co-operative Alliance)
- ▲ andere öffentliche Quellen



Quelle: AfDB, NEPAD-IPPD, ICA (2022[15])

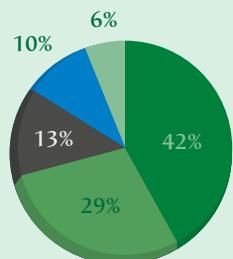
68–108 Mrd. US-Dollar (2016–2025)
beträgt Afrikas Finanzierungslücke
für den Infrastrukturausbau.

Quelle: African Development Bank (AfDB) (Unser Chapter 4: Tabelle 4.1)

Verkehr und Energie binden den Großteil der Investitionen

Infrastrukturausgaben nach Sektoren

- ▲ Transport
- ▲ Energie
- ▲ IKT (Informations- und Kommunikationstechnologien)
- ▲ Wasser
- ▲ Multi Branchen



Quelle: ICA (2022[1])

79 Mrd. US-Dollar
an Infrastrukturzusagen erhielt Afrika
im Jahr 2020.

Quelle: ICA (2015[12]), ICA (2022[1]) and OECD | SWAC (2024[13])

Wasser als Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung

Dr. Uschi Eid



Obwohl unser Planet als „Blauer Planet“ bezeichnet wird und der Eindruck eines Wasserüberflusses entsteht, sind nur etwa 2,5 Prozent des Wassers auf der Erde Süßwasser und davon stehen lediglich 0,6 Prozent für Mensch und Natur zur Verfügung. Der Großteil ist in Gletschern und Polkappen gebunden oder liegt in schwer zugänglichen Tiefen als Grundwasser verborgen. Hinzu kommt: Süßwasser ist global sehr ungleich verteilt – Afrika verfügt lediglich über 9 Prozent der weltweiten Ressourcen. Ebenso ist der Zugang zu sauberem Trinkwasser höchst ungleich. Denn während im Jahr 2022 in Europa 92 Prozent der Bevölkerung freien Zugang dazu hatten, waren es auf dem afrikanischen Kontinent nur 33 Prozent.

Afrikas Wassersituation – eine Frage der Perspektive?

Die Bewertung von Wasserverfügbarkeit in Afrika fällt je nach Quelle unterschiedlich aus: Vom „zweittrockensten Kontinent“ über die Beschreibung Subsahara-Afrikas als „wasserunsicherste Region der Welt“ bis hin zum Ort „riesiger unerschlossener Wasserressourcen“. Diese Vielfalt an Einschätzungen zeigt, dass die Wasserproblematik komplex ist – nicht nur aus geographisch-hydrologischer Sicht, sondern auch aufgrund wirtschaftlicher, politischer und administrativer Rahmenbedingungen.

Ein Blick auf die Zahlen zeigt: Afrika verfügt über das größte Vorkommen an oberirdischem, nicht gefrorenem Süßwasser weltweit. Große Flüsse wie der Nil, Kongo, Niger

und Sambesi sowie 677 Seen – darunter der Viktoriasee, der nahezu so groß ist wie Bayern – tragen dazu bei. Auch das Grundwasservorkommen ist enorm, wobei von geschätzten 600.000 Kubikkilometern derzeit lediglich 5 Prozent genutzt werden. Trotzdem herrscht in vielen Regionen akute Wasserknappheit.

Wasserknappheit durch Verschmutzung

Die Gründe für die Knappheit an sauberem Wasser sind vielfältig. Einer davon ist die Verschmutzung. Im Bergbau werden oft unbehandelte Abwässer mit giftigen Chemikalien und Schwermetallen direkt in umliegende Gewässer eingeleitet. Dammbrüche an Kupferminen, Ölverschmutzungen durch Ölbohrungen und undichte Transportleitungen haben in den letzten Jahren wiederholt für Umweltkatastrophen gesorgt. Zusätzlich wird Regenwasser durch ungeschützte Mülldeponien verunreinigt und auch häusliche, kommunale und industrielle Abwässer gelangen ungeklärt in die Umwelt. Fäkalien, die mangels sanitärer Infrastruktur in der Natur landen, stellen eine weitere Gesundheitsgefahr dar. Es überrascht nicht, dass laut UNICEF täglich 500 Kinder unter fünf Jahren in Afrika an den Folgen verschmutzten Wassers und mangelnder Hygiene sterben.

Bevölkerungswachstum und Urbanisierung

Die wachsende Bevölkerung erhöht den Druck auf die Wasserressourcen erheb-

lich. Heute leben 1,5 Milliarden Menschen auf dem Kontinent, das sind 11 Prozent der Weltbevölkerung. 2050 werden es schätzungsweise 2,5 Milliarden sein. Zwar liegt der durchschnittliche tägliche Wasserverbrauch pro Kopf laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) in Afrika bei lediglich 47 Litern (in Deutschland sind es 122 Liter). Doch der steigende Bedarf ist besonders in der Landwirtschaft und in den Städten unübersehbar.

„Der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist ein anerkanntes Menschenrecht.“

In Nordafrika werden mittlerweile fossile Wasserreserven zur Feldbewässerung eingesetzt, ein Vorgehen, das langfristig problematisch ist, da sich diese Speicher kaum wieder auffüllen werden. Das Murzuk-Djado-Becken (Libyen, Niger, Tschad) gehört bereits zu den am stärksten übernutzten Grundwassersystemen weltweit. Auch der schrumpfende Tschadsee, der heute nur noch 10 Prozent seiner ursprünglichen Größe umfasst, illustriert die Folgen übermäßiger Entnahme durch Anrainerstaaten für die Landwirtschaft und Anwendung ineffizienter Bewässerungstechniken. Hinzu kommt, dass über 30 Prozent der Nahrungsmittel in Afrika zwischen Ernte und Verbrauch verloren gehen. Das



← Nur 33 Prozent der Menschen in Afrika haben freien Zugang zu Trinkwasser.

Investitionen zur nachhaltigen Wasserwirtschaft und Klimaresilienz. Hervorzuheben ist hierbei das AU-AIP Youth Fellowship, das jungen afrikanischen Fachkräften in den Bereichen Wasser, Sanitärversorgung und Klimaresilienz Zugang zu Weiterbildung und Netzwerken verschafft. Neben der Qualifizierung dringend benötigter Fachkräfte schafft das Programm dadurch auch Arbeitsplätze in der Wasserinfrastruktur, Abwasserbehandlung, im Katastrophenschutz und in direkt wasserabhängigen Sektoren wie Landwirtschaft, Fischerei, Energie, Industrie und Gesundheitswesen.

Schlüsselfaktor für die Wirtschaft

Angesichts zunehmender Dürreperioden, Hochwassergefahren, regionaler Wasserknappheit und wachsender Verschmutzungsprobleme ist der Bedarf an interdisziplinärer Kompetenz in Stadtplanung, wasserbewusster Verwaltung und Finanzgestaltung größer denn je. Ein nachahmenswertes Beispiel hierfür sind die Anstrengungen von Yvonne Aki-Sawyerr, Bürgermeisterin von Freetown, Sierra Leone, und Trägerin des Deutschen Afrika-Preises 2024.

Der UN-Weltwasserbericht 2016, der dem Thema „Wasser und Arbeit“ gewidmet war, stellte fest, dass weltweit 78 Prozent aller Arbeitsplätze von der Ressource Wasser abhängen. Für den afrikanischen Kontinent heißt das: Der Wassersektor in seinem Facettenreichtum ist ein Schlüsselfaktor für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung. Vor diesem Hintergrund drängt sich eine Kooperation mit der deutschen Wasserwirtschaft geradezu auf. ↗

Dr. Uschi Eid ist Präsidentin der Deutschen Afrika Stiftung. Sie war von 2004 bis 2015 Mitglied des „Beraterkreises für Wasser und sanitäre Grundversorgung des UN-Generalsekretärs“ (UNSGAB), zuletzt als dessen Vorsitzende.

Foto: © picture alliance

bedeutet nicht nur Verschwendungen von Nahrung, sondern auch von Wasser. Weltweit wird so jährlich etwa das Dreifache des Volumens des Genfer Sees verschwendet.

Ein weiterer Grund für die Wasserknappheit ist die rasante Urbanisierung. Lag der Urbanisierungsgrad in Afrika 1960 noch bei 15 Prozent, wird er bis 2050 voraussichtlich 60 Prozent erreichen. Damit gehen problematische Entwicklungen wie Entwaldung, Bodenversiegelung, vermehrter Oberflächenabfluss mit verminderter Grundwasseraufüllung einher.

Gleichzeitig steigt mit wachsendem Lebensstandard und zunehmender Industrialisierung der Wasserverbrauch und damit der Bedarf an funktionierender Abwasserentsorgung. Doch vielerorts ist die veraltete Infrastruktur überfordert und in ihrer Dimension dem Bevölkerungswachstum nicht angemessen. In Südafrika etwa gehen 40 Prozent des Trinkwassers durch undichte Leitungen verloren, in Nairobi über 50 Prozent, in Kairo rund 23 Prozent. Lediglich etwa 10 Prozent des Abwassers auf dem Kontinent werden derzeit behandelt. Allein Lagos mit einer Bevölkerung von gut 23 Millionen Menschen leitet täglich 1,92 Millionen Liter unbehandeltes Abwasser in die Umwelt, meist in die Lagune. Auch in Nairobi liegt die Behandlungsquote bei nur 48 Prozent.

Politische Verantwortung

Die Herausforderungen sind enorm. Das komplexe Geflecht von Umwelt- und Ge-

sundheitsrisiken, der nötige effiziente Umgang mit Wassernutzung sowie die angemessene Abwasserentsorgung erfordern, dass das Thema „Wasser“ höchste Priorität in der nationalen und internationalen Politik erhält. Hinzu kommt die Notwendigkeit grenzüberschreitender Kooperation, da viele Flüsse, Seen und Grundwasserspeicher in Afrika Ländergrenzen überschreiten.

Einen internationalen Rahmen bildet die Agenda 2030 der Vereinten Nationen, deren sechstes Nachhaltigkeitsziel (SDG 6) es ist, bis 2030 allen Menschen Zugang zu sicherem Trinkwasser, angemessener Sanitärversorgung und Hygiene zu verschaffen. Weitere Unterziele betreffen die Verringerung der Verschmutzung, Effizienzsteigerung, Wiederaufbereitung, Schutz von Ökosystemen und Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit.

SDG 6 wurde auch in die Agenda 2063 der Afrikanischen Union (AU) aufgenommen. Die AU hat für den Wassersektor mehrere Programme und Resolutionen zur nachhaltigen Wasserbewirtschaftung verabschiedet. Die Afrikanische Wasservwoche, die der African Ministers' Council on Water (AMCOW) seit 2008 organisiert, dient der Überprüfung dieser Selbstverpflichtungen – insbesondere der Sharm el-Sheikh Erklärung (2008) und der Africa Water Vision 2025.

Eine zentrale Initiative ist auch das African Union – Africa Water Investment Programme (AU-AIP) der AU-Entwicklungsagentur AUDA-NEPAP zur Förderung von

Zusammen im Wettlauf gegen die Klimakrise



Dr. Jan-Niclas Gesenhues MdB

Gesunde Natur, artenreiche Wälder und Flüsse, eine sichere Versorgung mit Lebensmitteln, singende Vögel und glitzernde Korallen, reines Wasser und saubere Luft: Ohne eine engere Zusammenarbeit mit Afrika steht all das auf dem Spiel. Denn gerade auf dem afrikanischen Kontinent wird sich zeigen, ob die Menschheit den Wettlauf gegen Klimakrise und Artenaussterben gewinnen kann.

Mit seinen riesigen Waldmooren, Wäldern, Savannen und Meeren finden sich einige der wichtigsten natürlichen Speicher von Kohlenstoff auf dem afrikanischen Kontinent. Ohne den Schutz dieser natürlichen Superhelden des Klimaschutzes wird die Klimakrise weiter eskalieren. Für den Erhalt des Artenreichtums und die biologische Diversität in den vielfältigen Lebensräumen in Afrika engagieren sich zahlreiche Menschen vor Ort. Von ihnen zu lernen, sie zu unterstützen und ihnen bestmögliche Rahmenbedingungen zu geben, dafür tragen auch wir in Deutschland eine Verantwortung.

Raus aus der Defensive

Was es dafür braucht: Politischen Willen, wirksame ökologische Entwicklungszusammenarbeit, gleichberechtigte Entscheidungsprozesse und nicht zuletzt Geld. All das zur Verfügung zu stellen, das ist der Anspruch einer progressiven und offensiven internationalen Umwelt- und Klimapolitik. Damit sie sich durchsetzen kann, muss sie auch unter internationalem Druck und Machtproben bestehen. Und genau solch eine Drucksituation besteht im Moment.

Kriege, Krisen, Inflation und Migrationsdebatten überlagern aktuell ökologische Themen. Artenschutz wird als wachstums-hemmend verunglimpft, Gelder abgezogen, ökologische Programme zurückgestuft. Besonders krass zeigt sich dies durch den verheerenden Rückzug der USA aus weiten Teilen der internationalen Zusammenarbeit.

Weltwirtschaftsforum betonen. Und auch über zwei Drittel der Wirtschaft hängt nach Zahlen der Europäischen Zentralbank von verlässlichen Ökosystemleistungen ab. Gerade deshalb gilt: Raus aus der Nische, rein in die Offensive.

Der Multilateralismus lebt – jetzt erst recht

„Über zwei Drittel der Wirtschaft hängt von verlässlichen Ökosystemleistungen ab.“

Aus dieser Defensive muss der internationale Umwelt- und Naturschutz dringend raus. Denn das Kollabieren ganzer Ökosysteme und das Aussterben von Arten wird zur existenziellen Bedrohung für uns Menschen. Der Verlust fruchtbaren Böden, bestäubender Insekten und natürlicher Lebensräume gefährdet Lebensgrundlagen, verschärft Konflikte und verstärkt Fluchtursachen. Besonders betroffen sind die Ärmsten, auch in Afrika: Rund 70 Prozent der weltweiten armen Bevölkerung sind laut Weltbiodiversitätsrat direkt von bestimmten lokalen Arten abhängig – für Nahrung, Wasser, Brennholz, Medizin und Einkommen.

Umgekehrt schafft der Schutz von Natur und Umwelt die Grundlage für nachhaltige Entwicklung, senkt ökonomische Risiken und stärkt unsere Sicherheit wie NATO und

Weil viele Regierungen, Gesellschaften und Unternehmen in Afrika das Potenzial und das Alleinstellungsmerkmal ihrer Naturschätze sehr genau kennen, formulieren sie zurecht Erwartungen an Europa und insbesondere auch an Deutschland. Sie erwarten, dass wirtschaftlich wohlhabende Länder endlich ihrer Verantwortung gerecht werden und einen fairen finanziellen Beitrag zum Schutz globaler Naturgüter leisten. Dass sich ausgerechnet Deutschland unter der neuen schwarz-roten Bundesregierung nicht klar zu den international gegebenen Finanzierungszusagen bekennt, ist daher ein Armszeugnis. Es geht jährlich um 6 Milliarden Euro für globalen Klimaschutz, 1,5 Milliarden Euro für globalen Biodiversitätsschutz und das 0,7-Prozent-Ziel für die Entwicklungsförderung – alle drei internationalen Zusagen werden nach der aktuellen Haushaltspannung verfehlt. Das schwächt die Glaubwürdigkeit Deutschlands, gerade auch in den Ländern Afrikas.

Trotz aller Rückschläge haben die letzten Weltnaturkonferenzen gezeigt, dass der Multilateralismus liefern kann. Denn nach schwierigen Verhandlungen wurden schließlich auf den Biodiversitäts-COPs 15 und 16



wegweisende Beschlüsse gefasst, beispielsweise die Vereinbarungen zum Schutz der Meere vor Übernutzung, das Ziel, 30 Prozent Land- und Meerflächen unter Schutz zu stellen sowie Klima- und Naturschutz enger zu verknüpfen.

Ein wichtiger Erfolg nach Jahren der Verhandlung war die Stärkung der Rolle Indigener Völker und lokaler Gemeinschaften durch ein eigenes Arbeitsprogramm und einen ständigen Ausschuss. Zudem soll ein neuer globaler Fonds Unternehmen, die digitale genetische Ressourcen nutzen, zu Zahlungen verpflichten – zugunsten der Gemeinschaften aus deren Ökosystemen die Daten stammen. Diese Schlaglichter zeigen: Die richtige Antwort auf den Rückzug ins Nationale, auf rechten Populismus gegen Natur und Umwelt, ist der Multilateralismus.

Naturpartnerschaften ausbauen

Aber internationale Vereinbarungen sind nichts wert, wenn sie nicht mit Leben gefüllt werden. Mit dem Instrument bilateraler Naturschutzpartnerschaften können Länder bei der Entwicklung und Implementierung von nationalen Biodiversitätsstrategien unterstützt werden. Gleichzeitig profitieren beide Seiten vom Erfahrungsaustausch, in den unbedingt auch zivilgesellschaftliche Organisationen, die kommunale Ebene sowie Wissenschaft einbezogen werden sollten. Mittlerweile engagieren sich bereits 18 afrikanische

Länder, darunter Kenia, Mosambik, Nigeria, Somalia, Südafrika und Tansania, in internationalen Biodiversitätspartnerschaften.

Das Instrument der Biodiversitätspartnerschaften zwischen Deutschland und afrikanischen Ländern sollte weiter ausgebaut und die Umsetzung bestehender Partnerschaften forciert werden. Dazu sollte der internationale Biodiversitätsanteil im Haushalt der Bundesregierung steigen und das Naturschutzportfolio der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie der zivilgesellschaftlichen Durchführungsorganisationen weiter ausgebaut werden.

Menschen vor Ort besser beteiligen

Naturschutz gelingt nur im Miteinander mit den Menschen vor Ort. Beteiligung an den Erträgen, freie und informierte Einbeziehung in Entscheidungsprozesse und schonungslose Aufklärung von Übergriffen durch einzelne Beschäftigte von Nationalparks müssen zum Standard werden. Erste Schritte wurden unternommen: Leitlinien zum Schutz indigener Rechte sowie Beschwerde mechanismen und unabhängige Aufarbeitungsgremien sind eingeführt. Das alles dürfen keine Absichtsbekundungen auf dem Papier bleiben. Diese Instrumente müssen gelebt werden. Denn klar ist: Gerade Indigene Völker sind oft die Hüterinnen der Natur schlechthin. Ganze 80 Prozent aller

Pflanzen- und Tierarten leben auf den Gebieten Indigener Völker. Der Kampf für ihre Rechte und für die Rechte der Natur ist am Ende derselbe.

Führungsrolle im globalen Natur- und Umweltschutz?

Werden also Afrika und Europa gemeinsam eine Führungsrolle für den globalen Umwelt- und Naturschutz übernehmen können? Oder verlieren wir den Kampf gegen die Zerstörung der Natur, die mittlerweile jegliche Regenerationsfähigkeit unserer Erde überschreitet? Das wird davon abhängen, ob es uns gelingt, für eine fortschrittliche ökologische internationale Zusammenarbeit die Köpfe und Herzen zu gewinnen und ob wir dafür neue Verbündete finden. Vom Naturschutz über Wissenschaft und Regierungen bis hin zu Unternehmen und Landwirtschaft. Denn verlässliche Ökosystemleistungen brauchen alle. Und gerade in diesen Zeiten hält der Umwelt- und Naturschutz diplomatische Kontakte offen, die ansonsten geschlossen wurden. Umso mehr sollten wir den Schutz unserer gemeinsamen Lebensgrundlagen stärker in den Fokus rücken und auch in der Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas ausbauen. Schließlich geht es um unser gemeinsames Zuhause. ↗

Dr. Jan-Niclas Gesenhues (*Die Grünen*) ist seit 2021 Mitglied des Deutschen Bundestags. Von 2024 bis 2025 war er Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.

Foto: © Janine Escher

Klimaschutz braucht die Gemeinden und junge Menschen

Dr. Jane M. Olwoch



Natur- und Klimaschutz sind untrennbar miteinander verbunden. In Wissenschaft, Kultur und Politik herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Natur Leben bedeutet: die Luft, die wir atmen, das Wasser, das wir trinken, und die Ökosystemleistungen, die im *Millennium Ecosystem Assessment* hervorgehoben wurden. Die Natur hat nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung unterstützt, sondern dient auch als Kohlenstoffsenke, also ein Reservoir, das Kohlenstoff aufnimmt und damit die Kohlendioxid-Konzentration in der Atmosphäre reduziert. Folglich eine erschwingliche Quelle für die Abschwächung des Klimawandels. Durch die Bereitstellung von Ökosystemleistungen und die Bindung von Kohlenstoff dient die Natur sowohl als Maßnahme zur Anpassung an den Klimawandel als auch zur Abschwächung des Klimawandels und ist daher ein wichtiger Faktor beim Klimaschutz.

Die Welt steht an einem Scheideweg: Mehr als dreißig Jahre nach der Veröffentlichung des ersten Berichts des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC), dreißig Jahre nach der ersten Vertragsstaatenkonferenz (COP) in Berlin und hunderte von Jahren seit dem Beginn der modernen Naturschutzbemühungen in vielen Teilen der Welt sowie mehreren globalen, regionalen und nationalen Bewertungen.

Darüber hinaus endet im Jahr 2030 die von den Vereinten Nationen (UN) ausgerufene Dekade zur Wiederherstellung von Ökosystemen, die darauf abzielt, Ökosysteme weltweit zum Nutzen von Mensch und Natur zu schützen und wiederzubeleben. Die Ziele des Pariser Klimaabkommens sollen

bis 2030 erreicht werden. Die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) sollen bis 2030 erreicht werden.

Rückläufige Biodiversität und steigende globale Temperaturen

In den letzten dreißig bis fünfzig Jahren ist die biologische Vielfalt mit einer Rate von zwei bis sechs Prozent pro Jahrzehnt zurückgegangen. In ähnlicher Weise hat der Klimawandel weitreichende negative Auswirkungen und damit verbundene Verluste und Schäden für Natur und Menschen in fast allen dem Klima ausgesetzten Bereichen verursacht.

„Wer kennt den aktuellen Zustand der Natur und des Klimas besser als die Gemeinschaften, die dort leben und direkt von dem abhängen, was die Natur bietet?“

Die Wissenschaft des Klimawandels ist hinreichend genau, um die Veränderungen zu belegen. Die Beweise für seine Auswirkungen sind überwältigend und es besteht ein Konsens darüber. Die Regierungen sind engagiert, wie ihre Teilnahme an der COP

und ihr Engagement für Anpassung an und Minderung des Klimawandels zeigen. In beiden Bereichen werden durchweg dringende Maßnahmen gefordert. Auch die Rolle des Naturschutzes wird hierbei anerkannt.

Wo können wir uns verbessern?

Nach meiner Erfahrung, die ich im südlichen Afrika in den Bereichen Klimawandel, Landmanagement und grüner Wasserstoff gesammelt habe, kann eine wirksame Einbeziehung von lokalen Gemeinden und Jugendlichen dazu beitragen, diese Lücke zu schließen. Beide Gruppen sind wichtige Katalysatoren für den Wandel.

Wer kennt den aktuellen Zustand der Natur und des Klimas besser als die Gemeinschaften, die dort leben und direkt von dem abhängen, was die Natur bietet? Wer kennt schon besser den Gesang der Vögel und die damit verbundenen Signale, das Rauschen der Insekten, den Anblick von Blumen zu einer bestimmten Jahreszeit, die Tatsache, dass bestimmte Insekten in einem bestimmten Monat nicht mehr vorkommen, wie lange sie unterwegs sind, um den nächsten Brunnen zu erreichen, um Wasser zu holen und wie sich dies auf ihr soziales Gefüge und ihre Lebensgrundlage auswirkt.

Es sind diese Gemeinschaften, die für ihren Lebensunterhalt vollständig von der Natur abhängig sind. In ähnlicher Weise wurden junge Menschen mobilisiert und mit der Aufgabe betraut, Verantwortung für den Planeten Erde zu übernehmen. Sie stellen auch in vielen afrikanischen Ländern die Mehrheit der Bevölkerung, in Südafrika

machen die Jugendlichen 33 Prozent der Bevölkerung aus. Bei einer Bevölkerung von rund 230 Millionen Menschen sind in Nigeria etwa 70 Prozent der Bevölkerung unter dreißig Jahre alt.

Wie engagiert sind sie?

In mehreren Quellen besteht Einigkeit darüber, dass die Vertretung Indigener Gemeinschaften und von Personen am Anfang ihrer wissenschaftlichen Laufbahn verbessert werden muss. Die Einbeziehung dieser Gruppen sollte sich jedoch stärker auf Bildungs-, Interessenvertretungs- und Sensibilisierungsprogramme konzentrieren, die sie in die Lage versetzen, sich wirksam zu beteiligen. Darüber hinaus muss die unzureichende Finanzierung von Hochschulen, Forschungszentren sowie der technischen und beruflichen Bildung in Afrika verbessert werden, um langfristige Programme zu unterstützen, die der Bildung junger Menschen zugute kommen.

Erfolgsgeschichten

Das *Southern African Science Service Centre for Climate Change and Adaptive Land Management* (SASSCAL) legt bei seinem Ansatz den Schwerpunkt auf die Einbeziehung von Gemeinschaften und Jugendlichen. Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) hat SASSCAL mehr als

600 junge Menschen im südlichen Afrika bei der Erlangung ihres Postgraduiertenabschlusses in den Bereichen Klimawandel, Landmanagement und grüner Wasserstoff unterstützt. Ich werde das *Youth for Green Hydrogen Scholarship Program* (Y4H2), das *SASSCAL Graduate Studies Programme in Integrated Water Resources Management* (SGSP) und das *Daures Green Hydrogen Village* vorstellen:

1. Y4H2 ist ein Masterstudien- und Berufsbildungsprogramm, das namibische Jugendliche mit den Fähigkeiten und Kenntnissen ausstatten soll, die sie benötigen, um die grünen Wasserstoff-Ambitionen ihres Landes zu leiten oder sich daran zu beteiligen. Die Teilnehmenden sind an namibischen Universitäten und Berufsbildungseinrichtungen eingeschrieben, dürfen aber drei bis sechs Monate in Deutschland verbringen.
2. Das SGSP folgt demselben Modell, obwohl es ein Promotionsprogramm ist. Die Unterstützung durch deutsche Institutionen ist einer der Hauptfaktoren für den Erfolg. Diese jungen Menschen sind nicht nur engagiert, sondern verfügen auch über die notwendigen Qualifikationen, kennen sich in der Materie aus, haben deutsche Institutionen kennengelernt und sind bereit, sich auf dem Arbeitsmarkt zu engagieren und die Zukunft ihres Landes im Bereich grüner Wasserstoff und erneuer-

bare Energien mitzustalten. Sie sind der wahre Katalysator für den Wandel.

3. Das *Daures Green Hydrogen Village* ist eine der Erfolgsgeschichten, die ich in Afrika kenne, wo eine Partnerschaft zwischen Deutschland (über das BMBF) und Namibia, mit der Eigenverantwortung der Gemeinden, der Führung durch Jugendliche, kombiniert mit aktiver Beteiligung und der Nutzung der Erfahrung regionaler Klimazentren wie SASSCAL, ein sich selbst erhaltendes grünes Dorf in der Wüste Namibias geschaffen hat.

Wenn Gemeinden und Jugendliche während des gesamten Lebenszyklus eines Projekts aktiv beteiligt sind, ist der Erfolg wahrscheinlicher. Ich fordere daher die Geldgeber und die Regierungen der Empfängerländer dringend auf, der Ausbildung junger Menschen und der aktiven Beteiligung der Gemeinden Vorrang einzuräumen und einen erheblichen Teil der Mittel für diese Bemühungen bereitzustellen. Schließlich sollten auch der private Sektor, regionale Zentren wie SASSCAL und WASCAL sowie internationale Partner in das Programm einbezogen werden, da sie über zusätzliche Fähigkeiten und Erfahrungen verfügen, die die staatlichen Stellen ergänzen. 

Dr. Jane M. Olwoch ist Expertin für die Auswirkungen des Klimawandels und Gründerin der Beratungsfirma *One Earth One World*. Sie war von 2017 - 2024 Direktorin des *Southern African Science Service Centre for Climate Change and Adaptive Land Management* (SASSCAL) sowie Geschäftsführerin der *South African National Space Agency* (SANSA).

Foto: © Janine Escher



Umweltaktivismus auf verlorenem Posten



Clovis Razafimahala

Madagaskar gilt weltweit als „Hotspot der Biodiversität“. Rund 90 Prozent der dort lebenden Tier- und Pflanzenarten wie Lemuren, Chamäleons, Frösche, Heilpflanzen und seltene Vögel kommen nur dort vor. Doch dieser einzigartige Reichtum ist ernsthaft bedroht.

Maroantsetra, eine Stadt an der Nordostküste, ist aufgrund ihrer Lage am Ende der Bucht von Antongil Knotenpunkt von drei ökologisch hochsensiblen Regionen. Im Osten erstreckt sich der Nationalpark Masoala, auf dessen 2.300 Quadratkilometern Fläche sich der größte geschützte Regenwald Madagaskars befindet. Seit 2007 gehört der Park zum UNESCO-Weltnaturerbe. Westlich und nordwestlich von Maroantsetra bietet das Makira-Naturreservat auf 3.700 Quadratkilometern Fläche zahlreichen endemischen und bedrohten Arten Zuflucht. Im Süden liegt die Bucht von Antongil. Sie ist nicht nur die größte des Landes, sondern auch dafür bekannt, dass Buckelwale hier von Juli bis September ihre Jungen zur Welt bringen.

Trotz der Schutzbemühungen durch die Regierung und die Parkverwaltungen sind diese Gebiete besonders seit 2009 zunehmend bedroht. Um die staatlichen Bemühungen zu unterstützen, bildete ich mit fünf anderen eine Gruppe, die eng mit internationalen Journalist:innen zusammenarbeitete. Unser Ziel war es, den wachsenden illegalen Handel, insbesondere mit Rosenholz, aufzudecken und ihm entgegenzuwirken. Doch der Schwarzmarkt blühte weiter.

Bei der Gründung einer zivilgesellschaftlichen Plattform namens Lampogno im August 2014 wurden wir vom World Wide Fund for Nature (WWF) unterstützt. Zu unserer

großen Überraschung betrachtete uns der Staat jedoch nicht als Verbündete, sondern als Gegner. Die illegalen Holzhändler hingegen standen offenbar unter dem Schutz der Regierung. Das erschwerte unsere Arbeit erheblich.

Wachsamkeit trotz einzelner Erfolge

Die Festnahme der Besatzung des Schiffes *Flying* vor der Küste im Dezember 2018 markierte einen wichtigen Durchbruch. Zum ersten Mal schien der illegale Export von Rosenholz gestoppt. Doch wir blieben wachsam.

„Die Umweltorganisationen Madagaskars sind die eigentlichen Hüterinnen der Wälder und der biologischen Vielfalt des Landes.“

Obwohl der Rosenholzschlag mittlerweile mehr oder weniger unter Kontrolle ist, nimmt die Umweltzerstörung weiter zu. Mittlerweile beziehen die vier umliegenden Bezirke Bauholz und Holzkohle hauptsächlich aus dem Naturpark Masoala. Im Kerngebiet des Naturparks Makira sind durch den Abbau von Edelsteinen bereits mehrere hundert Hektar unberührter Wald verschwunden. Die Regierung und der Parkverwalter *Wildlife Conservation Society* (WSC)

scheinen machtlos gegenüber den mehreren Tausend Menschen, die sich dort niedergelassen haben.

All dies ist möglich, weil Umweltaktivist:innen sowie zivilgesellschaftliche Organisationen in Madagaskar mit zahlreichen Schwierigkeiten konfrontiert sind:

1. Drohungen, Einschüchterung und Gewalt

Im Umweltschutz tätige Personen werden häufig bedroht, wenn sie illegale Aktivitäten wie den Handel mit Edelhölzern, Wilderei oder nicht genehmigten Bergbau öffentlich machen. In vielen Fällen kommt es zu willkürlichen Verhaftungen oder gezielter Schikanie durch die Polizei und lokale Behörden. Besonders in abgelegenen Regionen sind sie körperlichen Übergriffen durch Schmuggelnde oder deren Netzwerke ausgesetzt.

2. Fehlender rechtlicher Schutz

In Madagaskar stehen Umweltaktivist:innen bislang nicht unter rechtlichem Schutz. Die vorhandenen Gesetze werden nur unzureichend angewendet, Beschwerden verlaufen häufig im Sand oder werden direkt abgewiesen. Die Täter:innen bleiben meist straffrei.

3. Kriminalisierung von Engagement

Zivilgesellschaftliches Engagement wird zunehmend kriminalisiert. Das Anprangern von Umweltverbrechen führt oft zu strafrechtlichen Vorwürfen wie „Störung der öffentlichen Ordnung“ oder „Verleumdung“. In einigen Fällen gibt es sogar Strafen für die Ver- oder Behinderung von umweltschädlichen Industrie- oder Bergbauprojekten.

4. Isolation und mangelnde Unterstützung

Oft läuft die Arbeit im Umweltschutz in abgelegenen Regionen unter schwierigen Bedingungen. Dort fehlt es an funktionierenden Unterstützungsnetzwerken, juristischer Beratung oder Solidaritätsstrukturen. Ohne mediale Aufmerksamkeit oder internationale Unterstützung bleibt sie isoliert und besonders gefährdet.

5. Armut und sozialer Druck

In wirtschaftlich schwachen Regionen wird das Engagement gegen illegale Nutzung natürlicher Ressourcen oft nicht als Schutzleistung, sondern als wirtschaftliches Hindernis wahrgenommen. Aktive im Umweltschutz gelten in ihren Gemeinden mitunter als diejenigen, die den Zugang zu lukrativen Einnahmequellen wie Holzhandel oder Minenbetrieb verhindern. Das kann zu sozialer Ausgrenzung, familiären Spannungen oder offenen Konflikten führen.

6. Zensur und Einschränkungen der Meinungsfreiheit

Auch Medienschaffende und Personen, die über Umweltvergehen bloggen, sind von Zensur und Bedrohung betroffen. Der Zugang zu Informationen über Umweltprojekte, Konzessionen oder Bergbauverträge ist stark eingeschränkt, was die öffentliche Kontrolle zusätzlich erschwert.

Das Problem betrifft nicht nur Umweltaktivist:innen, sondern auch die madagassischen Umweltschutzorganisationen selbst, was sich in folgenden Punkten zeigt:

1. Eingeschränkter Zugang zu Finanzierung

Kleinere lokale Umweltorganisationen haben häufig kaum Zugang zu internationalen Umweltfonds. Diese Mittel fließen meist über große internationale oder staatliche Strukturen, deren komplexe Antrags- und Verwaltungsverfahren lokale Organisationen oft überfordern. Hinzu kommt, dass viele Geber Projekte in entlegenen oder schwer zugänglichen Regionen meiden. Dabei ist gerade dort die Arbeit lokaler Akteure besonders wichtig.

Um diese Situation zu verbessern, sollte ein spezifischer Fonds eingerichtet werden, der direkt und offen lokale zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützt. Die Vergabe der Mittel müsste über vereinfachte Verfahren erfolgen, die dem Kapazitätsniveau vor Ort entsprechen. Gleichzeitig sollten lokal Agierende gezielt in der Antragstellung und Finanzverwaltung geschult werden, um ihre Eigenständigkeit zu stärken. Internationale Geber wie die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sollten zudem ermutigt werden, lokale Organisationen bereits bei der Entwicklung von Projekten einzubeziehen und schwer zugängliche Standorte nicht länger pauschal auszuschließen.

2. Begrenzte Anerkennung und Legitimität

Lokale Umweltorganisationen verfügen trotz ihrer unverzichtbaren Arbeit vor Ort nur über begrenzte Anerkennung in der nationalen und internationalen Zusammenarbeit. Sie gelten häufig als „klein“ oder „wenig professionell“, ein Eindruck, der nicht der Realität ihres langjährigen Engagements entspricht. In Entscheidungsprozesse oder in offizielle Gremien zur Verwaltung natürlicher Ressourcen werden sie kaum eingebunden.

Um ihre Position zu stärken, sollten lokale Organisationen gezielt in ihrer internen Governance unterstützt werden – etwa durch die Entwicklung klarer Statuten, den Aufbau transparenter Verwaltungsstrukturen und regelmäßiger Berichterstattung. Darüber hinaus wäre die Schaffung eines nationalen Netzwerks von Umweltaktivist:innen ein wichtiger Schritt, um ihre Sichtbarkeit und Einflussmöglichkeiten zu erhöhen. Ein solches Netzwerk könnte insbesondere bei Themen des Naturschutzes, der Landnutzung und des Ressourcenmanagements als anerkannter Partner in Konsultationen und Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Die madagassischen Umweltorganisationen sind die eigentlichen Hüterinnen der Wälder und der biologischen Vielfalt des Landes. Damit sie ihre Rolle wirksam ausfüllen können, müssen sie gezielt gestärkt, rechtlich geschützt und finanziell direkt unterstützt werden. Und zwar ohne bürokratische Hürden und unter aktiver Einbindung in politische und operative Prozesse. ↗

Clovis Razafimahala ist ein Umweltschützer aus Madagaskar, der für seine Arbeit 2018 den Deutschen Afrika-Preis erhielt. Er engagiert sich für den Erhalt der einzigartigen Natur, insbesondere des Regenwaldes, in seinem Heimatland.

Foto: © Sylvie Weisshäupl



Wie weiter mit der Schuldenkrise in Subsahara-Afrika?

Dr. Kathrin Berensmann



Es besteht die Gefahr einer systemischen Verschuldungskrise in Subsahara-Afrika, wo momentan 21 Länder hoch verschuldet sind.¹ Besonders problematisch sind die hohen Zahlungen für den Schuldendienst auf ausländische Schulden. Im Jahr 2023 machten die staatlichen Zinszahlungen in Subsahara-Afrika rund zehn Prozent der Einnahmen (ohne Zuschüsse, im Median) aus. Das ist mehr als das Doppelte von vor einem Jahrzehnt. Knappe Haushaltssmittel müssen für den Schuldendienst eingesetzt werden. Von 2021 bis 2023 gaben die afrikanischen Staaten pro Kopf mehr für Zinsen auf öffentliche Schulden (70 US-Dollar) als für Gesundheit (44 US-Dollar) oder Bildung (63 US-Dollar)² aus.

Was sind die Ursachen für diese aktuelle Schuldenkrise?

Für die hohe Verschuldung in den Ländern Subsahara-Afrikas gibt es im Wesentlichen drei Gründe. Viele Länder in dieser Region haben ihren durch umfangreiche Schuldenerlasse im Zuge der *Heavily Indebted Poor Countries Initiative* und des multilateralen Schuldenerlasses neu gewonnenen Kreditspielraum vor allem zwischen Ende der Neunziger Jahre und circa 2010 genutzt, um hohe Kredite zu Marktbedingungen bei Ländern außerhalb des Pariser Clubs und bei privaten Gläubigern aufzunehmen.³ Der Anteil der öffentlichen Schulden der Länder, die berechtigt sind, Finanzierungen durch die *International Development Association* (IDA) zu beantragen, gegenüber bilateralen Gläubigern, die nicht Mitglieder im Pa-

riser Club sind (unter anderem China, Indien, Saudi-Arabien), ist von 42 Prozent im Jahr 2010 auf 68 Prozent im Jahr 2021 angewachsen. Dabei ist der Gläubigeranteil Chinas von 18 auf 49 Prozent angestiegen. Etwa zwei Drittel der öffentlichen bilateralen Schuldendienstzahlungen werden an China ausgezahlt.⁴

„Ohne Schulden-erleichterung besteht die Gefahr, dass die in der letzten Dekade erzielten Entwicklungsfortschritte zunichte gehen.“

Ein zweiter Grund liegt in den multiplen Krisen der letzten Jahre, insbesondere der Corona-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine. Diese haben nicht nur zu höheren Staatsausgaben geführt, sondern auch zu hohen Zinssätzen und Abwertungen afrikanischer Währungen. Mehr als 70 Prozent der afrikanischen Schulden sind in Fremdwährungen, vorwiegend in US-Dollar, denominiert.⁵

Ein weiterer Aspekt ist die vergleichsweise geringe Effizienz öffentlicher Investitionen in Afrika, die durch Schulden finanziert wurden. Afrika weist mit 39 Prozent eine signifikant höhere Effizienzlücke bei den öffentlichen Investitionen auf als Europa (17 Prozent) und

Asien (29 Prozent). Die afrikanischen Länder konnten potenzielle Wachstumsvoorteile dieser Verschuldung nicht ausschöpfen.⁶

Mögliche Lösungen für die Schuldenkrise

Angesichts der hohen Verschuldung in einigen Ländern ist eine zeitnahe Umstrukturierung der Schulden unerlässlich. Zudem erschweren die geopolitischen Spannungen die Vereinbarung neuer, umfassender Instrumente zur Umstrukturierung von Schulden.

Das *G20 Common Framework for Debt Treatments* wurde Ende 2020 eingeführt und stellt derzeit das einzige existierende Rahmenwerk für umfassende Schuldenumstrukturierungen und sogar auch Schuldenerlasse für arme Länder dar.⁷ Ein wesentlicher Grund für die Einführung des *G20 Common Frameworks* war die Teilnahme von Nicht-Pariser-Club-Mitgliedern, insbesondere Chinas als größter bilateraler Gläubiger gegenüber armen Ländern. In den ersten vier Jahren ist die Beteiligung auf vier Länder beschränkt geblieben (Äthiopien, Ghana, Sambia und Tschad) und die Umsetzung hat sich verzögert. Die Gründe dafür sind in erster Linie Koordinierungsprobleme unter den Gläubigern sowie die mangelnde Transparenz bei der Offenlegung der Schuldensituation in den betroffenen Ländern.⁸

Um eine zügige und zeitnahe Schuldenumstrukturierung zu gewährleisten, sind folgende Reformen des *G20 Common Frameworks* erforderlich: Erstens sollte zu Beginn

¹ (IWF 2025a) | ² (UN 2025) | ³ (AfDB 2024) | ⁴ (WB 2022) | ⁵ (AfDB 2025) | ⁶ (AfDB 2024) | ⁷ (G20 2020) | ⁸ (Berensmann 2024)



← 2025 treffen sich Italiens Premier Giorgia Meloni und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Akinwumi Adesina, damaliger Präsident der AfDB zu einem Afrika-Gipfel in Rom.

Beispiele hierfür sind:

1. Die Plattform für Kreditnehmer, mit der der Wissens- und Erfahrungsaustausch über Schuldenmanagement, Umschuldung und andere neu auftretende Fragen erleichtert werden soll.

Ein ebenfalls bei der Weltbank angesiedeltes globales Zentrum für *Debt Swaps* für Entwicklung.

2. Im Rahmen der „Allianz für Schuldenpausenklauseln“ sollen Schuldendienste bei bestimmten Schocks, wie etwa Klimaschocks, gestundet werden. Damit kann ein Land kurzfristige Zahlungsengpässe überbrücken.

Einerseits sollten afrikanische Staaten durch Reformen ihrer Steuersysteme und den Ausbau ihrer lokalen Finanzmärkte in die Lage versetzt werden, mehr eigene Ressourcen zu generieren. Andererseits sind die hochverschuldeten ärmsten Länder Afrikas auf eine Schuldenerleichterung sowie die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die in der letzten Dekade erzielten Entwicklungsfortschritte zunichte gehen. ↗

Dr. Kathrin Berensmann ist Entwicklungsökonomin und wissenschaftliche Mitarbeiterin des Forschungsprogramms „Transformation der Wirtschafts- und Sozialsysteme“ am *German Institute of Development and Sustainability* (IDOS).

Foto: © picture alliance

des Umschuldungsprozesses eine Roadmap mit Zeitpunkten für die Schuldenstrukturierung erstellt und Gläubigerkomitees gebildet werden. Zweitens sollte die Transparenz über die Schuldenvereinbarungen erhöht werden. Es sollten klare und frühzeitige Vereinbarungen über die gemeinsame Nutzung von Daten zwischen Schuldern und allen Gläubigern getroffen werden.⁹ Ein weiterer Vorschlag der Vereinten Nationen (UN) ist die Einführung eines internationalen Schuldenregisters. Der im Jahr 2023 vom Internationalen Währungsfonds (IWF) eingeführte Globale Runde Tisch zur Staatsverschuldung trägt zur Transparenz und besseren Koordination der Gläubiger bei und gibt vor allem auch China als stellvertretendem Vorsitzenden eine wichtige Rolle.

Des Weiteren sollten die Länder Afrikas ihr Schuldenmanagement verbessern, um so eine angemessene Schuldenstruktur hinsichtlich der Gewichtung von Inlands- und Fremdwährung sowie der Laufzeit und der Zinsstruktur zu erreichen.



Eine afrikanische Ratingagentur

Laut der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) könnten die Bewertungen der Ratingagenturen transparenter sein, um das Länderrisiko besser einschätzen zu können und übermäßige Risikoprämien zu vermeiden. Zudem sollte die Länderrisikobewertung den Wert des Naturkapitals afrikanischer Länder besser mit einbeziehen. Um die wahrgenommenen Risiken privater Investitionen in afrikanischen Ländern zu verringern, könnte die AfDB mit diesen Ländern zusammenarbeiten, um den Ratingagenturen aktuellere Daten und Informationen über den Zustand ihrer Volkswirtschaften bereitzustellen. Die Afrikanische Union (AU) arbeitet derzeit an einem Vorschlag für eine afrikanische Ratingagentur, die vom Privatsektor betrieben, selbst finanziert und selbsttragend ist.¹⁰

Im Abschlussdokument der vierten UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung werden nicht nur einige der oben genannten Vorschläge benannt, es werden auch eine Reihe innovativer Reformen aufgeführt. Zur Umsetzung der in diesem Dokument festgelegten Verpflichtungen wurde die sogenannte „Aktionsplattform von Sevilla“ ins Leben gerufen.

⁹ (Berensmann 2024) | ¹⁰ (AfDB 2024) // Die Quellenangaben finden Sie auf Seite 78.

Ein gerechtes Finanzsystem für Afrika



Dr. Daniel Cash

Wenn afrikanische Regierungen Infrastruktur, Klimaanpassung oder wirtschaftliche Diversifizierung finanzieren wollen, stehen sie vor einer grundlegenden Herausforderung, die weit über ihre fiskalischen Grundlagen hinausgeht. Kreditratingagenturen bewerten sie oft anhand von Rahmenwerken, die ihre Stärken systematisch unterschätzen und Risiken überbewerten. Diese Rating-Strafen führen direkt zu höheren Kreditkosten und schränken genau jene Investitionen ein, die für eine nachhaltige Entwicklung notwendig sind.

Deutschland, mit seinem jahrzehntelangen Engagement für die afrikanische Entwicklung und Ruf als prinzipientreuer Akteur in der internationalen Finanzwelt, ist einzigartig positioniert, um diese strukturellen Nachteile anzugehen. Statt das System infrage zu stellen, kann Deutschland Reformen vorantreiben, die den Umgang der afrikanischen Staaten mit diesem System stärken und fairere Bewertungsprozesse sowie einen vorhersehbareren Marktzugang sicherstellen.

Die Vorbereitungslücke

Das Kernproblem liegt nicht in einer Voreingenommenheit der Ratingmethoden, sondern im Missverhältnis zwischen der Vorgehensweise der Ratingagenturen und der Ausstattung vieler afrikanischer Finanzministerien, sich effektiv mit diesen auseinanderzusetzen. Ratingentscheidungen basieren stark auf der Konstruktion von Narrativen, institutionellen Signalen und technischer Präsentation. Hierfür fehlt es in afrikanischen Ländern oft an Ressourcen.

Agenturen erwarten detaillierte fiskalische Prognosen, umfassende Schuldennachhaltigkeitsanalysen und ausgefeilte Szenarioplanungen. Viele afrikanische Finanzministerien verfügen jedoch nicht über die technische Infrastruktur, um ihre wirtschaftliche Lage überzeugend darzustellen, obwohl oft solide Fundamentaldaten vorliegen. So entstehen negative Verzerrungen der Bewertungen.

Diese Lücke wird durch die Volatilität der Gebermittel noch verschärft. Wenn Partner plötzlich Mittel zurückziehen oder Prioritäten ändern, resultieren fiskalische Störungen und damit negative Signale für die Ratingagenturen. Afrikanische Regierungen werden also nicht für ihre eigenen politischen Entscheidungen bestraft, sondern für die Unvorhersehbarkeit externer Unterstützungsflüsse, die sie nicht kontrollieren können.

Zugleich bleiben viele staatliche Unternehmen in Rohstoff- und Infrastruktursektoren trotz Marktzugangswunsch gerade dort unbewertet, wo deutsche Entwicklungsziele und wirtschaftliche Interessen zusammenfallen. Sie haben oft starke Cashflows und Vermögenswerte, aber nicht die technische Kapazität, ihre Kreditwürdigkeit Investoren überzeugend darzustellen.



Strategische Interventionen für Deutschland

Deutschland kann hier mit vier Initiativen afrikanische Souveränität stärken und deutsche Entwicklungsziele fördern:

→ **Erstens** durch die Unterstützung einer Partnerschaft für die Resilienz souveräner Kreditratings, eine mehrjährige Initiative, die langfristig die Ratingvorbereitung in afrikanischen Finanzministerien und strategischen staatlichen Unternehmen aufbaut. Die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) könnten diesen Ansatz mit ausgewählten afrikanischen Partnerländern pilotieren, die sich auf ihre ersten Anleiheemissionen vorbereiten oder bestehende Ratings verbessern möchten. Ziel ist keine Manipulation, sondern eine realistische und überzeugende Darstellung ihrer Wirtschaft.

→ **Zweitens** kann Deutschland die Entwicklung eines Offenlegungsprotokolls für Kreditratingagenturen und Geber vorantreiben. Derzeit erfahren afrikanische Regierungen oft gleichzeitig mit den Ratingagenturen von Änderungen in den Entwicklungsprogrammen, was unnötige Marktvolatilität erzeugt. Ein Offenlegungsprotokoll würde klare Zeitpläne und Formate für die Kommunikation von Geberentscheidungen festlegen und so Informationsasymmetrien reduzieren, die afrikanische Staaten ungerecht bestrafen. Deutschlands Glaubwürdigkeit bei sowohl Ratingagenturen als auch afrikanischen Partnern macht das Land zum idealen Initiator dieses Vorhabens.

→ **Drittens** sollte Deutschland mit erfolgsversprechenden afrikanisch geführten technischen Initiativen wie Simulationen von Kreditratings, Narrativ-Coaching-Tools und auf Afrika spezialisierte Schulungsplattformen zusammenarbeiten, anstatt parallele Strukturen zu schaffen. Diese afrikanischen Plattformen entwickeln anspruchsvolle Rahmenwerke, die speziell auf afrikanische Kontexte zugeschnitten sind. Deutschland kann diese Bemühungen durch Finanzierungs-kooperationen, technische Aus-tauschprogramme und diplomatische Unterstützung verstärken – und so afrikanisches Know-how ausbauen statt ersetzen. Dieser Ansatz respektiert afrikanische Eigenverantwortung und greift zugleich effizient auf deutsche Ressourcen zurück.

→ **Viertens** kann Deutschland auf EU- und G7-Ebene eine freiwillige Charta für die Zusammenarbeit zwischen Kreditratingagenturen und souveränen Staaten fördern. Eine solche Charta würde Mindeststandards für den Umgang von Ratingagenturen mit ressourcenarmen Staaten definieren. Dazu gehören standardisierte Informationsanforderungen, angemessene Fristen und transparente Kommunikationsprotokolle. Dabei geht es nicht darum, die Unabhängigkeit der Agenturen einzuschränken, sondern um faire und zugängliche Bewertungsprozesse für alle Staaten, unabhängig von deren technischen Kapazitäten.

Ein gestärktes System

Diese Reformen schwächen die Kreditdisziplin nicht – sie stärken sie. Wenn afrikanische Staaten besser mit den Ratingprozessen umgehen können, werden die Bewertungen genauer, was sowohl den Emittenten als auch den Investoren zugutekommt. Vorhersehbarere Geberzusagen reduzieren künstliche Schwankungen in afrikanischen Fiskalprofilen. Besser vorbereitete Staaten treffen fundiertere Kreditentscheidungen und pflegen langfristig stärkere Investmentbeziehungen.



Deutschlands einzigartige Kombination aus Entwicklungsexpertise, Glaubwürdigkeit und diplomatischem Einfluss macht es möglich, diese Reformen voranzutreiben. Deutsche Initiativen haben Gewicht bei den Ratingagenturen aufgrund der eigenen AAA-Bonität Deutschlands und seines Rufs für finanzielle Vorsicht. Gleichzeitig stoßen sie bei afrikanischen Partnern auf Resonanz, weil Deutschland konsequent auf Partnerschaft statt auf Paternalismus setzt.

Die Chance reicht über unmittelbare Verbesserungen der Ratings hinaus. Wenn afrikanische Volkswirtschaften reifen und sich diversifizieren, werden sie zunehmend Zugang zu anspruchsvollen Kapitalmärkten suchen. Eine Unterstützung heute hilft, die nächste Wachstumsphase Afrikas zu fairen Konditionen zu finanzieren, die die wirtschaftliche Realität und nicht strukturelle Nachteile widerspiegeln.

Wie auf der *International Conference on Financing for Development* (FfD) in Sevilla deutlich wurde, wächst weltweit der Impuls für Reformen, die die Staatsfinanzierung gerechter und Entwicklungskompatibler machen. Deutschland kann zu den Ersten gehören, die entschlossen in diesem Sinne handeln.

Deutschlands Führung würde zeigen, wie ein G7-Land finanzielle Diplomatie nutzen kann, um Fairness zu fördern, ohne fiskalische Standards zu kompromittieren. In einer Welt, in der Kapitalzugang zunehmend über Entwicklungschancen entscheidet, kann Deutschland sicherstellen, dass afrikanische Staaten aufgrund ihrer Leistung und nicht aufgrund von Vorbereitungslücken konkurrieren. Das ist sowohl eine Entwicklungspolitische Verpflichtung als auch eine strategische Chance. Und zwar eine, die deutsche Werte mit deutschen Interessen verbindet und die Grundlage für nachhaltiges Wachstum in Afrika stärkt. ↗

Dr. Daniel Cash lehrt an der Aston University (UK) und ist leitender Experte für *Environmental Social Governance Ratings* bei der Wirtschaftskanzlei Ben McQuhae & Co. Er gründete die *Credit Rating Research Initiative* und das *Greenwashing Research Project*.

Foto: © istock

Eine Zukunftsperspektive – und zwar für alle



Oumar Diallo im Gespräch

Oumar Diallo ist Gründer und Leiter des Afrika-Hauses in Berlin. Für seine Arbeit erhielt er den Ehrenpreis der Deutschen Afrika Stiftung 2024.

Herr Oumar Diallo, Sie haben bereits vor dreißig Jahren das Afrika-Haus in Berlin-Moabit gegründet. Was hat Sie dazu bewogen?

Schon als Kind kannte ich Berlin wie alle Afrikaner Berlin kennen. Nämlich als den Ort, an dem über die Grenzen auf unserem Kontinent entschieden wurde. Nach meinem Studium in Frankreich wollte ich unbedingt diese Stadt sehen, von der ich mein Leben lang gehört hatte. Ich wollte vor dem Haus stehen, in das Bismarck 1884 die europäischen Großmächte eingeladen hatte, um Afrika aufzuteilen.

Ich fragte meine deutschen Kommilitonen, wo denn diese Konferenz stattgefunden habe. Zu meinem Erstaunen wusste keiner von ihnen Bescheid. Sie sagten, ich sollte in Frankreich suchen, in England oder den Niederlanden. Über das koloniale Erbe war damals in Deutschland kaum etwas bekannt. Die Kolonialherren hatten diesen Aspekt der Geschichte verdrängt und vergessen. Das war Anfang der Neunziger Jahre.

„Es ist noch viel Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu leisten – sowohl für Afrikaner als auch für Deutsche.“

Da war mir klar, dass noch viel Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu leisten ist – sowohl für Afrikaner als auch für Deutsche. So ist das Afrika-Haus entstanden.

In den letzten Jahren hat man damit begonnen, das deutsche koloniale Erbe aufzuarbeiten. Auch die Haltung der Bundesregierung hat sich verändert. Sind Sie zufrieden damit?

Es ist gut, dass das endlich passiert und Deutschland ein Bewusstsein für seine koloniale Vergangenheit entwickelt. Es geht in die richtige Richtung. Aber zufrieden sind wir noch nicht. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Vor ein paar Jahren haben wir erreicht, dass in der Wilhelmstraße 92 in Berlin-Mitte eine Gedenktafel aufgestellt wird, die daran erinnert,

dass dort, im ehemaligen Reichskanzlerpalais, die Berliner Konferenz von 1884/85 stattfand. Immerhin. Allerdings fanden auch im Roten Rathaus Sitzungen statt. Nur darf man das nicht laut sagen. Von einer Tafel ganz zu schweigen. Wenn man sich wirklich mit Kolonialismus beschäftigen will, ist so etwas natürlich ein Problem.

Was müsste die Bundesregierung Ihrer Meinung nach noch tun?

Es muss eine offizielle Entschuldigung der Bundesregierung für den Völkermord geben, den das Deutsche Reich in Namibia verübt hat. Und zwar vom Bundespräsidenten oder dem Bundeskanzler. Wenn Friedrich Merz Namibia besucht, könnte er sich im Namen des deutschen Volkes entschuldigen, indem

er vor die Nationalversammlung tritt. Das ist unser Wunsch, doch möglicherweise bleibt das auch ein Traum.

Wie würden Sie das Afrikabild beschreiben, das heute in Deutschland herrscht?

Leider hat sich nicht so sehr viel getan. Bis heute gelten die drei Ks: Krankheit, Katastrophen, Krieg. Das ist, wofür die europäischen Medien sich interessieren. Und das ist, was Menschen in Europa von Afrika zu sehen bekommen. Afrika, der Kontinent, wo nichts funktioniert.

Kürzlich war ich auf einer Konferenz, auf der man uns empfahl, bei der Bewerbung um eine Finanzierung genau diese Karte zu spielen. Humanitäre Hilfe könne schließlich keiner abschlagen. So etwas gefällt mir gar nicht. Wir wollen keine Bittsteller sein. Wir sind es ja auch nicht. Genauso ist Afrika keineswegs so dunkel, wie es in den deutschen Medien noch immer überwiegend gezeigt wird.





Was muss Ihrer Meinung nach getan werden, um gegen Vorurteile und Rassismus anzugehen?

Ich habe Deutschland immer für seine Demokratie und das Grundgesetz geschätzt. In einer Demokratie hat die Mehrheit Verantwortung für die Minderheiten. Daher erschreckt es mich, wie sich gerade ein solcher Hass gegen Minderheiten ausbreitet. Da sollte man aktiv gegen vorgehen. Das ist ja das Besondere am deutschen politischen System: Es ist eine wehrhafte Demokratie.

Im Afrika-Haus fangen wir auf kleinerer, zwischenmenschlicher Ebene an. Um Vorurteile abzubauen, müssen wir uns viel Zeit nehmen, um die anderen kennenzulernen und zu verstehen. Ich weiß, dass das nicht einfach ist, aber ohne Mitgefühl wird es nicht gehen. Ich rede nicht von Mitleid, sondern von einem Bewusstsein, dass wir gemeinsam in einer Welt leben. Es geht um eine Zukunftsperspektive – und zwar für alle.

In Ihrem Haus finden Filmabende, Workshops, Ausstellungen und Diskussionsrunden statt. Sie beraten deutsche und afrikanische Regierungsvertreter:innen und bieten Spaziergänge „auf den Spuren des Kolonialismus“ durch Berlin an. Was waren Ihre Highlights in den letzten dreißig Jahren?

Als der damalige Präsident Sengals, Abdoulaye Wade, 2016 in Berlin zu Besuch war, hat sein Team mich im Vorhinein kontaktiert. Das hat mich sehr gefreut, denn es zeigt, dass wir unsere Arbeit richtig machen und sowohl in Deutschland als auch in Afrika als Berater geschätzt werden.

Wade wollte genau wie ich damals den Ort besuchen, an dem die Berliner Konferenz stattgefunden hat. Natürlich haben wir ihn hingeführt. Er hatte sich ein großes, mächtiges Gebäude vorgestellt, was das Reichskanzlerpalais vor seiner Zerstörung im Zweiten Weltkrieg ja auch war. Vielleicht wäre heute ein Museum dort oder etwas Ähnliches, dachte er. Was war Präsident Wade erstaunt, als er dann vor einem DDR-Plattenbau stand.

Was mich bis heute stolz macht, ist, dass wir uns selbst finanzieren. Befreiung bedeutet nämlich auch, dass wir Afrikaner unsere Geschichte und Kultur unabhängig von fremder finanzieller Unterstützung erforschen und sichtbar machen können.

Auf welche Veranstaltung in der Zukunft blicken Sie mit Freude?

Für 2026 wollen wir ein komplettes Jahresprogramm auf die Beine stellen. Wenn das klappt, wäre das wirklich toll. Außerdem sind wir Mitveranstalter eines von der Europäischen Union geförderten Projekts mit Partner-Organisationen in Belgien, Frankreich und Italien. 2026 soll es eine europäische Konferenz bei uns im Afrika-Haus in Berlin geben. Das wird sehr spannend.

Die Deutsche Afrika Stiftung hat Ihnen 2024 den Ehrenpreis verliehen. Was bedeutet diese Auszeichnung für Sie?

Das war eine große Anerkennung für meine Arbeit. Aber eine Auszeichnung bedeutet auch Verantwortung. Insofern fühle ich mich sehr ermutigt, diese Arbeit genauso gut weiterzuführen wie bisher.

Vielen Dank für das Gespräch, Herr Diallo! 

Das Interview führte Sarah Elsing.

Foto: © Afrika-Haus | Oumar Diallo

„Um Vorteile abzubauen, müssen wir uns viel Zeit nehmen.“

Pressefreiheit in Afrika unter Druck

Robert von Lucius

Welche Staaten in Afrika zeichnen sich durch Respekt für die Pressefreiheit aus? Die Mehrheit afrikanischer Verfassungen bietet rechtlichen Schutz für die Meinungs- und Pressefreiheit. Auf der jährlich erstellten Rangliste der Pressefreiheit sind Mauritius, Namibia, Ghana und Südafrika in der Tat im oberen Rang zu finden. Im Jahr 2024 indes lag Mauretanien im afrikanischen Vergleich an erster Stelle, unter 180 Ländern auf Rang 33, gefolgt von Namibia, den Seychellen, Südafrika, Cabo Verde und Ghana. Aber auch in Mauretanien wird seit 2014 die Pressefreiheit stark eingeschränkt. Viele Journalist:innen zensieren sich aus Angst vor Repressalien selbst. Dafür gab es in dem westafrikanischen Staat in den letzten Jahren deutlich weniger Übergriffe auf sie.

Unter den 180 untersuchten Staaten ist die Lage in den letzten zwanzig besonders ernst. In dieser Gruppe stehen zum einen Russland, Belarus, China und Iran. Auch im größten Teil Asiens ist der Respekt vor Pressefreiheit weit schlechter als bei den meisten afrikanischen Staaten. In Afrika zählen fünf Staaten zu jenen, die am schlechtesten abschneiden: Somalia, Sudan, Dschibuti, Ägypten und auf dem letzten Rang Eritrea. Eritrea gilt als rechtsfreier Raum mit einer Informationswüste. Sämtliche Medien werden vom Informationsministerium kontrolliert. Seit 2001 das Parlament das letzte Mal zusammenrat, schottet sich die Diktatur ab und unterbindet den freien Fluss von Informationen ebenso hart wie brutal. Vier vor zwanzig Jahren festgenommene Journalisten sitzen bis heute ohne Anklage in Haft.

Auch in Nordafrika kommt es häufig zu Gewalt gegen Medienschaffende oder zu Festnahmen. Hinzu kommt eine systematische Straflosigkeit bei Gewaltverbrechen gegen Journalist:innen. In der Sahelzone verboten Niger, Burkina Faso und teils Mali die Ausstrahlung vor allem französischer Medien. Südlich der Sahara ist die Lage in fast der Hälfte der Länder als schwierig oder sehr ernst einzustufen. Im Sudan wurden seit dem Ausbruch des Bürgerkriegs 2023 mehrere Journalisten getötet. Rund um Wahlen kam es in Nigeria, Madagaskar und der Demokratischen Republik Kongo zu Übergriffen auf Redaktionen, während in Togo, Simbabwe und Gabun die Medienaufsichtsbehörden unverhältnismäßig gegen die Presse vorgingen. Sie schalteten das Internet ab, wiesen ausländische Journalist:innen aus und behinderten die Berichterstattung internationaler Medien. In Westafrika nutzen mehrere Regierungen den Aufstieg sozialer Medien dazu, mittels neuer Regelungen, die vorgeblich Hetze und Falschinformationen eingrenzen sollen, die freie Meinungsäußerung zu begrenzen.

Die Aufmerksamkeit für Einschränkungen der Meinungsfreiheit ist zu gering, dabei ist diese ein zentraler Faktor für die Festigung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen. Das liegt möglicherweise an fehlendem Problembewusstsein oder mangelndem Mut bei den afrikanischen Medien selbst. Von den im wöchentlichen Pressepiegel der Deutschen Afrika Stiftung erfassten Artikeln aus den ersten Monaten des Jahres 2025 thematisierte nur jeder hundertste die Medien selbst und dann eher in europäischen als in afrikanischen Zeitungen.

Wie viele Nichtregierungsorganisationen sich der Pressefreiheit widmen, wird im Netzwerk *International Freedom of Expression Exchange* (IFEX) sichtbar, in dem etwa 120 Organisationen engagiert sind, darunter *Human Rights Watch*, *Amnesty International* oder *Reporter ohne Grenzen*. Letztere sind in der öffentlichen Wahrnehmung präsenter als vergleichbare Organisationen – nicht zuletzt, weil sie über viele feste und ehrenamtliche Mitarbeitende verfügen, die ihre Arbeit wirkungsvoll in Medien verbreiten. Zudem veröffentlichten sie den „Barometer der Pressefreiheit“, laut dem in Afrika Anfang 2025 insgesamt 527 Journalist:innen und 25 Medienschaffende in Haft waren.

„Gefährdet sind vor allem Journalist:innen, die vor und nach Wahlen über Proteste gegen die jeweilige Regierung und über politische Kampagnen berichten.“





← Ein Journalist beschwert sich über den Einsatz von Tränengas, der ihn und sein Team an der Berichterstattung über eine Demonstration in Dakar hindert.

Ein beliebtes Vorgehen gegen Medienschaffende sind Verleumdungskampagnen, Drohungen, Beleidigungen, Einschüchterungen und Versuche, ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben, um sie zum Schweigen zu bringen. Diese laufen oft über Online-Kanäle. Hinzu kommen weitere Einschränkungen, die der Meinungsfreiheit in Afrika und anderswo schaden: Mit der geplanten Abschaltung

von *Voice of America*, des in 13 Staaten Afrikas vielgehörten amerikanischen Auslandsenders, wird eine weitere Quelle der Meinungs- und Informationsfreiheit verschwinden. Hinzu kommt die verschärzte Wirtschaftslage, die der Profitabilität und damit Qualität afrikanischer Medien schadet und ihre Abhängigkeiten verstärkt. ↗

Die Organisation Article 19 setzt sich seit 35 Jahren für freie Meinungsäußerung ein. Der Name stützt sich auf Artikel 19 der Universellen Erklärung der Menschenrechte: „Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“

Das *International Press Institute* (IPI) in Wien wurde vor 75 Jahren gegründet und ist damit die älteste Organisation, die sich weltweit für freien Informationsfluss einsetzt. Aufgrund seiner elitär anmutenden Struktur, in der vor allem Verleger, Chefredakteure und Ressortleiter Mitglied sind, ist das IPI in der breiten Öffentlichkeit weniger sichtbar, was im Hinblick auf sein Engagement für die Pressefreiheit in Afrika nicht gerechtfertigt ist. Das IPI veröffentlicht monatliche Bilanzen zur Pressefreiheit in Afrika sowie einen Jahresbericht und einen wöchentlichen Rundbrief, der fast immer mindestens einen Hintergrundbeitrag über Afrika enthält. Wohl kein anderer weltweit aktiver Verband widmet sich der Lage der Medien in Afrika so regelmäßig und umfassend.

In seiner Jahresbilanz 2024 zu Afrika dokumentiert das IPI für das vergangene Jahr 376 Fälle von Verletzungen und Bedrohungen der Pressefreiheit in Subsahara-Afrika. Mindestens 480 Journalist:innen wurden

verhaftet oder eingeschüchtert und erfuhren physische Angriffe und Zensur. Fast neun von zehn dieser Vorgehensweisen begingen staatliche Akteure, davon 60 Prozent durch die Polizei, 21 Prozent durch Personen der Regierung und Verwaltung; elf Prozent gingen zurück auf Aufsichtsbehörden für Medien. Für viele Regierungschefs gelten Personen, die ihre Anliegen nicht unterstützten, als Systemgegner.

Gefährdet sind vor allem Journalist:innen, die vor und nach Wahlen über Proteste gegen die jeweilige Regierung und über politische Kampagnen berichten. In solchen Phasen wurde jeder Dritte der angefochtenen Schreibenden festgenommen oder angeklagt. Nur selten wurde das Vorgehen gegen sie von den Behörden untersucht oder gar moniert. Das wiederum ermutigte staatliche Akteure, vor allem bei der Polizei, ihren Missbrauch zu verstärken. Körperverletzungen oder die Beschädigung und Zerstörung von Kameras wurden kaum aufgeklärt oder gar entschädigt. Im Vorjahr gab es laut IPI die höchste Zahl von Angriffen gegen Journalist:innen in Nigeria, Senegal und Guinea. In Nigeria gibt es zwar mehr als hundert unabhängige Zeitungen, sie können aber über Machtmisbrauch und Terrorismus auch dank starker Regionalgouverneure oft nur schwer berichten.

Robert von Lucius war Afrika-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und lebt jetzt als freier Autor in Berlin. Er ist Träger des Deutschen Afrika-Preises für Publizistik 2001.

Foto: © picture alliance

Ein wahrer Freund Afrikas

Ein Nachruf auf Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Horst Köhler

Mo Ibrahim

Mit tiefer Trauer denke ich an das Ab-leben von Bundespräsident Horst Köhler, einem vertrauten Kollegen, einem Mitglied unseres Preiskomitees und einem wahren Freund Afrikas.

Horst war ein Mann der Bescheidenheit, der Integrität und tiefster Überzeugung. Als Führungspersönlichkeit sowohl seines Landes als auch wichtiger internationaler Organisationen verlor er nie aus den Augen, was wirklich zählt: Menschen, Prinzipien und Vertrauen. Er war der Meinung, dass Wahrhaftigkeit und Transparenz wesentliche Grundlagen für eine gute Führung seien.

Es war ein Privileg, Horst als Freund bezeichnen und dank seiner Unterstützung der *Mo Ibrahim Foundation* so viele Momente mit ihm teilen zu dürfen. Er verkörperte alles, wofür wir standen. Ich erinnere mich an eine Rede, die er auf dem *Ibrahim Governance Weekend* 2017 in Marrakesch hielt. Dort teilte Horst Überlegungen zum Thema Führung, die viel von dem, was er war, widerspiegeln. „Eine Führungskraft“, sagte er, „verwaltet nicht die Gegenwart. Eine Führungskraft gestaltet die Zukunft“. Und genau so lebte Horst, indem er die Zukunft durch Mitgefühl und Dienst gestaltete.

In einer Zeit, in der das Vertrauen in Institutionen und Führungspersönlichkeiten schwindet, erinnerte uns Horst Köhler daran, dass es bei Führungsaufgaben um Wahrhaftigkeit, Zuhören und unsere gemeinsame Menschlichkeit geht.

Engagement für Gerechtigkeit

Geboren 1943 in Skierbieszów, im damals besetzten Polen, war Horst Köhlers frühes Leben von Entbehrungen geprägt. Gerade diese Erfahrungen prägten sein lebenslanges Engagement für Gerechtigkeit und soziale Verantwortung.

„Seine Führungsrolle war geprägt von einem Engagement für globale Gerechtigkeit und der Überzeugung, dass internationale Organisationen allen Nationen dienen müssen.“

Er widmete sein Leben dem öffentlichen Dienst in Deutschland, stieg in der Regierung auf und wurde schließlich zu einem der angesehensten Staatsdiener Deutschlands, der von 2004 bis 2010 das Amt des Bundespräsidenten innehatte. Horst ging das Amt des Bundespräsidenten mit Aufrichtigkeit an und glaubte daran, mit Würde und Ehrlichkeit zu dienen – Werte, die er auch bei seiner Entscheidung zum Rücktritt aufrechterhielt, als er das Vertrauen zwischen Amt und öffentlichem Diskurs gefährdet sah. Es war ein seltener und mutiger Akt der Prinzipientreue, der die Tiefe seiner Integrität widerspiegelt.

Er sagte, dass „Wahrhaftigkeit eine Geistesaltung ist“, und ging mit gutem Beispiel voran. Bei seiner Führung ging es nie um Perfektion, sondern um die Stärke, mit Ehrlichkeit zu führen.

Horst Köhlers Führungsrolle reichte weit über Deutschland hinaus und war geprägt von seinem Engagement für Dialog und internationale Zusammenarbeit. Als Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (1998-2000), Geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) von 2000 bis 2004 und später als Sondergesandter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (UN) für die Westsahara (2017-2019) brachte er stets eine auf den Menschen ausgerichtete Perspektive in die globalen Institutionen ein.

In jeder dieser Funktionen führte Horst mit Offenheit und Fairness. Beim IWF setzte er sich dafür ein, Entwicklungsländer in die globalen Finanzgespräche einzubeziehen und überwachte kritische Reaktionen auf große Schuldenkrisen in Brasilien und der Türkei. Er war maßgeblich an der Ausweitung des Schuldenerlasses für die ärmsten Länder der Welt beteiligt. Seine Führungsrolle war geprägt von einem Engagement für globale Gerechtigkeit und der Überzeugung, dass internationale Organisationen allen Nationen dienen müssen. Bei den Vereinten Nationen wurde er weithin für seine Integrität und sein Streben nach Dialog in einem der komplexesten Konflikte der Welt gelobt.

Er warnte uns vor den Gefahren der „Verunglimpfung und Verherrlichung von Führungspersonen“ und betonte, dass beides uns nicht diene. Stattdessen forderte er,



Horst Köhler (22.02.1943 - 01.02.2025)

dass wir von den Machthabenden Anstand und Transparenz verlangen.

Er war der Meinung, dass Vertrauen und Transparenz die Grundlage sowohl für wirtschaftliche Stabilität als auch für politische Legitimität sind. So stellte er oft die Vorstellung in Frage, dass Wahrhaftigkeit die Führer schwächt. Mit seinen Worten: „Offenheit macht verletzlich und Verletzlichkeit macht schwach. Aber tut sie das wirklich? Macht sie einen nicht vielmehr scharfsinniger, kreativer, fähiger, andere zu verstehen und damit fähiger, Lösungen zu finden?“

Eine Stimme mit Gewicht

Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Bundespräsidenten widmete sich Horst Köhler als echter Partner und Freund dem afrikanischen Kontinent.

Horsts Stimme hatte in den afrikanischen Debatten großes Gewicht. Er war ein starker Befürworter einer erneuerten Partnerschaft zwischen Afrika und Europa und glaubte fest an das Potenzial des Kontinents und an das Recht der afrikanischen Bevölkerung, ihre Zukunft selbst zu bestimmen. Er wandte sich konsequent gegen überholte Entwicklungsmodelle und forderte stattdessen gleichberechtigte Partnerschaften, die auf Respekt und gemeinsamen Interessen beruhen.

Horsts Engagement für die *Mo Ibrahim Foundation* war eine Erweiterung dieses Engagements. Als Mitglied des Ibrahim-Preiskomitees half er dabei, afrikanische Führungspersönlichkeiten zu identifizieren und auszuzeichnen, die gute Regierungsführung, Rechenschaftspflicht und demokratische Werte verkörpern. Es war ihm ein Anliegen, positive Beispiele ins Licht zu rücken und jungen Afrikanerinnen und Afrikanern hoffnungsvolle Modelle für Führung und Integrität zu bieten.

Kein Streben nach Perfektion

Horst Köhlers Vermächtnis lebt in den vielen Menschen und Institutionen weiter, die er inspiriert hat. Er stellte schwierige Fragen, um nach echten Antworten zu suchen. Er sagte uns, dass „Führungskräfte Lernende sein müssen; Führungskräfte müssen Zuhörende sein“ und verkörperte diesen Grundsatz jeden Tag.

In der turbulenten Welt von heute ist seine Botschaft dringender denn je. Horst verstand Führung nie als Streben nach Perfektion. Er verstand, dass Unvollkommenheit menschlich ist und dass wahre Führung darin besteht, die eigenen Grenzen anzuerkennen und dennoch mit Ehrlichkeit und Zielstrebigkeit zu handeln.

Deutschland, Afrika und die Welt haben eine große Führungspersönlichkeit verloren. Doch wir werden seine Überzeugung weitertragen, dass eine gute Regierungsführung die Grundlage für Frieden, Würde und gemeinsamen Fortschritt ist.

Geh weiter, unser Freund, ruhige Stimme der Vernunft in unsicheren Zeiten. Du hast uns gebeten, mit Wahrheit zu führen und einander zu vertrauen. Wir werden diese Botschaft weitertragen.

Ruhe nun in Frieden und Würde. ↗

Mo Ibrahim ist Unternehmer und Gründer der *Mo Ibrahim Foundation*, die sich für gute Regierungsführung und verantwortungsvolle Führung in Afrika einsetzt. Der sudanesisch-britische Philanthrop gründete das erfolgreiche Mobilfunkunternehmen *Celtel* und engagiert sich seither für nachhaltige Entwicklung und politische Rechenschaft auf dem afrikanischen Kontinent.

Foto: © picture alliance

Abschied von Namibias Held der Unabhängigkeit

Ein Nachruf auf Sam Nujoma, Freiheitskämpfer und Gründungsvater der namibischen Nation



Klaus A. Hess

Am 8. Februar 2025 verstarb Sam Shafiushuna Nujoma im Alter von 95 Jahren in Windhuk. Er spielte eine zentrale Rolle im Kampf für die Unabhängigkeit seines Landes und prägte als „Gründungsvater“ und erster Präsident Namibias von 1990 bis 2005 die politische Landschaft Namibias über lange Jahre.

Geboren am 12. Mai 1929 in Etunda, im Norden Namibias, wuchs Nujoma als ältestes von elf Kindern einer bäuerlichen Familie auf. Trotz begrenzter Bildungsmöglichkeiten entwickelte er früh ein Bewusstsein für die Ungerechtigkeiten der kolonialen Herrschaft. In den Fünfzigerjahren begann er, Schwarze Arbeiter zu organisieren und sich politisch zu engagieren. 1960 war er einer der Mitbegründer der *South West Africa People's Organisation (SWAPO)*, die sich dem Kampf gegen die südafrikanische Apartheid-Herrschaft verschrieb.

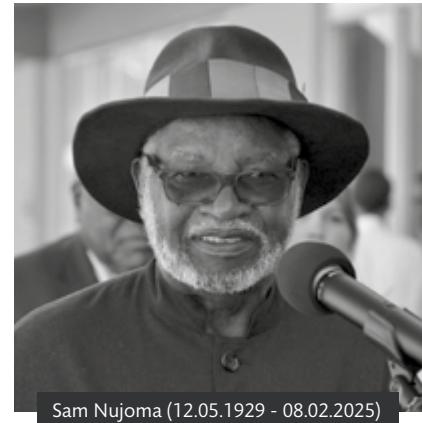
Nujoma ging Anfang der 1960er Jahre ins Exil und führte die SWAPO von Basislagern in Tansania und Sambia aus. Unterstützt von marxistischen Regimen in Angola, Kuba, der Sowjetunion und der DDR führte die SWAPO einen bewaffneten Befreiungskampf gegen die südafrikanische Besatzung. Trotz begrenzter militärischer Erfolge führte internationaler Druck schließlich zu Verhandlungen, die am 21. März 1990 in der Unabhängigkeit Namibias mündeten.

Als erster Präsident Namibias setzte Nujoma auf nationale Versöhnung und wirtschaftliche Stabilität. Sein Motto „One Namibia, One Nation“ spiegelte seinen Wunsch nach Einheit in der jungen Nation wider. Er

förderte die Rechte von Frauen und Kindern, zeigte jedoch konservative Ansichten gegenüber anderen sozialen Themen. Während seiner Amtszeit entwickelte sich Namibia zu einer der stabilsten Demokratien in Afrika. Seine Entscheidung, eine dritte Amtsperiode anzustreben, war eine singuläre Ausnahme von der Verfassungsregel von zwei fünfjährigen Amtszeiten. Nach seinem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt blieb Nujoma eine einflussreiche Figur in der namibischen Politik. Sein Engagement für die Befreiungsbewegung und seine Rolle bei der Gestaltung der Nation machten ihn zu einer respektierten Persönlichkeit, sowohl in Namibia als auch auf dem afrikanischen Kontinent. Sein Tod markiert das Ende einer Ära der afrikanischen Befreiungskämpfer, die gegen Kolonialismus und Apartheid kämpften.

„Sam Nujomas Leben und Wirken werden weiterhin die Geschichte und Identität Namibias prägen.“

Die Nachricht von Nujomas Tod löste weltweit Reaktionen aus. In Namibia wurde eine nationale Trauerzeit ausgerufen, sein Leichnam wurde in mehrere Regionen des Landes überführt, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, Abschied zu nehmen. Am 28. Februar 2025 fand im *Independence Stadium* in Windhuk eine Gedenkfeier statt, an der Tausende teilnahmen, gefolgt von sei-



Sam Nujoma (12.05.1929 - 08.02.2025)

ner Beisetzung am 1. März 2025 auf dem *Heroes' Acre*.

Nujomas Vermächtnis ist komplex. Einerseits wird er als Held der Unabhängigkeit und Architekt der namibischen Nation gefeiert, andererseits werfen bestimmte Aspekte seiner Regierungsführung Fragen auf. Dennoch bleibt sein Beitrag zur Befreiung Namibias und zur Förderung der Einheit unbestritten. Sein Leben und Wirken werden weiterhin die Geschichte und Identität Namibias prägen. ☙

Klaus A. Hess ist Verleger, Justiziar im Vorstand der Deutschen Afrika Stiftung und Gründer der Deutsch-Namibischen Gesellschaft, deren Ehrenpräsident er bis heute ist.

Der Nachruf erschien zuerst im *Namibiamagazin* 1/2025.

Foto: © picture alliance

Eine prägende Figur in Afrikas Geschichte

Ein Nachruf auf Muhammadu Buhari, ehemaliger Präsident Nigersias



Ellen Wiesbrock

Mit dem Tod von Muhammadu Buhari verliert Nigeria eine prägende Figur seiner modernen Geschichte. Der ehemalige Präsident verstarb am 13. Juli 2025 im Alter von 82 Jahren. Er hinterlässt ein politisches Vermächtnis, das von militärischer Strenge, Reformwillen und einem tiefen Nationalbewusstsein geprägt war.

Geboren am 17. Dezember 1942 in Daura im heutigen Bundesstaat Katsina im Norden Nigersias, schlug Buhari früh eine militärische Laufbahn ein. Er diente während des Biafra-Krieges, wurde in den Siebzigerjahren Militärgouverneur und später Bundeskommissar für Erdölfossilien. Nach dem Putsch gegen Präsident Shehu Shagari im Dezember 1983 übernahm Buhari als Vorsitzender des *Supreme Military Council* die Führung des Landes. Seine Zeit als Militärpräsident von 1983 bis 1985 war geprägt von einem kompromisslosen Kampf gegen Korruption und Disziplinlosigkeit. Mit seiner Politik „War Against Indiscipline“ versuchte er, wirtschaft-

liche Missstände und Vetternwirtschaft zu bekämpfen, oft mit harten und autoritären Mitteln.

„Buhari hinterlässt ein politisches Vermächtnis, das von militärischer Strenge, Reformwillen und einem tiefen Nationalbewusstsein geprägt ist.“

Nach seiner Absetzung durch General Ibrahim Babangida 1985 zog sich Buhari zunächst aus dem politischen Tagesgeschäft zurück. Nach mehreren erfolglosen Anläufen gewann er 2015 als Kandidat des *All Progressives Congress* (APC) die Präsidentschaftswahl

– als erster Oppositionskandidat in der Geschichte Nigersias, der einen amtierenden Präsidenten besiegen konnte. 2019 wurde er im Amt bestätigt.

Korruption und Misswirtschaft zu bekämpfen, versprach Buhari als ziviler Präsident erneut. Er versuchte, die Wirtschaft zu stabilisieren, die Sicherheitslage im Norden des Landes zu verbessern und der anhaltenden Bedrohung durch Boko Haram zu begegnen. Seine Amtszeiten wurden jedoch auch von wirtschaftlichen Schwierig-

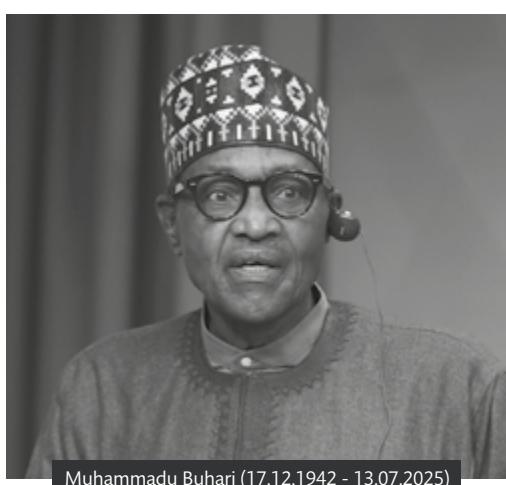
keiten, einer schwächeren Währung und wachsender Kritik an seiner passiven Führung in innenpolitischen Krisen überschattet. Besonders in seinen letzten Amtsjahren wurden die Fragen nach gesundheitlichen Problemen und fehlender Präsenz laut.

Trotz aller Kontroversen bleibt Muhammadu Buhari für viele ein Symbol für Ordnung, Disziplin und Integrität in einem Land, das immer wieder von politischen und wirtschaftlichen Turbulenzen erschüttert wurde. Sein Leben spiegelt die Spannungen und Herausforderungen des modernen Nigersias wider: den Übergang von Militärherrschaft zur Demokratie, den Kampf gegen Korruption und das Ringen um nationale Einheit.

Buhari war Vater von zehn Kindern und galt als tief religiös. Nach seinem Rückzug aus der aktiven Politik 2023 lebte er zurückgezogen in seiner Heimatstadt Daura. Seine Präsenz auf der politischen Bühne Nigersias prägte mehrere Generationen. Nigeria nimmt Abschied von einem Mann, der durch Pflichtbewusstsein und einen festen Glauben an den Staat seinen Platz in der Geschichte Afrikas hinterlässt. ↗

Ellen Wiesbrock ist
wissenschaftliche Referentin der
Deutschen Afrika Stiftung.

Foto: © picture alliance



Muhammadu Buhari (17.12.1942 - 13.07.2025)

Die Deutsche Afrika Stiftung (DAS) ist eine überparteiliche Stiftung, die sich für die erfolgreiche Umsetzung der afrikapolitischen Leitlinien der deutschen Bundesregierung einsetzt. Als Vermittlerin bietet sie eine Plattform für den partnerschaftlichen Austausch zwischen deutschen und afrikanischen Akteurinnen und Akteuren und stärkt so die Zusammenarbeit mit den Staaten und Institutionen unseres Nachbarkontinents. Hierbei konzentriert sie sich insbesondere auf die Arbeit im parlamentarischen Raum. Im Rahmen von Fachgesprächen, parlamentarischen Frühstückern und Podiumsdiskussionen bringt sie Mitglieder des Deutschen Bundes-



tags, Fachministerien und sonstige politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Deutschland und Afrika zusammen. Gleichzeitig setzt sie sich für die stärkere Einbindung der Vertreterinnen und Vertreter afrikanischer Botschaften sowie der afrikanischen Diaspora im deutschen politischen Raum ein. Eine ihrer Kernaufgaben ist zudem die Vermittlung eines differenzierten Afrikabildes im politischen Raum und der deutschen Öffentlichkeit. Seit 2015 ist Dr. Uschi Eid, Parlamentarische Staatssekretärin a.D. und ehemalige G8-Afrikabeauftragte von Kanzler Gerhard Schröder, Präsidentin der Stiftung.



Vorstand

Dr. Uschi Eid | Präsidentin
Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues | Ehrenpräsident
Alois Karl | Vizepräsident
Christoph Matschie | Vizepräsident
Dieter Härthe | Schatzmeister
Klaus A. Hess | Justiziar
Dr. Karamba Diaby | Beisitzer
Dr. Volker Faigle | Beisitzer
Dr. forest. Christoph Hoffmann | Beisitzer
Volkmar Klein | Beisitzer
Sabine Odhiambo | Beisitzerin
Stefan Rouenhoff MdB | Beisitzer
Rebecca Schamber | Beisitzerin
Heiko Schwiderowski | Beisitzer
Kordula Schulz-Asche | Beisitzerin
Dr. Wolfgang Stefinger MdB | Beisitzer
Jessica Tatti | Beisitzerin



Team

Sabine Odhiambo | Generalsekretärin
E-Mail: odhiambo@deutsche-afrika-stiftung.de
Larissa Pflüger | Wissenschaftliche Referentin
E-Mail: pflueger@deutsche-afrika-stiftung.de
Svenja Schindelwig | Wissenschaftliche Referentin
E-Mail: schindelwig@deutsche-afrika-stiftung.de
Ellen Wiesbrock | Wissenschaftliche Referentin
E-Mail: wiesbrock@deutsche-afrika-stiftung.de
Agnès Bel | Fremdsprachenassistentin
bel@deutsche-afrika-stiftung.de



Geschäftsstelle

Deutsche Afrika Stiftung e.V.
Ziegelstraße 30
10117 Berlin
Deutschland

Telefon: +49 30 28 09 47 27
E-Mail: info@deutsche-afrika-stiftung.de



Kuratorium

Bruno Wenn | Vorsitzender
Dr. phil. Prinz Asfa-Wossen Asserate | Mitglied
Helmut Gauges | Mitglied
Gabriele Groneberg | Mitglied
Prof. Dr. em. Robert Kappel | Mitglied
Egon Kochanke | Mitglied
Dr. Stefan Mair | Mitglied
Dr. Michael Rabbow | Mitglied
Marina Schuster | Mitglied
Johannes Singhammer | Mitglied

Impressum



Deutsche Afrika Stiftung

Herausgeberin | V.i.S.d.P.:

Sabine Odhiambo, Generalsekretärin

Deutsche Afrika Stiftung e.V.

Geschäftsstelle

Ziegelstraße 30

10117 Berlin

Deutschland

Telefon: +49 30 28 09 47 27

E-Mail: info@deutsche-afrika-stiftung.de

Redaktion, Lektorat und Gestaltung

Sarah Elsing | Svenja Schindelwig

Svenja Schindelwig | Sabine Odhiambo

Leonard Hertel

Beitragende

Badr Ahmed Mohamed Abdelatty, Joshua Kwesi Aikins, Bärbel Bas MdB, Karen-Andréa Bedoume, Dr. Kathrin Berensmann, Dr. Daniel Cash, Wilker Dias, Prof. Dr. Dr. Joseph Diescho, Dr. Uschi Eid, Sarah Elsing, Dr. Jan-Niclas Gesenhues MdB, Dr. Lena Gutheil, Klaus A. Hess, Mo Ibrahim, Ellen Johnson Sirleaf, Hubert Kinkoh, Prof. Dr. Horst Köhler, Robert von Lucius, I.E. Johanna Rose Mamiaka, Dr. Jane M. Olwoch, Larissa Pflüger, Prof. Dr. Henry Kwasi Premeh, Clovis Razafimalala, Svenja Schindelwig, S.E. Phumelele Stone Sizani, Claus Stäcker, Ellen Wiesbrock, Dr. Franzisca Zanker

Bildnachweise:

Titel: © istock

S. 7-8: © Michael Fahrig

Das Jahrbuch der Deutschen Afrika Stiftung unterliegt dem deutschen Urheberrecht. Der Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und jede Art der Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes bedarf der schriftlichen Zustimmung der jeweiligen Autorinnen und Autoren bzw. der Deutschen Afrika Stiftung. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder. Diese muss nicht mit der Auffassung der Deutschen Afrika Stiftung übereinstimmen. Das Jahrbuch enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich.

Quellenangaben:

zu Kathrin Berensmanns Beitrag „Wie weiter mit der Schuldenkrise in Subsahara-Afrika?“ (auf S. 60-61)

1. IWF (2025a). List of LIC DSAs for PRGT-eligible Countries, 31 March, Washington, DC.
2. UNCTAD (United Nations Trade and Development) (2025): A World of Debt, <https://unctad.org/publication/world-of-debt>
3. AfDB (African Development Bank Group) (2024). Driving Africa's Transformation. The Reform of the Global Financial Architecture.
4. WB (World Bank) (2022). International Debt Report 2022. Washington, DC.
5. AfDB (African Development Bank Group) (2025) Making Africa's Capital Work Better for Africa's Development.
6. AfDB (African Development Bank Group) (2024). Driving Africa's Transformation. The Reform of the Global Financial Architecture.
7. G 20 (2020). G20 Common Framework for Debt Treatments beyond DSSI, Paris.
- 8./9. Berensmann, Kathrin (2024). Reforming the Global Debt Governance System: Exploring Effective and Feasible Policy Solutions. Input to the UN-DESA Elements Paper on Financing for Development, Action area: Debt and Debt Sustainability, Bonn.
10. AfDB (African Development Bank Group) (2024). Driving Africa's Transformation. The Reform of the Global Financial Architecture.

Weitere Literaturangaben:

IWF (2025a). List of LIC DSAs for PRGT-eligible Countries, 31 March, Washington, DC.

- (2025b). Fiscal Monitor, April, Washington, DC.

WB (World Bank) (2023). International Debt Report 2023. Washington, DC.

- (2024). International Debt Report 2024. Washington, DC.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Vielen Dank für Ihr Interesse!

Bleiben Sie über unsere Veranstaltungen, Publikationen und aktuelle Themen rund um Afrika informiert: Folgen Sie uns auf unseren Social Media Kanälen, besuchen Sie unsere Website oder melden Sie sich für unseren Newsletter an!

**Sie sind an einer Mitgliedschaft interessiert?
Schreiben Sie uns!**



facebook.com/DeutscheAfrikaStiftung
@deutscheafrikastiftung
 @_DASonline

www.deutsche-afrika-stiftung.de



[www.deutsche-afrika-stiftung.de/
newsletter](http://www.deutsche-afrika-stiftung.de/newsletter)

